Zur Entwicklung bei AEG — Seiten 4 u. 5

1 H 3752 C

Erscheint wöchentlich freitags

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Nr. 26 vom 2. Juli 1982 | 16. Jahrgang | 1 DM



AEG-Beschäftigte gingen auf die Straße, um gegen das neue „Sanierungskonzept" des Konzernvorstandes zu protestieren. Dieses Konzept bedeutet die Vernichtung Zehntausender weiterer Arbeitsplätze in dem Elektrokonzern, nachdem bereits in den vergangenen drei Jahren 30000 AEG-Arbeitsplätze wegrationalisiert wurden. In Westberlin zogen nach einer außerordentlichen Betriebsversammlung aller sechs Westberliner AEG-Betriebe mehr als 5000 Kolleginnen und Kollegen in einem machtvollen Demonstrationszug zum Congreß Centrum, wo die Hauptversammlung der AEG-Aktionäre stattfand. Über weitere Protestaktionen in AEG-Betrieben und die Hintergründe des Sanierungsplanes ausführliche Beiträge auf den Seiten 3, 4 und 5.

BRD verhindert EG-Entscheidung gegen Israel

Israel will den Libanon zerstören

BEIRUT. — Seit mehr als drei Wochen tobt nun schon der Krieg, mit dem Israel den Nachbarstaat Libanon überzogen hat. 15000 Todesopfer gab es bisher — mindestens. Alle beschönigende Propaganda, die da lautet, die israelische Aggressionsarmee ginge „nur" gegen die PLO vor, wird durch die Wirklichkeit widerlegt. Ganze Städte, vor allem eben die Hauptstadt Beirut, werden in Schutt und Asche gelegt. Schiffskanonaden und Bombenteppiche, Tiefflieger auf Menschenjagd, alles das zeigt, daß es ein regelrechter Krieg ist, den Israel ohne jede Vorwarnung gegen den Nachbarstaat vom Zaun brach. Die große Mehrzahl der Todesopfer sind denn auch libanesische Staatsbürger und keineswegs PLO-Kämpfer oder auch nur normale, zivile Palästinenser.

Die israelische Soldateska wütet in noch selten dagewesener, unmenschlicher Weise. Mit großen Rotkreuzfahnen gekennzeichnete Spitäler werden bombardiert und beschossen, gefangene jugendliche Palästinenser mit Bleistücken totgeschlagen. Diese rassistische Wut der israelischen Armee wird ohne Zweifel dadurch gestärkt, daß es nicht gelang, wie geplant, dem verbrecherischen Überfall auf den Nachbarstaat ein rasches Ende zu bereiten, schnellstmöglichst vollendete Tatsachen zu schaffen. Der Widerstand der Libanesen und der Palästinenser ist größer als die Todesstrategen von Tel Aviv voraussahen. Und dies, obwohl die arabischen Regierungen in ihrer Mehrheit diesem Schauspiel untätig zuschauen. Niemand fand sich bisher bereit, dem Libanon zu Hilfe zu kommen.

Internationale Maßnahmen gegen den Aggressor Israel wurden vor allem durch die USA mit deren Veto im UN-Sicherheitsrat und auch durch die Bonner Regierung verhindert. Kanzler Schmidt war es, der zusammen mit dem niederländischen Ministerpräsidenten van Agt dafür sorgte, daß die EG-Staaten lediglich eine papierene „Protest"-erklärung verabschiedeten.

So sind die Schwierigkeiten, vor die sich die israelischen Großmachtträumer gestellt sehen, heute vor allen Dingen innerer Art: Eine der größten Demonstrationen Israels fand Ende der letzten Woche statt, auf der sich mehr als 10000 Menschen für einen Rückzug der Truppen aus dem Nachbarstaat aussprachen. Die Zeit drängt Begins Mannen deshalb, weil sie sich den Pufferstaat Libanon mit — möglichst — einer proisraelischen Regierung Germayel schaffen wollen. Auf den Trümmern des bisherigen Libanon. Daß sie sich so massiv in die inneren Angelegenheiten des überfallenen Nachbarn einmischen, sich an der libanesischen Regierungsbildung mit Waffengewalt beteiligen, das unterstreicht noch einmal mehr, daß es sich um einen Krieg gegen einen anderen Staat handelt, dem man den eigenen großisraelischen Willen aufzwingen will.

Die Tausende und Abertausende von Todesopfern dieses unerklärten Kriegs — sie sind für die Bonner Regierung noch nicht einmal einen Federstrich wert. Man erinnere sich in diesem Zusammenhang nur noch einmal an den sofortigen Boykott Argentiniens durch Bonn, begründet mit „Überfall" auf die Malvinen. Hier, wo Überfall und Massenmord Tatsache sind, geschieht nichts. Denn es ist ja auch bundesdeutsches Geld im Geschäft, wenn Israels Panzer rollen. Es sind zwar vor allem, aber eben nicht nur die USA, die diesen Staat Israel, durch seine Militärpolitik eigentlich längst pleite, noch am Leben erhalten mit andauernden Finanzspritzen und Waffenlieferungen.

Dieser verbrecherische israelische Krieg muß schnellstens beendet werden — mit dem sofortigen Rückzug der israelischen Truppen, mit einem internationalen Boykott Israels und der weltweiten Ächtung dieses Aggressors! Von der Bonner Regierung muß gefordert werden, daß sie endlich mit der Unterstützung des Kriegsverbrechers Begin Schluß macht!

In den nächsten vier Wochen erscheint der „Rote Morgen" ohne den türkischsprachigen Teil und mit nur 12 Seiten — Urlaubsgründe.

Terrorurteile gegen kommunistische Oppositionelle in der DDR

Mitte Juni wurde der Betriebsschlosser Manfred Wilhelm von einem Gericht in Ostberlin wahrscheinlich zu 8 Jahren Gefängnis verurteilt. In drei anderen politischen Prozessen verkündeten die Gerichte Urteile von 3 Jahren und 10 Monaten, 4 Jahren und 10 Monaten und 6 Jahren Gefängnis. Mehr als zweiundzwanzig Jahre Gefängnis! Und warum? Einzig und allein deshalb, weil Manfred Wilhelm und die anderen die illegal in der DDR tätige KPD unterstützt, ihre politischen Ansichten vertreten, ihre Flugblätter und Zeitungen verbreitet haben sollen! Das ist Meinungsfreiheit à la Honecker!



Solidaritätsaktion vor der Bonner DDR-Vertretung.

Am 3. Juni sollte auch der Prozeß gegen Andreas Bortfeldt beginnen. Er wurde auf den 7. und 8. Juli vertagt, weil Andreas Bortfeldt den für ihn bestellten Verteidiger ablehnte und erklärte, er wolle sich selbst verteidigen. Zwei Tage für einen Prozeß, in dem eine ähnlich hohe Gefängnisstrafe wie im Fall von Manfred Wilhelm zu erwarten ist?

Keiner der Prozesse gegen die kommunistischen Oppositionellen dauerte länger als einen, höchstens zwei Tage. **Mit politischen Gegnern wird in der DDR kurzer Prozeß gemacht.** Und worüber sollten die Gerichte im Fall von Manfred Wilhelm und den anderen auch beraten? Das Urteil stand sowieso längst

Fortsetzung auf Seite 2

Protestiert gegen die Terrorurteile, fordert einen öffentlichen Prozeß für Andreas Bortfeldt! Proteste sind zu richten an:

Generalstaatsanwaltschaft von Groß-Berlin: DDR 102 Berlin 2, Littenstr. 14-15, Tel.: (00372) 5109371

Ministerium der Justiz: DDR 108 Berlin 8, Clara-Zetkin-Str. 93, Tel.: (00372) 22070

Stadtgericht Berlin: DDR 102 Berlin 2, Littenstr. 14-15, Tel.: (00372) 5109371

Ständige Vertretung der DDR: 53 Bonn - Bad Godesberg, Kölner Str. 18, Tel.: (02221) 379051

Faschistische Bluttat: 3 Ausländer tot

NÜRNBERG. — Am 24. Juni forderte die Gewalttat eines bekannten Neofaschisten drei Todesopfer: Helmut Oxner aus Nürnberg erschoß drei Ausländer und verletzte drei weitere schwer. Das Motiv: Ausländerhaß. Ausländerhaß, wie er von den bundesdeutschen Behörden durch die staatliche Propaganda und Politik gefördert und hervorgebracht wird. Oxner hatte Verbindung zur NPD, zur NSDAP, wahrscheinlich zur Wehrsportgruppe Hoffmann. Die Polizei und die Staatsanwaltschaft bezeichnen ihn als Einzeltäter.

Wieder einmal wird alles getan, um von den Hintermännern einer faschistischen Bluttat abzulenken. Die schon bekannte „Einzeltäter"-Lüge erhält nur einen neuen Zusatz; Oxner sei krank gewesen, hieß es einige Tage nach dem Verbrechen. Na also. Keine Veranlassung für die Behörden, die Hintergründe der Tat zu untersuchen; weder den Boden, auf dem Ausländerhaß gedeiht — dann müßten sie ja ihre eigene Politik anklagen; noch die politischen Kräfte, die ganz gezielt solche Gewalttaten vorbereiten, die in ihren Reihen Terroristen ausbilden, die für die Verbreitung faschistischen Gedankengutes sorgen — die Neonazi-Organisationen von der NPD bis zu den verschiedenen Wehrsportgruppen usw.

Etwa 1000 Antifaschisten demonstrierten bereits am Abend des folgenden Tages durch Nürnberg. Sie forderten unter anderem das Verbot aller neofaschistischen Organisationen und entschiedenen Widerstand gegen die Ausländerfeindlichkeit. In Bayern und bundesweit rief die *Volksfront* gegen Reaktion, Faschismus und Krieg zu aktiven Protestaktionen auch in den Betrieben auf.

Die bundesdeutschen Behörden ändern ihr Verhalten nicht. Dafür mag das Urteil im Roeder-Prozeß stehen: Zwar bekamen endlich einmal zwei faschistische Mörder lebenslange Haftstrafen. Aber der Rädelsführer und Anstifter, der unverbesserliche nationalsozialistische Propagandist Roeder erhielt nur 13 Jahre. Und in Bayern? In Bayern überfiel die Münchner Polizei zwei Tage nach den Nürnberger Morden antifaschistische Demonstranten, die die Entlassung des CSU-Sozialreferenten Stützle forderten, weil dieser rassistische Hetze gegen die ausländischen Mitbürger betreibt und vor der „Selbstausrottung der weißen Rasse" warnt.

Die Bluttat von Nürnberg zeigt, daß der Kampf gegen Ausländerfeindlichkeit und Neofaschismus, der Kampf gegen die Politik des Staates, die beides begünstigt, unbedingt verstärkt werden muß. Hier sind vor allem die Gewerkschaften gefordert. (Mehr zu den Nürnberger Morden auf Seite 7.)

Antifaschistische Kundgebung
Freitag, 2. Juli, 17 Uhr
Nürnberg, vor der Lorenzkirche
Veranstalter: Ausländerbeirat Nürnberg
Entwaffnung der Neonazis!
Verbot aller faschistischen Organisationen und ihrer Propaganda!



Im Kampf für das Verbot der faschistischen Organisationen haben die Gewerkschaften eine besondere Verantwortung

Kommentar der Woche

Apel ist auf der Suche. Nach Soldaten, am besten: Frontsoldaten. Die Stärke der Bundeswehr müsse auf jeden Fall mindestens gewahrt werden. Deshalb also Dienstzeitverlängerung, möglichst früh. Im Schatten der Atomdebatte geht das bisher relativ einfach über die Bühne. Und natürlich spekulieren die Wehrexperten auf die arbeitslosen Jugendlichen, auf die veränderten Bedingungen, die manch einen zur Bundeswehr treiben können.

Eine möglichst große Armee und davon möglichst viel kämpfende Einheiten, deshalb längere Dienstzeit. Deshalb auch die geplante Beschneidung von Alternativen, wie Polizeidienst, BGS und so weiter. Und deshalb vor allem auch die angepeilte Erschwerung des zivilen Ersatzdienstes. Die bereits vorbereitete Novellierung dieses Gesetzes wird mit Sicherheit die Verlängerung der Ersatzdienstzeit bringen, möglicherweise, nach den Tönen der letzten Tage, auch noch weitere, zusätzliche, Einschränkungen und Hürden.

Kämpfer gesucht

Dem Ziel der Kampfarmee dienen auch die Pläne mit den freiwilligen Frauen, die zur Bundeswehr sollen. Mit ihnen im Stab usw. kann man aus den bestehenden Truppen mehr Kampfeinheiten bilden. Freiwillige Frauen, das würde ihnen dabei helfen. Deshalb hat man gerade dafür jetzt auch eine Porpagandaoffensive gestartet und schickt dynamische, schicke Medizinerinnen von der Bonner Wehrmacht vor. Karrieretypen sollen angesprochen, falsche Emanzipationsvorstellungen ausgenutzt werden. Offensichtlich geht es nicht, wie manche meinen, um ein so großes und politisch wie auch in jeder anderen Hinsicht so schweres Projekt wie eine allgemeine Wehrpflicht für Frauen. Hier gibt es falsch gezogene Fronten. Wer nur gegen eine solche Maßnahme wie die allgemeine Frauenwehrpflicht Front macht, trifft die wirklichen Absichten nicht und gerät in die Gefahr, falsche Siege zu feiern.

Aber warum plötzlich diese verstärkte Betonung der sogenannten konventionellen Armee? Ein Plan aktuell zur Zeit des NATO-Gipfels ins Gespräch gebracht und seitdem in ganz kurzer Zeit schon sehr konkret geworden. Diese Schnelligkeit gibt schon zu denken. Weil sie ja zeigt, daß es keinesfalls neue Pläne sind und bei weitem nicht nur mit Jahrgangsproblemen zu tun haben, die man schon vorher vor einem Dutzend Jahre hätte berechnen können.

Die Armee soll schlagkräftiger werden, das ist das Ziel. Ein deutlicher Beweis dafür ist, daß die Ausbildungszeit keineswegs erhöht werden soll, bei drei Monaten belassen wird.

Diese Maßnahme steht ja nicht allein. Sie steht im Zusammenhang mit einer ganzen Reihe von Stellungnahmen aus den Reihen der NATO-Spitzen, daß man keinesfalls die „nichtatomaren" Armeeteile vergessen dürfe. Und bezeichnenderweise stets dabei auch die Erinnerung daran, daß diese Soldaten ja auch kleine Atomwaffen bedienen müssen.

Vom Herangehen der Imperialisten, die einen Kurs steuern, der einen Krieg in die Überlegungen einbezieht, ist eine solche Ausweitung der allgemeinen Aufrüstungspolitik auch nur logisch und naheliegend. Nicht nur, weil man hier ein Feld hat, auf dem man — zumindest zunächst — mit weniger Widerstand rechnen muß, sondern einfach deshalb, weil es die Grundlage ihrer Militärstrategie bleibt, eine möglichst starke Armee zu haben.

Dies ist aber ohne weiteres erkennbar als ein zusätzliches Problem, an dem die Friedensbewegung, die sich in der Bundesrepublik entwickelt hat, gefordert ist. Denn zu einem wirklichen Kampf um den Erhalt des Friedens gehört es eben auch, daß man gegen alle, zumindest gegen alle entscheidenden Maßnahmen der Aufrüstung Widerstand leistet und nicht nur gegen deren atomaren Spitzen.

Außerdem: Diese Stärkung der Armee geschieht natürlich ebenfalls im Rahmen der allgemeinen NATO-Pläne und ist kein bundesdeutscher Alleingang. Daran seien all jene erinnert, die die Friedensbewegung — unter dem Vorwand der Einheit — auf ein einziges Teilziel, nämlich die Verhinderung der Stationierung zusätzlicher Mittelstreckenraketen reduzieren wollen.

Helmut Weiss

Herausgeber: ZK der KOMMUNISTISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS (Marxisten-Leninisten) KPD

Verlag Roter Morgen GmbH, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Bestellungen an Vertrieb, 46 Dortmund 30, Postfach 30 05 26, Postscheckkonto Nr. 79 600-461, Bankkonto: Stadtsparkasse Dortmund Nr. 321 000 290 (Verlag Roter Morgen), Telefon: 0231/43 36 91 und 43 36 92. Verantwortlicher Redakteur: Detlef Schneider, Dortmund. Druck: Alpha-Druck GmbH, 46 Dortmund. Erscheinungsweise wöchentlich freitags. Einzelpreis 1 DM. Abonnement: 60 DM für 1 Jahr 30 DM für 1/2 Jahr. Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Koalitionsverhandlungen über Bundeshaushalt

Neue Belastungen für die Werktätigen

Regierungssprecher Bölling entwarf vor der Presse ein idyllisches Bild der Koalitionsberatungen über der nächsten Bundeshaushalt. Es habe eine ausgesprochen heitere Atmosphäre geherrscht, und Landwirtschaftsminister Ertl habe die Runde mit bayrischen Anekdoten unterhalten. Offenbar war Bölling bei der falschen Veranstaltung. Denn so verbissen wie letzte Woche ist der Clinch zwischen den Spitzen der Koalitionsparteien lange nicht mehr ausgetragen worden.

In der Sache wurde denn auch keine Einigung erzielt — am Wochenende erklärte dann Bundeskanzler Schmidt überraschend, er werde nun selbst ein Konzept für den Haushalt '83 vorlegen, das die Grundlage für die Fortsetzung der Verhandlungen in dieser Woche bilden soll.

Bei allem Streit besteht zwischen beiden Parteien Einigkeit darüber, daß der nächste Haushalt durch erneute radikale Schnitte ins „soziale Netz" finanziert werden soll. Und die Opfer werden, wie schon bei der Operation '82 auch jetzt wieder die sozial schwächsten Schichten wie etwa die Arbeitslosen und die Rentner sein.

- So sollen die Beiträge für Arbeitslose zur Kranken- und Rentenversicherung, die von der Nürnberger Bundesanstalt gezahlt werden, nicht mehr auf der Grundlage des letzten Bruttoeinkommens berechnet werden. Als neue Bemessungsgrundlage hat Finanzminister Lahnstein (SPD) 75 Prozent des Bruttoeinkommens angepeilt; die FDP will sogar auf 68 Prozent heruntergehen. Diese Pläne würden diejenigen Werktätigen, die längere Zeit arbeitslos sind, um einen Teil ihrer künftigen Rente berauben.

- Einigkeit besteht zwischen den Koalitionsparteien auch darin, den Beitrag zur Arbeitslosenversicherung zu erhöhen, gedacht ist an eine Aufstockung von jetzt 4 auf 4,5 Prozent.

- Beim Kindergeld soll erneut der Rotstift angesetzt werden, geplant ist hier unter anderem eine generelle Kürzung bei den Leistungen für das erste Kind von 50 auf 45 Mark.

- Die Rentner sollen nach dem Willen beider Parteien schon im nächsten Jahr mit einem Beitrag zur Krankenversicherung zur Kasse gebeten werden; strittig ist nur noch, ob dieser Beitrag ein Prozent (nach den Vorstellungen der SPD) oder sogar zwei Prozent (wie es die FDP fordert) betragen soll.

- Schließlich hat die FDP mit einer alten Forderung Zustimmung bei Schmidt gefunden, der Einführung einer Selbstbeteiligung der Versicherten an den Krankheitskosten. Der Kanzler soll nach Berichten der bürgerlichen Presse einen Eigenbeitrag der Patienten von fünf Mark pro Tag Krankenhausaufenthalt befürworten. Dabei liegt es auf der Hand, daß es sich hier nur um einen Einstieg in die Selbstbeteiligung handelt. Ist dieses System erst einmal durchgesetzt, werden die Bonner Haushaltspolitiker den Eigenbeitrag immer weiter hochschrauben.

Als Schmidt jetzt sein eigenes Konzept für einen Haushaltsentwurf ankündigte, sagte er: „Das muß ein Modell des Koalitionskanzlers sein." Gemeint war damit: Das Konzept müsse von vornherein so angelegt sein, daß es die Zustimmung auch der Genscher und Lambsdorff finden könne. Die FDP und ihr Vorsitzender, so Schmidt weiter, dürften sich nicht erpreßt fühlen. Der Kanzler und mit ihm die Spitze der SPD gehen also weiter auf den Kurs der bedingungslosen Kapitulation vor den Forderungen der FDP.

In diesen Wochen wird einmal mehr deutlich, welche Farce der Münchener SPD-Parteitag mit seinen werbewirksamen Beschlüssen zur Wirtschaftspolitik (Erhöhung des Spitzensteuersatzes usw.) gewesen ist. Nichts davon wird auch nur ansatzweise in die Regierungspolitik umgesetzt. Kennzeichnend für die gegenwärtigen Verhandlungen zwischen den Koalitionsparteien ist vielmehr gerade, daß sie sich ausschließlich um neue Belastungen der Werktätigen drehen (wobei allein das Ausmaß dieser Belastungen umstritten ist). Aber beispielsweise Kürzungen bei den vielfältigen Steuerprivilegien der Reichen — für die SPD-Politiker noch unlängst eingetreten sind — stehen nicht einmal mehr auf der Tagesordnung der Koalitionsberatungen. Aber auch Schmidts Kurs der immer weiteren Anpassung an die Forderungen der FDP hat die Koalition keineswegs stabiler gemacht. Der ultrareaktionäre Flügel in der Genscher-Partei will nicht dieses oder jenes Zugeständnis. Er will vielmehr endlich die von den Unternehmerverbänden immer lauter geforderte „Wende" in der Wirtschafts- und Sozialpolitik herbeiführen — durch den Absprung in die Arme von Strauß. Wirtschaftsminister Lambsdorff bekräftigte das jetzt noch einmal: „Der Wechsel ist nötig, und zwar vor der Hessen-Wahl".

Terrorurteile gegen kommunistische Oppositionelle in der DDR

Fortsetzung von Seite 1

fest. Die Richter brauchten nur noch zu verkünden, was höhere Instanzen der Staatssicherheit längst beschlossen hatten. Sie taten es, ohne mit der Wimper zu zucken. Öffentliche Kritik an ihrer sogenannten Urteilsfindung brauchen sie schließlich nicht zu fürchten.

Politische Justiz in der DDR ist Geheimjustiz. Öffentliche Prozesse wie in den sozialistischen Anfangsjahren gibt es in der heutigen, staatskapitalistischen DDR nicht mehr. Heute ist die DDR eine Diktatur. Der Prozeß ist geheim. Selbst der Angeklagte erfährt den Prozeßtermin erst wenige Wochen vorher. Dann bekommt er auch zum ersten Mal die Anklageschrift zu Gesicht. Er bekommt sie aber nicht etwa ausgehändigt, sondern darf sie nur lesen. Wie soll sich der Angeklagte so, im vollen Bewußtsein, daß seine Worte nie an die Öffentlichkeit dringen werden, verteidigen? Und sogar das Urteil bleibt ja in der Regel geheim. Selbst der Angeklagte bekommt es nur verlesen. Genausowenig wie über die Verhaftungen der kommunistischen Oppositionellen jemals auch nur eine einzige Zeile in der Presse der DDR gedruckt wurde, genausowenig wurde jetzt auch nur ein Sterbenswörtchen über die Prozesse und ihre Urteile veröffentlicht!

Das Honecker-Regime will die kommunistischen Oppositionellen hinter Gefängnismauern lebendig begraben! Das darf ihnen nicht gelingen und das wird ihnen auch nicht gelingen!

Im letzten Oktober verkündeten die Gerichte der DDR ihre ersten Gefängnisurteile gegen kommunistische Oppositionelle: 44 Monate und 34 Monate Gefängnis. Die Partei und das Solidaritätskomitee protestierten dagegen und gegen die zu erwartenden anderen Terrorurteile u.a. mit der Besetzung des Bonner Büros der DDR-Nachrichtenagentur ADN, mit einer Protestaktion auf dem Alexanderplatz in Ostberlin, mit einem Hungerstreik am Grenzübergang Bornholmer Straße in Westberlin. Das war im Winter. Im Frühjahr wurden — wie erst kürzlich bekannt wurde — die beiden bereits verurteilten politischen Gefangenen plötzlich und ohne Angabe von Gründen entlassen...

Auf die Terrorurteile gegen die kommunistischen Oppositionellen vom Juni dieses Jahres gibt es für uns nur eine Antwort: Jetzt erst recht! Nutzen wir alle Möglichkeiten, diese Terrorurteile in der Bundesrepublik und in der DDR bekanntzumachen! Solidarität tut not! Organisieren wir den Protest gegen diese Terrorurteile!

Freiheit für Manfred Wilhelm, Andreas Bortfeldt und die anderen kommunistischen Oppositionellen!

Amnesty International setzt sich für Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt ein

Im Dezember 1981 teilte uns das Internationale Sekretariat von Amnesty International mit, daß AI-Gruppen in Schweden, Belgien, England und den USA damit beauftragt worden seien, sich für die Freilassung von Manfred Wilhelm und Andreas Bortfeldt einzusetzen.

Inzwischen erreichten uns Briefe von AI-Gruppen aus Uppsala in Schweden und Mons-Nimy in Belgien. Beide Gruppen betreuen Andreas Bortfeldt. Die belgische Gruppe schreibt, daß sie bereits mit zahlreichen Briefen bei den Behörden der DDR protestiert hat und regelmäßig Karten an Andreas Bortfeldt schickt.

Das Internationale Sekretariat von AI bemüht sich darüber hinaus darum, mit einem Prozeßbeobachter bei dem Prozeß gegen Andreas Bortfeldt dabeisein zu können. Ein ausländischer Prozeßbeobachter ist allerdings bisher bei einem politischen Prozeß in der DDR noch so gut wie nie zugelassen worden. Die einzige Möglichkeit, dieser Forderung Nachdruck zu verleihen, besteht darin, sie öffentlich — vor allem in den Medien — zu unterstützen. Die Partei hat dazu u.a. mit einer Pressemitteilung aufgefordert. Wir bitten jeden Leser des „Roten Morgens", der dazu die Möglichkeit hat, mitzuhelfen, die Forderung nach einem öffentlichen Prozeß für Andreas Bortfeldt öffentlich bekanntzumachen.



Kommunistische Arbeiter gegen das Honekker-Regime. Eine Auswahl von Berichten und Artikeln, die in der DDR geschrieben und — illegal — veröffentlicht wurden.

48 Seiten, DM 2,50
ISBN 3-88196-065-1

Aus dem Inhalt: Die Ereignisse in Polen aus der Sicht eines DDR-Arbeiters — Berichte aus dem Arbeitsleben — DDR, ein Paradies für Kinder? — Die Mauer, die NVA und die russischen Truppen — in der DDR verhaßt — Frauen in der DDR u.v.m.

Materialien

- Flugblatt „Kommunistische Oppositionelle in der DDR zu mehreren Jahren Gefängnis verurteilt"
- Informationsplakat
- Aufkleber
- Protestpostkarten, adressiert an die Ständige Vertretung der DDR in Bonn und an den Ministerrat der DDR in Berlin, Hauptstadt der DDR
- Unterschriftenlisten

Grüße an die Verhafteten sind zu richten an:

Manfred Wilhelm, 5.1.51, Generalstaatsanwaltschaft von Berlin, Hauptstadt der DDR, Littenstr. 16-17

Andreas Bortfeldt, 1.5.53, Generalstaatsanwaltschaft von Berlin, Hauptstadt der DDR, Littenstr. 16-17

Solidaritätsspenden: Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 440 501 99), Konto-Nummer: 321 004 547, Stichwort: DDR-Solidarität.

Bestellungen an: Verlag Roter Morgen, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30

Mit PAISY effektiv rationalisieren und gezielt entlassen

Anfang 1982 hatte die Opel-Geschäftsleitung das computergestützte „Personal-Abrechnungs- und Informationssystem" PAISY einführen wollen. Der Betriebsrat von Opel/Rüsselsheim, nicht grundsätzlich abgeneigt, verlangte jedoch die Mitbestimmung über die zu erfassenden Daten und setzte, da die Kapitalisten jede noch so unzureichende Kontrolle durch den Betriebsrat ablehnten, die Einrichtung einer paritätischen Einigungsstelle durch. Mitten in die neunte Verhandlungsrunde, von der sich der Betriebsrat die definitive Einigung versprochen hatte, platzte nun die Geschäftsleitung mit der Ankündigung, man werde PAISY in jedem Falle voll ausschöpfen.

PAISY ist das am weitesten entwickelte der zahlreichen automatisierten Personalkontrollsysteme, die bislang etliche Betriebe oder Verwaltungen des öffentlichen Dienstes eingeführt haben bzw. einzuführen beabsichtigen. All diese Systeme ermöglichen die Speicherung und vor allem fast unbegrenzte Kombination aller möglichen Daten der Beschäftigten zum Zwecke, so verheißt ganz ungeniert die Werbebroschüre für PAISY, „umfassender Rationalisierungseffekte" und „gezielter Personalpolitik".

Wird die Arbeitskraft optimal genutzt? Das bei Daimler-Benz angewandte System z.B. erfaßt u.a. 75 physische Merkmale eines jeden Arbeiters. Läßt sich die Arbeit weiter intensivieren? In Sekundenschnelle können sich die Kapitalisten die exakten Zeitdaten jedes Beschäftigten ausdrucken lassen und so jede noch so kleine Pore im Arbeitstag ausfindig machen. Wie läßt sich der Krankenstand drücken? Durch gezielte Entlassung aller Lohnabhängigen, deren Gesundheit ruiniert, deren Arbeitskraft zerschlissen ist — die Kontrollsysteme liefern ständig die Fehlzeiten eines jeden. Auch mit der Erfassung der Fehlerhäufigkeiten steigern die Kapitalisten den Druck auf die Arbeiter und Angestellten immens. Eingespeichert und abrufbar sind ebenfalls alle bekannten Daten über „Neben- und Gremientätigkeiten", d.h. über die gewerkschaftlichen und politischen Aktivitäten der Beschäftigten. Und nicht zuletzt erlauben die Personalkontrollsysteme die Anlage „schwarzer Listen" über unliebsame Arbeiter, die alles Dagewesene weit in den Schatten stellen.

Aus all diesen Gründen trifft die Einführung solcher Systeme auf die Gegenwehr der Betroffenen. So lehnten vor einigen Wochen die nichtwissenschaftlichen und wissenschaftlichen Beschäftigten der Universität Bielefeld auf einer gemeinsamen Personalversammlung die Einführung eines automatisierten Personalverwaltungssystems strikt ab und beauftragten den Personalrat, „die schutzwürdigen Interessen der an der Uni Beschäftigten wahr(zu)nehmen". Die IG Metall legte sich auf dem Gewerkschaftstag 1980 in der Entschließung 18 eindeutig fest: „5. Die Anwendung moderner Informationstechnologien zum Zwecke der Kontrolle von Verhalten und Leistung der Arbeitnehmer ist zu verhindern."

Der Betriebsrat von Opel Rüsselsheim allerdings hielt sich nicht an den Beschluß des IGM-Gewerkschaftstages — und erhielt prompt die Quittung. Anders als der Betriebsrat bei Opel Bochum, der ursprünglich für die vollständige Ablehnung von PAISY eingetreten war und erst Ende 1981 von seinen Rüsselsheimer Kollegen umgestimmt werden konnte, anders als die Vertrauensleute im Bochumer Opel-Werk, die mit Unterschriftenaktionen gegen die Einführung von PAISY mobilisierten, stimmte er unter einigen Bedingungen diesem System zu. Durch eine Betriebsvereinbarung wollte er sich die Mitbestimmung über die Art der erfaßten und verwandten Daten sichern und so das „Personal-Abrechnungs- und Informationssystem" auf ein einfaches „Abrechnungssystem" reduzieren.

Diese Vorstellung jedoch war bestenfalls naiv. Ist PAISY erst einmal eingeführt, ist die Kontrolle über seine Anwendung unmöglich, das beweisen alle bisherigen Erfahrungen mit solchen Systemen. Die Opel-Geschäftsleitung fühlte sich dann auch stark genug, den kompromißbereiten Betriebsrat voll zu brüskieren. Ob dieser nun, nachdem der Widerstand der Opel-Beschäftigten eineinhalb Jahre lang desorganisiert wurde, die Einführung von PAISY per Gerichtsbeschluß verhindern kann, steht offen.



Das war noch nie da: Öffentliche Betriebsversammlung der Zanker-Belegschaft auf dem Tübinger Marktplatz. Die IG Metall unterstützte diesen spektakulären Schritt, der den gemeinsamen Kampf von Belegschaft und Tübinger Bevölkerung gegen die geplante Stillegung des Zanker-Werkes fördern sollte.

Öffentliche Belegschaftsversammlung der Zanker-Kollegen

IGM-Bevollmächtigter: Betriebsbesetzung eine angemessene Kampfform

TÜBINGEN (Arbeiterkorrespondenz). — Gestern fand auf dem Tübinger Marktplatz die öffentliche Betriebsversammlung der Zanker-Belegschaft statt. Ungefähr 2500 Leute versammelten sich, darunter auch Kollegen aus Betrieben außerhalb Tübingens.

Einen Tag zuvor hatte bei Zanker ein einstündiger Warnstreik stattgefunden. Der Grund: AEG-Boss Thumm behauptet mehrmals täglich in teuren Werbespots im Radio, das Zanker-Werk sei nicht ausgelastet und nicht auf dem neuesten Stand. Die Kollegen sind erbost über diese öffentliche Lügerei.

Tatsache ist, daß in Tübingen hochmoderne Produktionsanlagen stehen, daß das Werk ausgelastet ist und daß eine Verlegung der Produktion nach Nürnberg etwa 30 Millionen kostet. Der einzige Grund der Verlegung: mehr Profit.

Wichtig in diesem Zusammenhang: Die Belegschaft des Nürnberger Werks schickte eine Solidaritätsadresse an die Tübinger Kollegen.

Die Versuche der Konzernleitung, die Belegschaften gegeneinander auszuspielen, haben diesmal nichts genutzt. Der AEG-Konzern hatte den Nürnbergern mehr Arbeitsplätze und mehr Sicherheit versprochen.

Zurück zur Kundgebung:

Die Atomsphäre war sehr kämpferisch. Auch von der Gewerkschaft kamen neue Töne. Endlich sprach man vom übergreifenden Kampf aller Kollegen bei AEG und Bauknecht. Zum ersten Mal sprach der sonst typische IGM-Bonze Leutze (IGM-Bevollmächtigter, Tübingen) davon, daß auch eine Betriebsbesetzung eine angemessene Kampfform sei.

Sybille Stamm, die Beauftragte der Stuttgarter IGM-Bezirksleitung, prangerte den Kapitalismus an („Wer Kapitalismus sagt, muß auch Arbeitslosigkeit sagen") und forderte ein Wirtschaftssystem ohne Ausbeutung.

Anwesend waren auch Delegationen mehrerer Betriebe: So von Bosch/Reutlingen und Bauknecht/Kilchberg. Auch ein Vertreter der Videocolor Streikleitung war da.

Während der Kundgebung kreiste wieder ein Flugzeug mit dem Spruchband „Zanker soll leben" über Tübingen.

Auf der Kundgebung wurden etwa 80 Werbeexemplare des „Roten Morgens" (vom 10.6.) verteilt. Das kam gut an, weil wir neben der RGO und dem KABD die einzigen waren, die etwas verteilten.

Das Flugblatt der RGO ist gut und wurde viel gelesen. Die Forderungen entsprechen der konkreten Situation. Alle Forderungen der RGO tauchten auch in irgendeiner Form in den offiziellen Reden auf.

ÖTV-Aktion in Dortmund gegen Personaleinsparung

Stadtherren füttern den Roten Hahn

DORTMUND. — Gegen Stellenabbau und Sparmaßnahmen im öffentlichen Dienst protestierten am vergangenen Samstag ÖTV-Gewerkschafter in der Dortmunder City. Mit Informationsständen und Flugblättern betrieben ca. 50 Kollegen intensiv Aufklärungsarbeit, um den Passanten bewußt zu machen, daß Stadt und Land durch ihre verantwortungslose Rotstiftpolitik nicht nur die Beschäftigten im öffentlichen Dienst, sondern auch die Dortmunder Bürger schmerzhaft treffen.

Der Protest und die Informationstätigkeit der Gewerkschafter richteten sich auch gegen die unverschämten Einkommenskürzungen, mit denen nach wie vor die Beschäftigten im öffentlichen Dienst zur Kasse gebeten werden sollen. So durch die dreimonatige Lohnpause, die den Beamten aufgezwungen werden soll; aber auch durch Streichungsabsichten beim Jubiläumsgeld (von 600 auf 200 Mark bei 25jähriger Zugehörigkeit), beim Kantinenzuschuß (eine Mark), beim Weihnachtsgeld und im Beihilfenbereich.

Hauptsächlich aber ging es gegen den Stellenabbau und die Beschneidung von sozialen Dienstleistungen. Rainer Schellbach, Vorsitzender des Gesamtpersonalrates der Stadt Dortmund: „Gleich ob es um Leistungen der Feuerwehr geht oder die Betreuung in Kindergärten oder Krankenhäusern —, der Bürger ist letzendlich der Leidtragende der Einsparungen." Und Schellbach weiter: „Dortmund ist bereits Spitzenreiter auf der Arbeitslosenliste — wenn es jetzt auch im öffentlichen Dienst weitere Einbrüche gibt, gehen wir auf unhaltbare Zustände los".

Allein im Bereich Reinigungsdienst will die Stadt von 1200 Beschäftigten — in der Mehrzahl sind Frauen betroffen — rund 500 Arbeitskräfte einsparen. Auch in den Kindergärten soll Personal abgebaut werden. Seit längerem ist schon die Schließung der Kindergärten an den Nachmittagen im Gespräch. Ferner wird der unbezahlte Einsatz von Müttern zur Betreuung der Kinder in Kindergärten erwogen. Auch Stadtbüchereien sind ins Visier der Sparschweine geraten. In Dortmund etwa die Bücherei West, die vor allem von vielen türkischen Kindern und ihren Eltern besucht wird.

Besonders anschaulich läßt sich die Verantwortungslosigkeit der Rotstiftritter am Beispiel der Berufsfeuerwehr zeigen, das die Dortmunder ÖTV-Kollegen am Samstag bei ihrer Aktion denn auch besonders herausstellten. Nur noch eine Zugwache und vier Gruppenwachen statt bisher fünf Zug- und zwei Gruppenwachen sollen in Zukunft im Dienst stehen. Und dies, obwohl die Feuerwehrleute ohnedies in Sachen Arbeitszeit benachteiligt sind: Sie haben 56 tarifliche Wochenstunden abzuleisten.

Völlig zu Recht prangern die Kollegen an, daß die Stadtherren hier ganz bewußt die Bevölkerung einer erhöhten Gefährdung preisgeben. Und gleichzeitig sind unter solchen Bedingungen die Feuerwehrleute selbst nicht mehr in der Lage, die Unfallverhütungsvorschriften einzuhalten. Es ist nur verständlich, wenn der Vorsitzende der Abteilung Feuerwehr, Kollege Gerd Hirschbeck, seinem Unmut über diese Pläne mit folgenden Worten Luft machte:

„Den ersten Toten, der ein Opfer der beabsichtigten Beschlüsse ist, werden wir vor die Tür eines verantwortlichen Politikers legen."

Unzureichende Schlagkraft, mehr Personen- und Brandschäden, verspäteter Einsatz und unzureichender Flächenschutz wären kaum zu vermeidende Konsequenzen des Rotstiftes bei der Feuerwehr. Die ÖTV bezeichnete derartige Sparmaßnahmen treffend als „Füttern des Roten Hahns".



Feuerwehrleute protestieren in Dortmund gegen Stellenabbau im öffentlichen Dienst: „Soweit kommt es noch, wenn die Sparmaßnahmen nicht gestoppt werden!"

HBV-Vorstandsmitglied Christian Götz

Wir brauchen fünfzig Stuttgarts!

Saarbrücken. — Die Gewerkschaften dürfen keine Operation '83 hinnehmen, sondern müssen gegen die unsozialen Absichten der Bonner Politiker bei der Aufstellung des Bundeshaushaltes mit aller Kraft zu Felde ziehen. Dies erklärte am letzten Wochenende Christian Götz, Mitglied des Geschäftsführenden Hauptvorstandes der Gewerkschaft Handel, Banken, Versicherungen (HBV) auf der Landesbezirkskonferenz Saar seiner Gewerkschaft.

Götz betonte erneut, daß in Bonn eine Allparteienkoalition für eine arbeiterfeindliche, antisoziale Finanz- und Wirtschaftspolitik besteht und daß sich längst gezeigt hat, daß Apelle und papierene Proteste gegen den Sozialabbau nichts ausrichten können. Da anders einfach keine Wirkung mehr zu erzielen sei, müsse man — so Christian Götz — den Bonner Parteien mit „fünfzig Stuttgarts" auf die Beine helfen.

Man kann diesen Standpunkt des HBV-Funktionärs nur voll unterstützen. Damit es allerdings nicht bei Worten bleibt, ist es nötig, daß alle kämpferischen, klassenbewußten Gewerkschafter entsprechend Druck machen.

70000 Menschen waren im vergangenen Herbst einem Aufruf der Gewerkschaft in Baden-Württemberg gefolgt und hatten in Stuttgart an einer machtvollen Demonstration gegen Sozialabbau, Rüstungswahnsinn und Arbeitsplatzvernichtung teilgenommen. Würde es in allen anderen Großstädten ähnlich große Demonstrationen geben (selbst wenn es nicht immer gleich 70000 wären), dann könnten die Sparkommissare in Bonn ihre Pläne auf keinen Fall durchziehen!

Parteibüros der KPD und Kontaktmöglichkeiten zur Partei

Die Parteibüros sind Kontaktstellen der KPD, der Kommunistischen Jugend Deutschlands, Jugendorganisation der KPD, und der Kommunistischen Studenten. Hier sind sämtliche Veröffentlichungen der Partei zu bekommen. ZENTRALKOMITEE DER KPD, REDAKTION ROTER MORGEN, 4600 Dortmund 30, Wellinghofer Str. 103, Tel.: (0231) 433691 und 433692.

4800 **Bielefeld 1**, Parteibüro der KPD, Schildescher Str. 53, geöffnet: Mi 17 - 18 Uhr.

4630 **Bochum**, Kontaktadresse: Jochen Beyer, Josefinenstr. 110.

2800 **Bremen** (Walle), Buchladen „Roter Morgen", Waller Heerstr. 70, Tel.: 0421 / 393888, geöffnet: Mi - Fr 17 - 18 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

4600 **Dortmund 1**, Parteibüro der KPD, Stollenstr. 12, Eingang Clausthaler Str., Tel.: 0231 / 832328, geöffnet: Mo, Mi, Fr 17 - 19 Uhr.

4600 **Dortmund 30**, Zentrales Büro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Tel.: 0231 / 433691 / 92.

4100 **Duisburg 12**, Kontaktadresse: D. Feldmann, Metzer Str. 24, Tel.: 0203 / 443014.

4000 **Düsseldorf** (Eller), Kontaktmöglichkeit zur Partei: Antifaz, Antifaschistisches Zentrum, Alt-Eller 7, geöffnet: Fr 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

6000 **Frankfurt 60**, Kontaktadresse: Peter Stecay, Linnéstr. 13, Tel.: (0611) 491918

2000 **Hamburg 6**, Buchladen „Roter Morgen", Schulterblatt 98, Tel.: 040 / 4300709, geöffnet: Mo - Fr 15 - 18 Uhr, Fr 11 - 13 Uhr, Sa 9 - 12 Uhr.

7100 **Heilbronn**, Kontaktadresse: F.-Helmut Stockmar, Eisenbahnstr. 3/1

2300 **Kiel 1**, Buchhandlung Karen Ziemke, Gutenbergstr. 46, Tel.: 0431 / 567702, geöffnet: Mo, Di + Fr 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Mi 9 - 13 Uhr, Do 9 - 13 Uhr + 15 - 18 Uhr, Sa 10 - 13 Uhr.

5000 **Köln 30**, Kontaktmöglichkeit zur Partei: Treff- und Lesestube „Neue Zeit", Marienstr. 37 a, Tel.: 0221 / 554956, geöffnet: Di + Fr 17 - 18.30 Uhr.

6700 **Ludwigshafen**, Kontaktmöglichkeit zur KPD Rheinland-Pfalz/Saar: Willi Rohr, Frankenthaler Str. 186, Tel.: 0621 / 523966.

8500 **Nürnberg**, Parteibüro der KPD, Humboldtstr. 103, Tel.: 0911 / 436043, geöffnet: Mi - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

4500 **Osnabrück**, Kontaktadresse: Ralf Czogalla, 4506 Hagen a. TW, Sperberstr. 5.

7000 **Stuttgart 1**, Parteibüro der KPD, Haußmannstr. 107, Tel.: 0711 / 432388, geöffnet: Mi 17 - 19 Uhr, Sa 10 - 12 Uhr.

Sektion Westberlin, 1000 **Berlin 65** (Wedding), Buchladen „Roter Morgen", Sprengelstr. 40, Tel.: 030 / 4653966, geöffnet: Mo - Fr 16 - 18 Uhr, Sa 11 - 13 Uhr.

Erklärung der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) Sektion Westberlin zur Situation bei AEG-Telefunken

Kämpfen wir für den Erhalt der Arbeitsplätze bei AEG-Telefunken!

Die im folgenden abgedruckte Erklärung der KPD/Sektion Westberlin erschien in Westberlin auch als Flugblatt. Sie wurde unter anderem am Montag letzter Woche (22. Juni) bei den Protestaktionen der Westberliner AEG-Belegschaften unter den Kollegen verteilt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen!

Wieder einmal macht AEG-Telefunken Schlagzeilen, und wieder einmal bedeutet es für uns nichts Gutes. Ein neues Sanierungskonzept liegt auf dem Tisch, welches uns ein weiteres Mal die Vernichtung von Tausenden von Arbeitsplätzen bringen soll, wenn nicht sogar die endgültige Zerschlagung von AEG-Telefunken. Bereits in den letzten drei Jahren wurde der Konzern um 30000 Arbeitsplätze verkleinert, seit 1972 sogar um 50000. Dies bedeutet, daß schon jetzt ein Drittel von AEG-Telefunken verschwunden ist. In Westberlin sieht die Lage noch dramatischer aus. Waren 1965 noch 23400 bei AEG-Telefunken in Westberlin beschäftigt, so sind es heute gerade mal etwas über 10000. Mehrere Fabriken wie die AEG-Ackerstraße und die Hydra Werke wurden geschlossen. Das Telefunken-Werk in der Schwedenstraße soll Ende dieses Jahres seine Pforten endgültig schließen. Und jetzt stellt sich für den ganzen Konzern die Existenzfrage. Die Banken drohen mit einem AEG-Konkurs. Sie wollen von der Bundesregierung und von den Ländern Bürgschaften in Höhe von 1,4 Milliarden Mark. Auch vom Berliner Senat fordern sie allein 100 Millionen Mark.

Wie konnte es dazu kommen?

Dies fragen sich die Beschäftigten von AEG-Telefunken. Haben wir nicht Jahr für Jahr geschuftet und geackert, vielfach mit niedrigeren Löhnen als in vergleichbaren anderen Elektrobetrieben? Haben wir den Konzern nicht nach dem Kriege durch unsere mühevolle Arbeit wieder aufgebaut und Jahr für Jahr Millionen an Werten geschaffen? Wo ist das ganze Geld geblieben, welches in den Jahrzehnten erwirtschaftet wurde? Wieso bricht ein Großkonzern wie AEG zusammen, hinter dem die mächtigsten Finanzgruppen der Bundesrepublik stehen, wie die Deutsche Bank, die Dresdner Bank und 20 weitere Banken und Kreditinstitute? Wieso konnten sie es zulassen, daß die AEG heute mit 5 Milliarden Mark Schulden am Rande des Abgrunds steht?

Wer trägt hierfür die Verantwortung?

Wer anders als die Besitzer von AEG-Telefunken, deren Vertreter im Aufsichtsrat sitzen! Die AEG ist eine Aktiengesellschaft. Das bedeutet aber nicht, daß sie im Besitz des kleinen Mannes ist. Allein 50 Prozent der Aktien besitzt das AEG-Bankkonsortium mit der Dresdner Bank und der Deutschen Bank an der Spitze. Von den restlichen 50 Prozent besitzen sie faktisch das gesamte Stimmrecht, da die meisten Aktien bei ihnen hinterlegt sind. So sind sie es, die fast ausnahmslos bei AEG-Telefunken bestimmen. Sie sind es, die den Vorstandsvorsitzenden berufen und auch jetzt zusammen mit dem Vorstand das neue „Sanierungskonzept", AEG '83, entwickelt haben. Bezeichnenderweise sind sie es auch, die AEG-Telefunken die Kredite von 5 Milliarden gegeben haben. Sie wußten also von vornherein, wohin die AEG mit ihrer Finanzpolitik steuert. Warum haben sie dies nicht verhindert?

Die Banken verdienen noch immer an AEG-Telefunken!

Auch in den letzten Jahren des Niedergangs von AEG-Telefunken, in den Zeiten ohne Dividende, haben die Banken weiterhin an AEG gut verdient. So erhielten sie in den letzten Jahren allein über 3 Milliarden Mark an Zinszahlungen. Eine Milliarde bekamen sie als Steuererlaß vom Bund und den Ländern geschenkt, für ihre sogenannten Stützungsmaßnahmen bei AEG. Im letzten Jahr und auch in diesem Jahr überstiegen die Zinsforderungen bereits die 600-Millionen-Grenze. Soviel kann AEG nicht mehr erwirtschaften, darum gehen sie daran, die AEG langsam auszuschlachten, um auf diesem Wege noch soviel wie möglich an Kapital herauszuholen. Die Banken rufen jetzt nach dem Staat. Er soll ihnen Bürgschaften geben, ansonsten drohen sie damit, AEG bankrott gehen zu lassen. Wenn für sie die Zukunft von AEG so sicher ist, warum wollen sie sich dann weitere Investitionen und Kredite absichern lassen? Den Banken geht es auch bei dem neuen „Sanierungskonzept" nur darum, wie sie weiterhin noch Gewinn aus AEG herausholen können, ob die AEG dabei letztendlich erhalten bleibt oder nicht, ist für sie nebensächlich. Wenn es nicht anders geht, dann legen sie Kapital eben in andere profitträchtigere Bereiche an und sei es, daß sie Siemens, deren Hauptaktionär sie ja auch sind, dann zum unumschränkten Marktführer in der Bundesrepublik machen.

Die Banken haben schon lange ihr moralisches Recht verwirkt, über das Schicksal von AEG und unserer Arbeitsplätze zu entscheiden. Und auch finanziell haben sie bereits so viel an AEG verdient, daß sie auf weitere Zinszahlungen und Kreditrückzahlungen ohne weiteres verzichten könnten. AEG-Telefunken macht auch eins deutlich, daß die Enteignung und Entmachtung der Banken und damit des Finanzkapitals schon längst auf der Tagesordnung steht. Denn sie sind die Drahtzieher und Nutznießer einer brutalen Arbeitsplatzvernichtung, die ohne Rücksicht und soziale Verantwortung Zehntausende in das Elend der Arbeitslosigkeit herabstoßen.

Das System der privaten Marktwirtschaft ist gescheitert!

Vielfach hört man jetzt anläßlich der AEG-Pleite den Ausspruch, daß die privatwirtschaftliche Lösung gescheitert ist. Das Beispiel AEG-Telefunken zeigt aber noch mehr, es zeigt, daß die private Marktwirtschaft, also das kapitalistische Wirtschaftssystem, nicht in der Lage ist, uns eine sichere Existenz auf Dauer zu garantieren. Mit AEG zerbricht das Bild eines bis an sein Lebensende sicheren Arbeitsplatzes in einem Großkonzern. Mit AEG zerbricht das Bild eines immer vorwärtsstrebenden und sich vergrößernden Großbetriebes, mit all seinen Vergünstigungen und Sozialleistungen zugunsten der Arbeitnehmer. Jetzt bricht ein ganzer Konzern zusammen und damit stehen nicht nur 1000 Arbeiter auf der Straße sondern vielleicht 100000. Und es ist ja nicht nur AEG-Telefunken, welche die Unfähigkeit unseres Wirtschaftssystems zeigt. Die Stahlindustrie steht vor einer weiteren Vernichtung von Zehntausenden von Arbeitsplätzen, ebenso die Werft- und die Automobilindustrie. Unser System, welches auf der Profitmacherei beruht, ist mal wieder an seine Grenzen gestoßen. Nach den Jahren eines Wirtschaftsaufschwunges sind wir jetzt mitten in einer Krise, die sich radikal verschärfen wird. Ohne eine grundlegende Änderung in unserem Wirtschaftssystem herbeizuführen, ohne ein Wirtschaftssystem zu schaffen, welches sich ausschließlich an den Bedürfnissen der Beschäftigten und nicht an den Bedürfnissen einiger weniger Bankbesitzer orientiert, werden wir weiter ins Elend herabsinken. Unsere Partei sieht in einem sozialistischen System diesen Ausweg, welches aber sowohl politisch als auch wirtschaftlich wesentlich anders organisiert werden muß, als der Staatskapitalismus in der DDR, wo es ebenfalls wieder eine Minderheit gibt, die sich auf Kosten der Mehrheit bereichert. Die Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung muß sich gerade angesichts von AEG-Telefunken mit der Fragwürdigkeit unseres kapitalistischen Wirtschaftssystems auseinandersetzen.

Um so mehr stellt sich aber auch die Notwendigkeit der Verkürzung der Arbeitszeit, wollen wir das Arbeitslosenheer nicht ins Unermeßliche wachsen lassen. Sowohl die Herabsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre, als auch die Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich wird für uns unumgänglich, sonst haben wir bald 3 Millionen Arbeitslose. Hier gilt es, in den kommenden Wochen und Monaten entsprechende Forderungen in den Vertrauenskörpern gerade bei AEG aufzustellen.

Staatsbeteiligung — ein Ausweg aus der AEG-Misere?

Die IG Metall und der Gesamtbetriebsrat lehnen das neue „Sanierungskonzept" als ein Zerschlagungskonzept ab. Sie fordern statt der Zerteilung von AEG-Telefunken eine direkte Bundesbeteiligung. Doch eins liegt dabei klar auf der Hand: Ohne einen Zinsverzicht der Banken fließt zwar auf der einen Seite dann Geld in die AEG hinein, aber ebenso schnell auf der anderen Seite wieder heraus, nämlich in Form von Zinszahlungen an die Banken. Auch dies wäre dann ein Modell nach dem Motto: Privatisierung der Gewinne — Sozialisierung der Verluste!

Bundesbeteiligung hätte nur dann für uns einen Sinn, wenn auf der anderen Seite auch die Banken zahlen, in Form eines Zins- und Kreditrückzahlungsverzichts. Ebenso muß mit einer Bundesbeteiligung, wie es die IG Metall fordert, eine ganz konkrete Beschäftigungs- und Standortgarantie verbunden sein. Denn es sind ja unsere Steuergelder, die hier reingebuttert werden sollen.

Wir müssen um den Erhalt unserer Arbeitsplätze kämpfen!

Aber weder der Staat, noch die Banken werden uns eine Garantie für unsere Arbeitsplätze geben, wenn wir nicht den Kampf aufnehmen und sie auch öffentlich unter Druck setzen. Ohne Streiks bis hin zu Betriebsbesetzungen, wie es die Belegschaft von Videocolor in Ulm gemacht hat, werden wir kaum Erfolge erzielen können. Wir stehen hier mächtigen Finanzgruppen gegenüber, die nur eins verstehen, die einmütige Sprache von uns 100000 AEG-Beschäftigten. Zeigen wir ihnen, daß wir uns nichts mehr bieten lassen. Die IG Metall ist hier aufgefordert, angesichts der drohenden Vernichtung von Zehntausenden von Arbeitsplätzen ihre gesamte gewerkschaftliche Kraft einzusetzen und die notwendigen Kampfaktionen zusammen mit den Betriebsräten und den Belegschaften zu organisieren.

Für den Erhalt von AEG-Telefunken!
Keine Zergliederung des Konzerns!
Keine weiteren Verkäufe und Kooperationen!
Zinsverzicht und Kreditrückzahlungsverzicht der Banker!
Die Banken sollen die AEG-Krise bezahlen!
Staatsbeteiligung nur mit einer Arbeitsplatzgarantie!

Protestaktionen der AEG-Beschäftigten

„Die Banken werden riesengroß, wir aber werden arbeitslos"

WESTBERLIN/ESSEN/TÜBINGEN/NÜRNBERG. — Tausende von Arbeitern und Angestellten des AEG-Telefunken-Konzerns beteiligten sich am Dienstag letzter Woche (22. Juni) an Protestaktionen gegen das sogenannte Sanierungskonzept des Konzernvorstands („Konzept AEG '83") und gegen die Stillegungs- und Entlassungspläne in ihren Werken.

In Westberlin hatte die IG Metall zu einer gemeinsamen Betriebsversammlung für alle sechs Berliner AEG-Betriebe in der Eissporthalle aufgerufen mit anschließender Demonstration zum ICC, dem Tagungsort der AEG-Hauptversammlung. 5000 bis 6000 Kolleginnen und Kollegen folgten diesem Aufruf. Die Belegschaftsversammlung begann um 8 Uhr morgens. Die KPD/Sektion Westberlin verteilte vor den Toren der Eissporthalle ihre Erklärung zur Situation bei AEG-Telefunken (siehe oben).

Gegen halb zehn Uhr setzte sich dann von der Eissporthalle aus ein machtvoller Demonstrationszug in Richtung Congreß Centrum in Bewegung. Unter anderem wurden Transparente und Schilder mit den folgenden Parolen mitgeführt:

„Die Banken werden riesengroß, wir aber werden arbeitslos" —, „Sanierung mit dem Bund — ohne Arbeitsplatzschwund" —, „Die AEG wird ausgedürrt, bis alles in die Pleite führt".

Vor dem ICC angekommen, wurden Arbeiterlieder gesungen. AEG-Vorstandsvorsitzender Heinz Dürr brüskierte die 5000 Belegschaftsmitglieder, indem er sich weigerte, vor der Halle zu erscheinen und eine auf der Belegschaftsversammlung verabschiedete Resolution entgegenzunehmen. Unmut rief unter den versammelten Arbeitern und Angestellten auch die Tatsache hervor, daß ringsumher Polizei aufmarschiert war.

Die sechs Betriebsratsvorsitzenden begaben sich in das Tagungsgebäude, um dort dem Konzernchef Dürr sowie dem AEG-Aufsichtsratsvorsitzenden und Chef der Dresdner Bank Friderichs (früherer Bundeswirtschaftsminister) die Resolution vorzutragen. Diese beiden Herren jedoch, die bislang seitens der „Arbeitnehmervertretungen" nichts als sozialpartnerschaftliche Loyalität gewohnt sind, reagierten äußerst gereizt und unverschämt.

Bankchef Friderichs, dessen Sorge seit Jahren nur die ist, wie er aus dem krisengeschüttelten Elektroriesen möglichst fette Zinsen heraussaugen kann, um ihn dann eines Tages mit sattem Reibach ab- und auszuschlachten, zeterte unverfroren: „Ich lasse mich nicht erst melken, um dann noch beschimpft zu werden." Dürr fügte hinzu: „Ich bin enttäuscht über das, was hier passiert." Und Friderichs ging noch weiter, als er in provokatorischer Art drohte: „Wenn Sie mit dem Unsinn nicht aufhören, dürfen Sie sich nicht wundern, wenn den Banken der Geduldsfaden reißt."

Etwa gleichzeitig protestierten auch in Essen, Nürnberg und Tübingen AEG-Belegschaften gegen die Pläne der Dürr, Friderichs und Konsorten. Bei AEG-Kanis in Essen führten die Kollegen einen Warnstreik durch. Im Anschluß an eine Belegschaftsversammlung marschierten sie zum Werkstor. Ihr Protest richtete sich gleichzeitig gegen Reagans Boykott-Politik gegenüber dem Erdgas-Röhren-Geschäft mit der Sowjetunion, die die Arbeitsplätze bei AEG-Kanis gefährdet und gegen das „Konzept AEG '83", das „auf Betriebsschließungen und Entlassungen abzielt".

In Tübingen hielten am gleichen Tag die Beschäftigten des von Stillegung bedrohten Waschmaschinenwerkes Zanker eine öffentliche Belegschaftsversammlung auf dem Marktplatz ab. Dies war eine in dieser Art bisher einmalige Aktion hierzulande (siehe Arbeiterkorrespondenz auf Seite 5). Zu gleicher Zeit führten in den AEG-Haushaltsgerätewerken in Nürnberg 2500 Beschäftigte einen halbstündigen Warnstreik gegen das „Sanierungskonzept" der AEG-Konzernherren durch.

Auf einer Belegschaftsversammlung bei dem AEG-Tochterunternehmen Küppersbusch, wo 600 Beschäftigte entlassen werden sollen, wurde am vergangenen Samstag (26. Juni) über die Weiterführung und Verstärkung des Widerstands diskutiert. Die Küppersbusch-Kollegen hatten in den letzten Wochen bereits mehrfach die Arbeit niedergelegt.

Fundsache

„Wie wenig Erfahrung die große IG Metall allerdings mit derartigen Demonstrationen hat, wurde am Rande deutlich: Man mußte sich von der anwesenden RGO ein Megaphon ausborgen, um die Menge zu unterrichten."

„Die Tageszeitung" am 23. Juni 1982 in ihrem Bericht über die Demonstration der AEG-Beschäftigten in Westberlin vom 22. Juni.



Mehr als 5000 AEG-Beschäftigte marschierten am 22. Juni vor das Westberliner Congreß Centrum, wo die Hauptversammlung des Konzerns tagte.

Protestaktionen bei Küppersbusch gehen weiter

Erhalt der Arbeitsplätze statt Sozialplan!

GELSENKIRCHEN. — Die Belegschaft des AEG-Tochterunternehmens Küppersbusch in Gelsenkirchen (Herde und Großküchen) setzte auch in der vergangenen Woche die Serie ihrer Protestaktionen gegen die angekündigten Massenentlassungen fort. Am vergangenen Samstag marschierten ca. 1100 Arbeiter und Angestellte vom Werk aus zum Sportzentrum am Schürenkamp, wo eine Belegschaftsversammlung stattfand.

Auf Transparenten und Schildern hieß es unter anderem: „Hände weg von Küppersbusch!" — „Kollegen gebt acht, sonst wird Küppersbusch dichtgemacht"; — „Unsere Geduld ist zu Ende"; — „Wir lassen uns nicht kaputtsanieren!". Vor der Sporthalle, in der die Belegschaftsversammlung stattfand, hatte die „Gelsenkirchener Bürgerinitiative gegen Arbeitsplatzvernichtung" ein Transparent aufgehängt mit der Parole: „Kampf um jeden Arbeitsplatz".

Diese letztgenannte Parole verdient es, besonders hervorgehoben zu werden. Denn die Gelsenkirchener IGM-Ortsverwaltung hat bereits einen Sozialplanentwurf ausgearbeitet, den sie jetzt vom Betriebsrat absegnen lassen will. Die Ortsverwaltung vertritt also den Standpunkt, die von der Geschäftsleitung angekündigte Entlassung von 600 Beschäftigten bei Küppersbusch müsse als „unabänderlich" hingenommen werden. Auch der Betriebsratsvorsitzende Willi Scherer hat sich mehrfach dahingehend geäußert, daß an diesen Entlassungen nicht mehr gerüttelt werden könne.

Aber auf diese Weise wird der Kampf der Belegschaft in eine Sackgasse gelenkt. Immer wieder haben die Erfahrungen gezeigt, und in diesen Tagen zeigt es sich gerade auch bei AEG-Telefunken eindringlich: Durch „Vorleistungen", also durch die Zustimmung zu „Gesundschrumpfungsmaßnahmen" wird der Rest der verbliebenen Arbeitsplätze keineswegs sicherer gemacht.

Im Gegenteil! Dadurch wird die Belegschaft gespalten und in die Resignation getrieben. Die Kapitalisten können dann um so rücksichtsloser weitere Angriffe starten.

Nur durch kompromißlose Verteidigung aller Arbeitsplätze kann man die Arbeitsplatzkiller in die Schranken verweisen!

Auf der Belegschaftsversammlung erklärte der Vorstandsvorsitzende von Küppersbusch, Albert Specht, zu den Befürchtungen der Belegschaft, daß es bei der Entlassung von 600 Kollegen nicht bleiben werde: *„Das Werk I behält seinen Standort zunächst weiterhin in Gelsenkirchen, ebenso wird die Kochmuldenherstellung zunächst in Gelsenkirchen belassen".*

Man beachte das zweimal benutzte Wörtchen „zunächst"!

Desweiteren sprach Specht es in seinem Redebeitrag ganz offen aus: Die Entlassungen und „Umstrukturierungen" bei Küppersbusch sind als Folge des neuen AEG-Sanierungskonzeptes zu verstehen.

Während offiziell die endgültige Entscheidung über das „Konzept AEG '83" noch gar nicht gefallen ist, während der AEG-Gesamtbetriebsrat und die IG Metall erklärten, man werde dieses Konzept nicht hinnehmen, während Tausende von AEG-Beschäftigten gegen dieses Konzept auf die Straße gehen, werden in Einzelunternehmen des Konzerns bereits handfeste Tatsachen geschaffen!

Die Ausführungen des Vorstandsvorsitzenden Specht machen somit deutlich, daß die Parole „Kampf um jeden Arbeitsplatz", die zum Beispiel auch von der Belegschaft bei Zanker in Tübingen ausdrücklich zum Motto ihres Widerstands gegen die angekündigte Stillegung dieses AEG-Tochterunternehmens gemacht wurde, auch bei Küppersbusch die einzig richtige Richtung angibt. Spechts Worte beweisen ferner, daß die Befürchtungen der Belegschaft, das ganze Werk könnte am Ende dichtgemacht werden, nach wie vor berechtigt sind.

Zum einen im Hinblick auf die Sicherung der Arbeitsplätze bei Küppersbusch selbst, zum anderen aber auch im Hinblick auf den notwendigen geschlossenen Widerstand der gesamten Konzernbelegschaft von AEG gegen die Zerschlagung von AEG-Telefunken und gegen die Durchführung eines weiteren Feldzuges zur Vernichtung zehntausender Arbeitsplätze in den AEG-Konzernbetrieben, wäre es verhängnisvoll, würden die IG Metall und der Betriebsrat nicht den Erhalt aller Arbeitsplätze, sondern ersatzweise „einen guten Sozialplan" anstreben.



„Kollegen gebt acht, sonst wird Küppersbusch dicht gemacht", hieß eine Parole bei der Demonstration der Küppersbusch-Belegschaft am vergangenen Samstag. Eine weitere Parole zeigte, wie man dieser Gefahr begegnen muß: „Kampf um jeden Arbeitsplatz".

Auch in Frankfurt

AEG-Beschäftigte demonstrierten

FRANKFURT. — Neben Westberlin, Tübingen, Nürnberg, Essen und Gelsenkirchen war in der vergangenen Woche auch Frankfurt am Main Schauplatz einer Protestaktion von AEG-Beschäftigten.

Im Anschluß an eine Belegschaftsversammlung führten mehrere hundert Beschäftigte der Frankfurter Konzernzentrale von AEG am Donnerstag letzter Woche eine Demonstration gegen das neue „Sanierungskonzept" des Konzernvorstands durch.

Mit Transparenten und Flugblättern protestierten die Kolleginnen und Kollegen gegen die „drohende Zerschlagung von AEG-Telefunken und die Vernichtung von Arbeitsplätzen" durch das „Konzept AEG '83". Der Betriebsrat erklärte auf einer Kundgebung, die Belegschaften aller AEG-Telefunken-Betriebe müßten gemeinsam Widerstand gegen die Pläne des Konzernvorstandes und der Banken leisten.



Kundgebung der Beschäftigten der Konzern-Zentrale von AEG in Frankfurt am Donnerstag letzter Woche.

„Der AEG-Arbeiter" — Zeitung der Betriebszelle AEG-Brunnenstraße der KPD

Jetzt ist es genug!



Nicht nur, daß der Vorstand den AEG-Konzern in seine einzelnen Bestandteile auflösen, damit den Konzern zerschlagen will und Zehntausende von Arbeitsplätzen in Gefahr bringt, jetzt will er auch an unser Geld 'ran.

Die Betriebsrente ist schon bis zu zwei Drittel gekürzt worden. Die Ferienhäuser sollen auch geschlossen und verkauft werden. Und jetzt wälzt der Vorstand Pläne, wie er an eine tariflich abgesicherte Leistung 'rankommen kann, nämlich an die Sonderzahlung. Nach unseren Informationen ist daran gedacht, das Weihnachtsgeld bzw. einen Teil davon für fünf Jahre nicht auszuzahlen, sondern als zinsbegünstigtes Darlehen der AEG zur Verfügung zu stellen. Das kann doch wohl nicht wahr sein!

Erstens brauchen wir das Geld. Und zweitens: Wer sichert uns denn dieses Geld ab? In fünf Jahren kann die AEG schon pleite sein. Die Banken lassen sich ihren neuen Kredit an AEG durch Bürgschaften von Bund und Ländern absichern. Doch wer gibt uns die Sicherheit, daß wir je dieses Geld zurückbekommen?

Der Gesamtbetriebsrat hat schon Bereitschaft signalisiert, über ein zinsbegünstigtes Darlehen von Arbeitnehmern an die AEG zu verhandeln.

Hände weg vom Weihnachtsgeld!

Bezahlen sollen die AEG-Krise diejenigen, die die AEG hineingeritten haben. Und das sind in erster Linie die Banken. Sie saßen und sitzen im Aufsichtsrat von AEG. Sie haben an AEG die enormen Kredite für ihren Expansionsdrang gegeben. Sie haben sich davon die fetten Zinsen erhofft, die sie ja auch bekommen haben: ca. 3 Milliarden Mark in den letzten zehn Jahren.

Sie müssen jetzt auch zur Kasse gebeten werden. Eine Beteiligung des Bundes, ohne daß die Banken auf einen Großteil ihrer Forderungen verzichten, müssen wir ablehnen, denn so würde unser Steuergroschen nur in die Taschen der profitgierigen Großbanken fließen. Die Banken hätten dann alles, was sie wollten. Bloß AEG stände in derselben Situation da wie vorher.

Und nachdem die Banken dann satt geworden sind, hätten sie wahrscheinlich nichts mehr dagegen, AEG über die Klinge springen zu lassen. Deshalb müssen wir für folgendes eintreten:

Erhalt des AEG-Konzerns in seiner Gesamtheit!
Gegen alle weiteren Kooperationen und Verkäufe!
Weitgehender Forderungsverzicht der Banken!
Bundesbeteiligung nur dann, wenn die Banken auf Zins- und Kreditforderungen verzichten und eine Garantie für unsere Arbeitsplätze gegeben wird!

Bringen wir diese unsere Forderungen auf der Betriebsversammlung am 22.6.82 in der Eissporthalle und auf dem anschließenden Protestmarsch zur Aktionärsversammlung im ICC zum Ausdruck.

Kommt zur Betriebsversammlung am 22.6.82 um 8.00 Uhr in der Eissporthalle in der Jafféstraße (neben der Deutschlandhalle)!

Aktionen gegen Arbeitsplatzvernichtung bei Bauknecht, Gerresheimer Glas und Enka

„Keine neuen Bankpaläste — Erhaltung unserer Arbeitsplätze"

STUTTGART/DÜSSELDORF/WUPPERTAL. — Nicht nur von AEG-Belegschaften, sondern auch von Belegschaften anderer Konzerne wurden dieser Tage Protestaktionen gegen Stillegungen und Entlassungen gemeldet.

Eine besonders spektakuläre und originelle Aktion führten in **Stuttgart** am Donnerstag letzter Woche Beschäftigte aus verschiedenen Bauknecht-Betrieben in der Umgebung Stuttgarts durch. Die Kollegen besetzten die Schalterhallen der Deutschen Bank, sowie der Bayerischen Vereinsbank, um gegen die Rolle zu protestieren, die dieses Kredithaie bei der Pleite von Bauknecht wahrnehmen: Nämlich die des Arbeitsplatzkillers!

Auch die Dresdner Bank erhielt Besuch der Arbeiter und Angestellten. Dort standen die Kollegen jedoch vor einem verschlossenen Eingang. Die Gitter waren heruntergelassen worden.

Durch die Marmorhallen der Deutschen Bank hallten völlig ungeschäftsmäßig laute und gellende Pfeifkonzerte und Sprechchöre der um ihren Arbeitsplatz bangenden Kollegen. „Keine neuen Bankpaläste — Erhaltung unserer Arbeitsplätze" war eine der treffenden Parolen, die gerufen wurden. Und in der Tat: Je mehr die Welle der Konkurse und der damit verbundenen Massenentlassungen uns überrollt, desto maßloser und protziger schießen sie in die Höhe, die Bankpaläste in Frankfurt, Düsseldorf und anderswo.

Als Heinz Bormann, erster Bevollmächtigter der IG Metall Waiblingen, die Direktion der Deutschen Bank in Stuttgart aufforderte, eine Protestresolution der Bauknecht-Beschäftigten entgegenzunehmen, ließ sich niemand blicken. Die Reaktion der demonstrierenden Kollegen darauf war heftig: Ein Pfeifkonzert und laute Buh-Rufe.

Bei der Bayerischen Vereinsbank erklärte sich immerhin ein leitender Angestellter bereit, die Resolution entgegenzunehmen. Bei der Dresdner Bank, als die Kollegen vor verschlossenen Eingangstüren standen, sagte Heinz Bormann: „Wir sind keine Bettler. Wir warten nicht vor verschlossener Tür. Wir haben unsere eigenen Mittel, uns zu melden."

Wohl wahr! Wenn es bei Bauknecht, AEG und bei anderen Konzernen, in denen die Finanzhaie um ihrer Profite willen skrupellos Zehntausende von Arbeitsplätzen vernichten bzw. zu vernichten drohen, zu geschlossenen und einheitlichen Kampfschritten der Belegschaften kommt, zu unbefristeten Streiks und Betriebsbesetzungen, werden die feinen Herren in den Bankzentralen gezwungen sein, die Forderungen der Arbeiter zur Kenntnis zu nehmen!

Am Freitag letzter Woche demonstrierten in **Düsseldorf** ca. 400 Arbeiter aus mehreren Betrieben der zum amerikanischen Owens-Konzern gehörenden Gerresheimer Glas AG gegen Rationalisierung und Arbeitsplatzvernichtung. Anlaß der Aktion war eine Tagung des Aufsichtsrates der Gerresheimer Glas AG in der Düsseldorfer Hauptverwaltung.

Auf dieser Sitzung bestätigte der Aufsichtsrat einen Vorstandsbeschluß, der die Stillegung des Werkes Minden und die Entlassung der dort beschäftigten 200 Arbeiter und Angestellten vorsieht.

In **Wuppertal** fand am Montag dieser Woche ein Autokorso statt, den Beschäftigte des Kasseler Enka-Zweigwerkes gemeinsam mit Wuppertaler Enka-Kollegen durchführten. Anlaß der Aktion war die Hauptversammlung der Enka-Aktionäre in der Wuppertaler Hauptverwaltung des Chemie-Unternehmens.

Nach wie vor hält der holländische Chemie-Multi Akzo, dem die Enka AG gehört, daran fest, das Kasseler Werk mit seinen 800 Beschäftigten stillzulegen. Dies, obwohl Enka im vergangenen Jahr 217 Millionen Mark Gewinn machte. Durch die Verlagerung der Produktion in sogenannte Niedriglohnländer versprechen sich die Akzo-Bosse noch höheren Profit.

Zu der Protestaktion der Enka-Beschäftigten am Montag hatten die IG Chemie-Papier-Keramik Wuppertal und die Kasseler Bürgerinitiative „Arbeitsplätze bei Enka retten" aufgerufen.



Am vergangenen Freitag demonstrierten in Düsseldorf ca. 400 Arbeiter und Angestellte der Gerresheimer Glashütte gegen die Absicht der Konzernleitung, das Werk in Minden zu schließen.

Bundestag einig bei Asylrechtsverschärfung

BONN. — Der Vermittlungsausschuß von Bundestag und Bundesrat hat einen Kompromißvorschlag zum Asylverfahrensgesetz erarbeitet, der am vergangenen Freitag im Bundestag von den Vertretern aller Parteien bei einer Gegenstimme und einer Enthaltung angenommen wurde. (Zur Ausgangslage siehe RM 25/82: „Asylrecht am Ende?“.) Am 2. Juni, also am Erscheinungstag dieses RM, wird der Bundesrat dieses Ergebnis beraten. Stimmt er zu, kann das Gesetz am 1. August in Kraft treten.

Die Situation stellt sich nun folgendermaßen dar: Die Entscheidung über Zulässigkeit und „Begründetheit“ von Asylanträgen bleibt dem Zirndorfer Bundesamt vorbehalten. Aber dieses Amt wird Außenstellen in allen Bundesländern errichten, um die Verfahren abzukürzen.

Für „offensichtlich unbegründete“ Anträge — die Willkürlichkeit solcher Entscheidungen ist vorgesehen — wird das Rechtsmittelverfahren durchrationalisiert und abgekürzt. Hat die Außenstelle des Bundesamts eine solche Entscheidung getroffen, ist der Asylbewerber zur Ausreise verpflichtet. Die Ausländerbehörde droht ihm denn unter Fristsetzung die Abschiebung an. Gegen diese Entscheidung ist kein Widerspruch zulässig. Was bleibt, ist ein verwaltungsgerichtliches Eilverfahren: Der Bewerber kann gegen die Antragsablehnung und die Ausweisungsverfügung Klage erheben, die aber keine aufschiebende Wirkung hat. Im Wege des vorläufigen Rechtsschutzes kann der Asylbewerber jedoch gegen die Vollziehung der Abschiebungsverfügung innerhalb einer Woche das Verwaltungsgericht anrufen. Die Abschiebung soll dann bis zur Entscheidung ausgesetzt werden. Gegen eine ablehnende Entscheidung ist die Beschwerde zulässig. (Diese Regelung soll vorerst für zwei Jahre zur „Erprobung“ gelten.)

Und so soll es beim Verwaltungsgericht laufen:

Wird der Angelegenheit vom Gericht „keine besondere Bedeutung“ oder „keine besonderen Schwierigkeiten tatsächlicher oder rechtlicher Art“ zugemessen, kann ein Einzelrichter anstelle der Kammer mit der Entscheidung betraut werden.

Wird eine Klage vor der Kammer verhandelt und als „offensichtlich unzulässig“ oder „offensichtlich unbegründet“ abgewiesen, ist keinerlei Berufung mehr möglich. Gegen die Entscheidung eines Einzelrichters bleibt die Zulassungsberufung, die Nichtzulassung der Berufung soll durch Beschwerde anfechtbar bleiben. Das Oberverwaltungsgericht aber braucht dann eine Ablehnung überhaupt nicht mehr zu begründen.

Obwohl dieser Kompromiß nicht vollständig *alle* Bestrebungen vor allem der unionsregierten Bundesländer zur Verkürzung der Verfahren und zur Entrechtung der Asylbewerber, zur Unterhöhlung des Rechts auf politisches Asyl übernimmt, so wird doch deutlich, warum die Bundestagsfraktionen auch der CDU/CSU der Gesetzesvorlage in dieser Form zugestimmt haben: Sie haben im wesentlichen ihr Ziel erreicht.

Auch die Unterbringung der Asylanten wird ganz im Sinne der reaktionären Vorstöße geregelt: Asylbewerber sollen „in der Regel in Gemeinschaftsunterkünften untergebracht“ werden. Grünes Licht also für die bundesweite Einrichtung von Asylantenghettos.

So arbeitet das Zirndorfer Bundesamt

Folteropfer ausgewiesen

OSNABRÜCK. — Im Juni wurde auf Beschluß des Zirndorfer Bundesamtes für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge der 24jährige Evren Ata, Mitglied der kurdischen Arbeiterpartei, aus der Bundesrepublik ausgewiesen, obwohl er in der Türkei nachweislich den brutalsten Folterungen ausgesetzt gewesen ist und weitere Verfolgungen zu erwarten hat.

Im vergangenen Jahr hatte Evren Ata in der Bundesrepublik Asyl beantragt. Über seine Behandlung nach der Gefangennahme durch Soldaten der faschistischen Junta berichtete er: „Wir wurden untersucht, ob wir noch irgendetwas bei uns hatten. Dann mußten wir uns ausziehen. Anschließend wurden wir in ein Zimmer gesperrt. Offiziere und Soldaten sind gekommen. Wortlos fingen sie an, uns zu schlagen. Danach wurden wir in Einzelzellen gesteckt. Ich war immer noch nackt. Am sechsten Tag befahl mir ein Wächter, mich mit gestreckten Fingern abgestützt an die Wand zu stellen. Nach zwei Tagen bin ich umgefallen ... Dann haben sie mich gefoltert, ich wurde bewußtlos. Als ich wieder zu mir kam, wurde ich an den Händen an der Decke aufgehängt, wieder verhört und gefoltert. Das ging zwei Wochen lang so. Zuletzt war ich nur noch bewußtlos.“ Die lebensgefährlichen Folgen dieser Folterungen bedürften, wie mehrfach ärztlich attestiert wurde, einer längeren Heilbehandlung. Dem Zirndorfer Bundesamt sind die Vorfälle in der Türkei und die Atteste bekannt. Dennoch heißt es in seinem Beschluß:

„Es läßt sich nicht feststellen, daß der türkische Staat durch seine Organe und Vertreter Minderheiten verfolgt. (...) Die Gefährdung, der der Antragsteller in seiner Heimat ausgesetzt sein will, ist nicht auf gegen den Antragsteller persönlich gerichtete Maßnahmen der in der Türkei ausgeübten staatlichen Gewalt zurückzuführen. (...) Es kann im übrigen nicht Aufgabe des Asylrechts sein, Schutz vor allgemeinen Folgen aus innerpolitischen Unruhen und ähnlichen Krisensituationen zu gewähren.“



Kein Asyl für Folteropfer Evren Ata.

Baden-Württemberg:

Aktionen gegen NPD-Parteitag

GERMERSHEIM. — Bundesparteitag und Deutschlandtreffen der faschistischen NPD wurden am 26. und 27. Juni in Germersheim ausgetragen. Etwa 1500 Demonstranten traten dem braunen Spektakel entgegen, darunter viele Gewerkschafter.

Mit 500 Mann war das Aufgabot der Polizei fast doppelt so groß wie die Zahl der Delegierten, die an dem Bundesparteitag in der Stadthalle teilnahmen, die ihnen trotz des Widerstandes selbst der Stadtverantwortlichen zur Verfügung gestellt werden mußte. „Gemeinsam handeln — der Feind steht rechts!“, „Verbot aller neonazistischen Organisationen“, „Nicht Ausländer raus, sondern Nazis raus“ — diese und andere Transparente bestimmten das Bild auf der antifaschistischen Gegendemonstration und Kundgebung, zu der auch der DGB aufgerufen hatte. Eine notwendiger, erfreulicher Schritt, der allerdings einmal mehr nicht mit der notwendigen Mobilisierung durch die Gewerkschaften verbunden war. Dennoch nahmen viele Kolleginnen und Kollegen an den Protestaktionen teil.

Während im Saal der Stadthalle der Ausländerhaß und der Revanchismus beschworen wurden, warben die Antifaschisten für eine Verstärkung des Kampfes gegen Neofaschismus und Ausländerfeindlichkeit. Genossen der KPD unterstützten die Aktion nach Kräften. Zu den Rednern zählten auch Georg Benz und Julius Lehlbach vom DGB. Gegen Lehlbach hatte vor einiger Zeit ein NPD-Mitglied ein Attentat versucht, und er bekam dafür lediglich 18 Monate Gefängnis — „soviel bekommt man schon für ein Verkehrsdelikt“. Georg Benz erklärte, wenn der DGB nicht seine ganze Kraft einsetze, um den Frieden nach außen zu verteidigen und den Faschismus nach innen zu bekämpfen, habe er seine geschichtliche Verpflichtung und seine Chance vertan. Es bedarf allerdings noch großer Anstrengungen von der Basis, um ein tatkräftiges Handeln der Gewerkschaften in diesem Sinne durchzusetzen.



„Gemeinsam handeln — der Feind steht rechts!“ Der Demonstrationszug in Germersheim

Sozialhilfe für Asylbewerber um 20 Prozent gesenkt

STUTTGART. — In Baden-Württemberg sollen die Leistungen der Sozialhilfe für Asylbewerber um 20 Prozent gesenkt werden. Das beschloß Ende Juni das Kabinett unter Ministerpräsident Lothar Späth (CDU). Das Land stützt sich bei seinem Angriff auf die Lebensbedingungen der Asylbewerber auf die neue Regelung im Bundessozialhilfegesetz (§ 120 Abs. 2), nach der sich der Anspruch asylsuchender Ausländer bis zum rechtskräftigen Abschluß des Asylverfahrens auf die „Hilfe zum Lebensunterhalt“ beschränke. Finanzielle Stütze soll dem Kabinettsbeschluß entsprechend weitestgehend durch Sachleistungen unter Einschluß von „Gutscheinverfahren“ ersetzt werden, so daß den Flüchtlingen der freie Verkehr in der Öffentlichkeit, die Teilnahme am öffentlichen Leben verwehrt wird. Es wird angestrebt, überall Gemeinschaftsverpflegung einzurichten. Darüber hinaus können die Asylbewerber nun gesetzlich überall zu „gemeinnützigen Arbeiten“ eingesetzt, das heißt als billigste Arbeitskräfte verwandt werden.

Abschiebung trotz Anerkennung als politisch Verfolgter?

Deutsche Gerichte arbeiten den Henkern von Ankara in die Hände

WESTBERLIN. — Obwohl er als Asylberechtigter anerkannt worden ist, droht einem Kurden in Westberlin die Auslieferung an das faschistische Regime in Ankara.

Bei diesem kurdischen Asylanten handelt es sich um einen Anhänger der Kurdischen Arbeiterpartei (PKK), der nach dem Militärputsch in die Bundesrepublik geflüchtet war. Er erhielt vom Westberliner Verwaltungsgericht Asylrecht zugesprochen, weil ihm in seiner Heimat, wie das Gericht ausdrücklich feststellte, **die Todesstrafe oder zumindest eine unabsehbar lange Haftstrafe und Folter aus politischen Gründen** drohe. Das Verwaltungsgericht verpflichtete das Zirndorfer Bundesamt zur Anerkennung als Asylberechtigter.

Die türkischen Faschisten verlangen nun seine Auslieferung, weil er, wie sie behaupten, im März 1979 in der Türkei an der Ermordung eines Landsmannes beteiligt gewesen sei. Diese Behauptung ist falsch. Aber es ist ein Zufall, daß dies herauskam. Gleichzeitig wirft dieser Fall ein bezeichnendes Licht darauf, wie das Regime in Ankara versucht, politisch Verfolgter habhaft zu werden und wie bereitwillig die bundesdeutschen Behörden ihm dabei helfen.

Das Auslieferungsbegehren aus Ankara ging ein, nachdem sich das Bundeskriminalamt als Reaktion auf einen anonymen Brief, in dem gegenüber der Westberliner Staatsanwaltschaft der Kurde des besagten Mordes und eines angeblich in der Bundesrepublik geplanten weiteren Mordes bezichtigt wurde, mit einer Anfrage an die Militärregierung gewandt hatte.

Über das Auslieferungsgesuch hat nun das Westberliner Kammergericht (Oberlandesgericht) zu entscheiden. Es ist befugt, auch entgegen dem bisherigen Verlauf des Asylverfahrens eine Ausweisung zuzulassen. Und das Gericht hat diese Möglichkeit auch bereits in Betracht gezogen. Es hat die faschistische Regierung gebeten, bis Ende Juli die bisher übermittelten Auslieferungsunterlagen zu „ergänzen“.

Angesichts der Erkenntnisse aus dem bisherigen Asylverfahren spricht daraus der Wunsch, die türkische Regierung möge es verstehen, dem deutschen Gericht eine Handhabe zur Ausweisung zu geben. Man ist bemüht um zuvorkommende Behandlung des NATO-Alliierten. Den wirtschaftlichen und militärischen Interessen werden auch Menschenleben geopfert.

Bereits im Verfahren vor dem Westberliner Verwaltungsgericht hatte sich nämlich der von den türkischen Behörden behauptete Mordverdacht als völlig unbegründet erwiesen. Dieses Gericht hatte sogar eindeutig festgestellt, hier werde lediglich versucht, des Kurden wegen „gemeinen Mordes“ habhaft zu werden, während die türkischen Behörden in Wahrheit auf eine Bestrafung wegen seiner politischen Aktivitäten aus seien.

Für Aufklärung sorgte einer der wenigen türkischen Strafverteidiger, die auch im kurdischen Landesteil tätig gewesen sind, Serafettin Kaya, den das Westberliner Gericht eigentlich nur als Sachverständigen hinzuziehen wollte. Denn er kannte den Fall. Die dem kurdischen Asylanten vorgeworfene Tat wurde in Wahrheit von Mitgliedern der faschistischen MHP an einem abtrünnigen Gesinnungskumpan begangen; anschließend bemühten sich die Mörder, den Verdacht auf ihre politischen Gegner zu lenken.

Kaya war Verteidiger des Mannes gewesen, der für den Mord rechtskräftig zu 24 Jahren Gefängnis verurteilt worden ist. Diesen Vorgang hatten die türkischen Behörden verschwiegen. Kaya konnte dem Gericht das Urteil vorlegen. Darüber hinaus berichtete er, daß ein im Zusammenhang mit der Mordtat gegen den Asylanten in der Türkei eingeleitetes Ermittlungsverfahren bereits vor langer Zeit eingestellt worden ist.

In dem genannten Urteil ist nun von einem „unbekannten Mittäter“ die Rede. Das hat das Kammergericht zum Anlaß genommen, bei den türkischen Behörden nachzufragen, ob das Verfahren gegen den Kurden tatsächlich eingestellt worden sei oder ob es gegen ihn als möglichen unbekannten Mittäter fortgesetzt werde. Das aber kann, unabhängig davon, was die Faschisten nunmehr behaupten mögen, gar nicht sein. Denn als das Urteil gefällt wurde, war der Asylant den türkischen Behörden durchaus bekannt und wäre demzufolge in dem vorliegenden Haftbefehl auch als möglicher Mittäter benannt worden. Die Behörden aber stützen ihren Auslieferungsantrag bisher auf einen unbestimmten Haftbefehl, der auf einer etwa zwei Jahre vor dem Urteil datierten Anklageschrift beruht, in der noch nicht einmal der später Verurteilte als Mittäter Erwähnung findet.

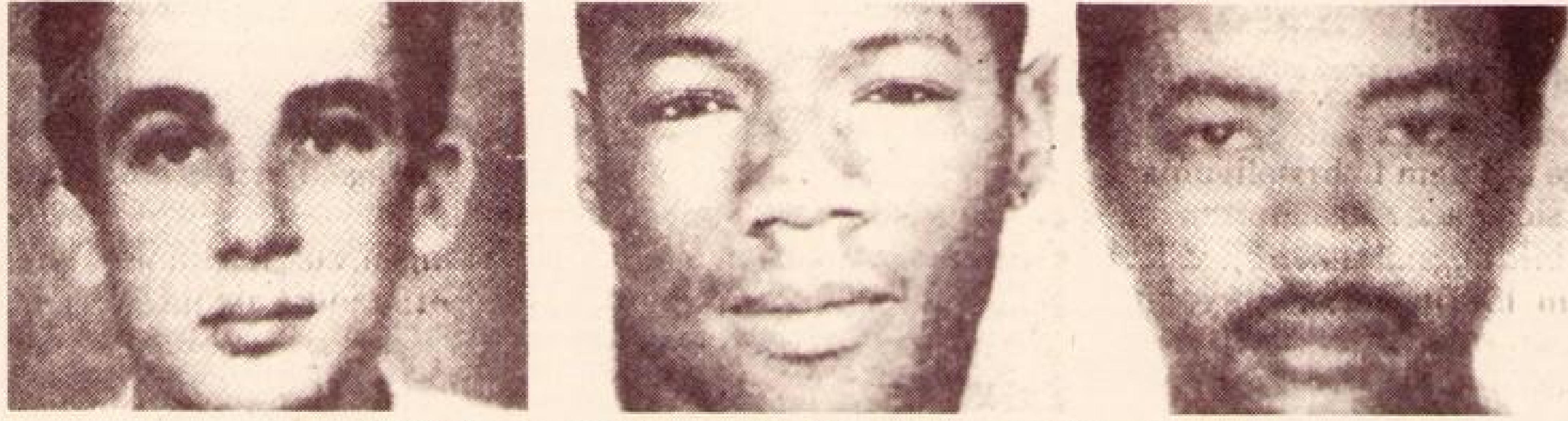
Mit seiner Anfrage hat das Berliner Gericht den Faschisten nun einen Tip gegeben, welche Begründung sie nachzuliefern haben, um ihrem Begehren Erfolgsaussichten zu eröffnen. Daß die türkischen Behörden zu Tatsachenunterschlagungen und Lügen bereit sind, haben sie doch zur Genüge bewiesen, aber das stört die westdeutschen Behörden nicht. Sie suchen nur eine Alibibegründung, um ihrer Hilfestellung für das faschistische Regime nach außen hin einen Schein der Rechtmäßigkeit verleihen zu können.

Wenn man sich diesen Fall ansieht, dann kann man sich vorstellen, daß in vielen Fällen türkische und kurdische Demokraten und Freiheitskämpfer aufgrund betrügerischer Auslieferungsanträge, auf der Grundlage eindeutigen Rechtsbruchs unter bewußter Beteiligung der bundesdeutschen Justiz ihren Henkern in die Gewalt gegeben wurden. Das wirft ein bezeichnendes Licht auf die Politiker, die in Kenntnis dieser Machenschaften, die von ihnen gefördert und gefordert werden, von der „Asylantenschwemme“ und ähnlichem sprechen, die es einzudämmen gelte. Er ist Beleg dafür, daß den Anschlägen auf das Asylrecht und der gegebenen Praxis des Umgangs mit Asylanten entschiedener Widerstand entgegengesetzt werden muß.

Amoklauf in Nürnberg:

Neonazi ermordet drei Ausländer

NÜRNBERG. — Am 25. Juni ging die Saat der Ausländerfeindlichkeit ein weiteres Mal auf: In Nürnberg erschoß ein bekannter Neonazi bei einem Amoklauf drei Ausländer und verletzte mehrere andere schwer. Helmut Oxner, der sich anschließend nach einem kurzen Feuergefecht mit Polizisten selbst tötete, stand in Kontakt zur NPD und zur terroristischen NSDAP/AO. Weitere Verbindungen, zumindest zur Wehrsportgruppe Hoffmann, liegen nahe.



Die Erschossenen: Mohamed Ehab, Rufus Surles und William Schenk

In der Nürnberger Innenstadt liegt die Discothek „Twenty-Five". In ihrer Nähe werden am Abend des 25.6. mehrere Männer von einem Unbekannten nach ihrer Nationalität befragt. Dieser Unbekannte ist Helmut Oxner, der sich auf seine Tat vorbereitet. Schließlich geht er die Stufen zur Kellerdiscothek hinab. Als er von einem Pförtner aufgefordert wird, den Eintritt zu bezahlen, zieht er einen Revolver und erschießt einen farbigen amerikanischen Soldaten. Dann feuert er ins Lokal, rennt anschließend mit zwei Pistolen in den Händen auf die Straße, feuert auf eine Gruppe Araber. Noch zwei weitere Menschen sterben, mehrere werden schwerverletzt, bevor er — von einem schließlich eingetroffenen Polizeibeamten an der Hüfte verletzt — sich selbst erschießt. Über sein planmäßig verfolgtes Ziel hatte er keine Zweifel gelassen, während seines Amoklaufs rief er erschreckten Deutschen — darunter drei Zivilpolizisten, die nicht besseres zu tun wissen, als sich zu verstecken — „Ich schieße nur auf Ausländer!"

„Polizei und der Staatsanwalt betrachten Oxner einstweilen als Einzeltäter." Dieser Satz findet sich in einem Bericht der „Westfälischen Allgemeinen" (WAZ) vom 26.6. Das klingt so bekannt. Noch ein Einzeltäter also, so einer wie Gundolf Köhler, der die Bombe auf dem Münchner Oktoberfest legte, so einer wie all die anderen Neonazis, die sich bei uns durch Gewalttaten und Morde gegen Ausländer, gegen Antifaschisten, gegen Arbeiter einen Namen gemacht haben. Lauter Einzeltäter.

Davon gehen die Strafverfolgungsbehörden also „einstweilen aus". Auf dieser Grundlage ermitteln sie. Dabei gibt es für nichts weniger Anhaltspunkte.

Oxner war ein bekannter Neonazi, bekannt zumindest bei der Polizei und den Staatsanwaltschaften.

Bei dem toten Amokläufer wurden etwa 50 Hakenkreuz-Aufkleber gefunden. Mit Aufdrucken wie: „Jetzt NSDAP". Herausgeber: Die vom US-Faschisten Gary Rex Lauck geführte **NSDAP/AO**, die NSDAP/Auslands- und Aufbauorganisation. Motto: „Wir haben (...) ein politisches Vernichtungswerk begonnen." So steht es im „NS-Kampfruf", dem in Deutschland vertriebenen Organ der Bande, das sich in Gewalthetze gegen Juden, Ausländer, Kommunisten, Demokraten ergeht.

Die NSDAP/AO ist nicht die einzige Organisation, für die Oxner zumindest Sympathien hatte, für die er tätig war. Als Kleber von Plakaten und Parolenschmierer ist er der Polizei bekannt. Oxner stand ursprünglich in Kontakt zur NPD; daß sich das geändert hätte, ist nicht bekannt.

Es war ein Stammtisch der NPD-Nachwuchsorganisation **Junge Nationaldemokraten** (JN), auf dem 1980 in Nürnberg die Idee geboren wurde, jüdische und ausländische Mitbürger mit Telefonanrufen zu terrorisieren. Die Betroffenen wurden von Oxner und einem Kumpan übel beschimpft und massiv bedroht. Die Aktion begann einen Tag nach der Ermordung des jüdischen Verlegers Levin und seiner Lebensgefährtin Poeschke. „Morgen geht es dir wie dem Shlomo Levin in Erlangen", drohten sie einem jüdischen Bürger in Nürnberg.

Alles spricht dafür, daß der Erlanger Mord auf das Konto der **Wehrsportgruppe Hoffmann** geht. Die Freundin des Bandenchefs war offensichtlich an der Ausführung direkt beteiligt. Nach der Tat saß neben anderen auch Helmut Oxner eine Zeit in Untersuchungshaft, wurde dann aber freigelassen. Es ist also wahrscheinlich, daß er Beziehungen auch zur Hoffmann-Bande hatte. Aber diese wird ja von den Staatsschützern trotz der Inhaftierung ihres Anführers weitestgehend geschont. Der bei ihr ausgebildete Attentäter Köhler war eben nach Auffassung der Behörden auch ein Einzeltäter. Und viele andere Aktivisten der Bande tummeln sich weiter, zum großen Teil organisiert, in unserem Land, bereit zu neuen Gewaltverbrechen, die jeden Tag irgendwo geschehen können. Der Staat unternimmt nichts dagegen.

Deshalb wäre es auch gefährlich, den Amoklauf des Helmut Oxner als zufällige Wahnsinnstat anzusehen; und wenn sie von staatlicher Seite als solche dargestellt wird, dann ist das eine verbrecherische Verdrehung der Tatsachen, ausgegeben, um die eigene Untätigkeit gegen die braunen Terroristen und ihre Hintermänner zu rechtfertigen.



Helmut Oxner

„Ich schieße nur auf Ausländer" hatte Oxner gesagt. Er verübte seine Tat im gleichen Geiste, der etwa die Deutsche Aktionsgruppe des Manfred Roeder zu ihren Mordanschlägen bewegte. Über Roeder soll bald das Urteil gesprochen werden, auch er und seine Leute werden bereits als isolierte Wahnsinnige hingestellt, und andere bekannte Mitglieder seiner Bande laufen unbehelligt herum. Diese Parallele findet sich immer wieder.



Die Waffen des Neonazis Oxner.

Der Geist der Ausländerfeindlichkeit, wesentlicher Bestandteil der faschistischen Ideologie, breitet sich in der Bundesrepublik vor allem deshalb aus, weil er von den Parteien in Bonn, vom Staat selber gefördert wird. Nicht nur in Worten, (wobei auch die Worte der Verantwortlichen natürlich nicht so offen sind wie die der Nazis). Sondern durch Taten, durch die ständigen und heutzutage verschärften Angriffe auf Rechte und soziale Lage der Ausländer, die mit den verschiedensten politischen Maßnahmen isoliert werden, die den Sündenbock für die kapitalistische Krise abgeben müssen, für deren Gleichstellung „wir" angeblich kein Geld aufbringen können und die deshalb weniger verdienen, eher arbeitslos werden, deren Kindern jede berufliche Zukunft zerstört wird, die keine Ausbildung erhalten, deren Familien auseinandergerissen werden, weil „wir" den Nachzug der Kinder nicht verkraften können...

Die normale Reaktion des Staates auf Gewalttaten gegen Ausländer besteht dann üblicherweise darin, daß sie gewertet werden als Anzeichen dafür, daß „das Ausländerproblem endlich gelöst werden" müsse. Denn sonst brauche man sich über Ausländerfeindlichkeit nicht zu wundern. Schuld an der Ausländerfeindlichkeit sollen also die Ausländer selber sein, einfach dadurch, daß sie da sind. Und nach der Erläuterung dieses abartigen Gedankengangs wird dann die ganze Palette der bekannten reaktionären „Lösungsvorschläge" aufgefahren. Wer weiß, was wir nach dem Amoklauf des Helmut Oxner noch alles zu hören bekommen.

So werden die Nazis ins politische Spiel des Staates eingebaut.

Deshalb werden sie nicht wirklich verfolgt. Deshalb weigert man sich, ihre Organisationen zu zerschlagen; man hat es ja immer mit „Einzeltätern" zu tun. Und wenn auch der Fall Oxner wieder einmal eindringlich zeigt, daß die völlig legal tätige NPD und die ihr angegliederten Organisationen vielen Terroristen Anstoß geben, daß sie aus ihnen hervorgehen, wird keine der Bonner Parteien *von sich aus* jetzt für das längst überfällige Verbot der NPD sorgen.

Bei der geschilderten Sachlage ist es kein Wunder, daß die Nazis sich da am wohlsten fühlen, wo die reaktionärste Gesamtentwicklung am weitesten fortgeschritten ist. So ist Bayern, Land des Franz Josef Strauß, bei ihnen besonders beliebt. Und auch Nürnberg, die Stadt der Massenverhaftungen und andauernden Rechtsbrüche wie im KOMM-Prozeß, mußte schon zahlreiche Aktionen der Faschisten erleben. Die Erzeugnisse der NSDAP/AO werden dort, wie auch der Verfassungsschutzbericht ausweist, seit längerem verbreitet. Auch Hoffmann kommt ja aus Nürnberg. Und es sei immer wieder daran erinnert, wie skrupellos Strauß versucht hat, aus dem Oktoberfest-Anschlag Wahlkampfkapital zu schlagen, selbst als feststand, daß ein Faschist der Täter war.

Wie zuvorkommend man dort die Faschisten behandelt, dafür steht gerade der Amokläufer von Nürnberg. Noch zwei Tage zuvor stand er in einem Verfahren wegen Volksverhetzung vor Gericht, das auf den genannten Telefonterror zurückgeht. All seine bekannten faschistischen Aktivitäten, die Morddrohungen, seine Gerichtsverfahren waren aber kein Anlaß, ihm zum Beispiel den Besitz von Waffen zu untersagen. Er hatte Waffenbesitzkarten für zwei Gewehre und zwei Pistolen.

Die faschistische Bluttat von Nürnberg darf nicht unbeantwortet bleiben und nach kurzer Zeit vergessen werden. Sie muß überall zum Anlaß des antifaschistischen Protestes genommen werden, der auf das Verbot aller faschistischen Organisationen und Propaganda, auf hartes Durchgreifen gegen Neonazis sowie auf wirksame Maßnahmen gegen die Ausländerhetze, die Ausländerfeindlichkeit und ihre Grundlage abzielt.

Dieser Protest muß auch aus den Betrieben kommen und von der Gewerkschaft getragen werden. Schließlich sind alle Maßnahmen gegen Ausländer gegen einen bedeutenden Teil der Arbeiterklasse in Westdeutschland und Westberlin gerichtet und schaden der gesamten Arbeiterklasse in unserem Land, schließlich gibt es keine Macht, die dem Faschismus wirksam entgegentreten könnte, wenn nicht die Arbeiterschaft aktiv wird. Eine solch lahme Reaktion des DGB, wie sie nach dem Münchener Attentat erfolgte — und die in krassem Gegensatz zu Aktionen von Gewerkschaften in anderen Ländern nach ähnlichen Verbrechen dort stand — darf es eigentlich nie wieder geben.

Zu den Protestaktionen, die jetzt geboten sind, gehören auch Versammlungen und Gedenkminuten in den Betrieben.

Berufsverbots-Gesetz vom Bundeskabinett gebilligt

Baums „Liberalisierungs"-Phrasen sind Betrug

„Extremisten vom öffentlichen Dienst fernzuhalten, ist in der Bundesrepublik verfassungsrechtliches Gebot."

Mit diesem Satz begann Innenminister Baum seine Erklärung zum „Gesetzentwurf zur Änderung beamtenrechtlicher Vorschriften", die am 16. Juni ohne längere Aussprache erfolgte.

Die Auswirkungen dieser Entscheidung auf den „Radikalenerlaß", die Berufsverbotspraxis also, werden in den bürgerlichen Medien allgemein mit „Entschärfung", „Liberalisierung" und ähnlich schönen Worten gekennzeichnet. In Wirklichkeit ist dies unangebracht. Baum ließ nur einige Schönheitskorrekturen am nach wie vor bestehenden Berufsverbotserlaß vornehmen, ihn mit einer Politur versehen, deren Glanz den nicht direkt betroffenen Teil der Öffentlichkeit blenden soll.

„Bei Treuepflichtverletzungen im Dienst werden fast immer auch konkrete Dienstpflichten verletzt: Der Lehrer, der Kinder kommunistisch indoktriniert, verletzt zentrale Dienstpflichten seines Amtes und ist als Lehrer nicht geeignet und deshalb nicht tragbar. Bei untadeliger Dienstausübung sind für politische Meinungsäußerungen *außerhalb* des Dienstes die Grundrechtspositionen des Beamten stärker als bisher zu beachten, damit die Praxis der Verfassungstreueprüfung vor dem europäischen Gerichtshof im Hinblick auf Artikel 10 Europäische Menschenrechtskonvention (Grundrecht der Meinungsfreiheit) Bestand hat."

Also: Ein Lehrer, der im Rahmen seines Unterrichts den Kommunismus entsprechend den wissenschaftlichen Erkenntnissen als eine notwendige Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung der Menschheit darstellt, der womöglich seinen Schülern anhand der Tatsachen nahebringt, daß es sich lohnt, sich dafür einzusetzen, daß die Menschheit möglichst bald die Fesseln der kapitalistischen Gesellschaft abstreift, der fliegt. Die Praxis ist ja darüber hinaus so, daß schon zarte Andeutungen in der genannten Richtung, daß schon das geäußerte Verständnis für derartige Auffassungen manchen Lehramtskandidaten um die berufliche Zukunft gebracht hat. Dabei soll es bleiben. Es wurden entlassen und werden weiter entlassen werden nicht allein Kommunisten, sondern Friedenskämpfer, Demokraten, Antifaschisten...

Außerhalb des Dienstes will Baum nach seinen Worten den Beamten einen Teil der angeblich absolut unveräußerlichen Grundrechte zugestehen („...stärker als bisher..."). Wie nett. Die Unverschämtheit seiner Formulierungen ist Baum sicher bewußt, aber vielleicht steht er auf dem Standpunkt: Frechheit siegt. Er hat ja auch noch die Machtmittel in der Hand.

Ist es nicht auch bemerkenswert, daß Baum in seinen Ausführungen allein auf die Kommunisten eingeht? Der Feind steht links für die Herren in Bonn.

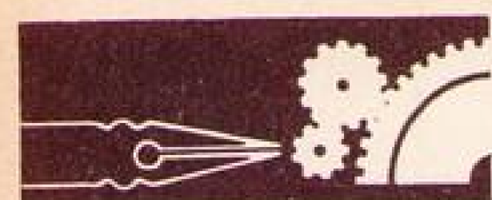
Die Tätigkeit der Faschisten an den Schulen war für Baum bei seiner Erklärung keine Bemerkung wert. Die Verbreitung faschistischen Gedankenguts unter der Jugend, auch der Schuljugend, das ist nicht die Gefahr, gegen die Baum und seinesgleichen zu wirksamen juristischen oder anderen Mitteln greifen.

Mit dem Gesetz soll erreicht werden, daß das Berufsverbot bestehen bleibt, daß es aber nicht mehr so offen als antidemokratische Maßnahme zu erkennen ist, daß es auch vor internationalen juristischen Gremien leichter Bestand haben kann.

Baum hat auch gemerkt, daß die Art und Weise, wie die Berufsverbotspraxis angewandt wurde, auch im Ausland Erinnerungen an die braune Vergangenheit des deutschen Staates wachgerufen hat. Das ist natürlich unangenehm. Deshalb die Fassadenmalerei. Und auch im Land selbst will er durch die vorgesehene „Differenzierung" der Berufsverbotskandidaten den Widerstand schwächen. Baum sagte es so: Es müsse verhindert werden, daß „die Bundesrepublik (...) rechtlich und politisch isoliert bleibt". Denn: „Ihr Ansehen im Kreis der freiheitlichen Demokratie hat Schaden genommen durch eine zu bürokratisch perfektionistische Rigidität, die niemanden im freien Europa überzeugen kann..."

So ist es denn reine Demagogie, wenn aus CDU/CSU-Kreisen mit den Vorwürfen gegen das Gesetz polemisiert wird, es sei ein „Schutzgesetz für Extremisten im Staatsdienst" oder, wie der bayerische Finanzminister Streibl behauptete, ein „Beschäftigungsprogramm für Extremisten und Radikale". Die Unionsparteien trommeln zur Sammlung der äußersten reaktionären Kreise. Sie stehen ein für eine noch konsequentere, rasantere Rechtsentwicklung und Faschisierung bei uns.

Das darf allerdings nicht dazu führen, sich in der Frage des Berufsverbots wieder einmal mit einem sogenannten „kleineren Übel" zufrieden zu geben. Die Baumsche „Liberalisierung" der Berufsverbotepraxis ist unannehmbar. Der Kampf gegen die Berufsverbote darf nicht mit geringerer, er muß mit größerer Entschlossenheit geführt werden.



Leserbriefe an den Roten Morgen

Frauen gegen Apels Pläne

Leserbrief zu RM-Ausgabe Nr. 24 „Apel will längere Wehrzeit und Frauen in die Armee"

Liebe Genossen,
die Absichten des Ministers Apel für längere Wehrzeit und die Einbeziehung der Frau in die Armee haben bereits viele Initiativen gegen diese Pläne ins Leben gerufen. Gerade in der Frauenbewegung hat es bereits starken Widerstand gegeben. So haben wir in Bielefeld von der Frauengruppe „Februar" ein eigenes Theaterstück mit dem Titel „Keinen Pfennig, keine Frau für den Militärausbau" mehrfach aufgeführt. Mit diesem Stück wollen wir aufzeigen, daß es den Herren nicht um Emanzipation und Gleichstellung der Frauen geht. Die Einsatzbereiche der Frauen unterscheiden sich in der Armee nicht von denen des alltäglichen Lebens und der Berufe. Aber auch höhergestellte Positionen wollen wir nicht bekleiden und sind nicht bereit, dieses Kriegstreiberspiel mitzumachen.

Neben den Argumenten der Gleichberechtigung und Gleichstellung wird mit der schlechten Arbeitsmarktlage geworben. So sollen Frauen bei der hohen Arbeitslosigkeit in der Armee einem Beruf nachgehen können oder sogar erlernen.

Ich hoffe, daß trotz des Emanzipationsgefasels und der schlechten Arbeitsmarktlage weitere Frauen sich gegen diese Unverschämtheit der Kriegstreiber wehren werden.

Rot Front
Angelika, Bielefeld, 21. 6. 82

Neger oder Schwarze?

Sehr geehrte Redaktion!
Ich lese den RM zwar nur ab und zu, trotzdem ist mir ein durchgängiger Mangel aufgefallen:

Ihr bezeichnet Schwarze ständig als Neger. Der Begriff Neger ist aber, nach meinen Informationen, nur die Übersetzung des amerikanischen „Nigger". Ich finde es deshalb besser, die Schwarzen eben „Schwarze" zu nennen, wie man die Weißen eben auch „Weiße" nennt. Alles andere ist meiner Meinung nach eine Diskriminierung.

Mit freundlichen Grüßen
Jutta, Westberlin
P.S. Über eine Antwort würde ich mich freuen.

Liebe Jutta,
vielen Dank für Deinen Brief. Du sprichst darin ein Thema an, das immer wieder von unseren Lesern und auch von uns selbst diskutiert wird. Wobei es da sehr unterschiedliche Meinungen gibt. Klar ist, daß natürlich niemand hier ein Interesse hat, Menschen anderer Rassen zu diskriminieren.

Was jetzt das Wort Neger betrifft, so stimmt Deine Information hier nicht. Es ist umgekehrt so, daß das amerikanische Rassisten-Schimpfwort „Nigger" aus dem traditionellen Neger herstammt, das zu einem Schimpfnamen verballhornt wurde. Neger stammt aus der ursprünglichen Zeit der Beziehungen zwischen Europa und Afrika und wurde später von den Kolonialmächten nicht mehr benutzt, sie nannten ihre Opfer nur noch Sklaven. Denn Neger ist die deutsche Umschreibung des romanischen Negro, was soviel heißt wie eben schwarz. Von daher glauben wir auch, daß man beide Bezeichnungen gleichwertig benutzen kann, was uns jedenfalls auch Genossen aus Afrika bestätigt haben. Dort selbst gibt es auch unter fortschrittlichen Kräften keine ganze Einheit über die Selbstbezeichnung, es gibt auch Strömungen, die sich ausdrücklich als Neger bezeichnen.

Von daher gesehen halten wir die Frage dieser Bezeichnung für keine entscheidende, auch nicht für diskriminierend. Was wir im Augenblick nicht so klären können, ist die aktuelle Bedeutung einer solchen Benennung in den USA, wo es möglich ist, daß dort das Problem anders steht. Deswegen neigen wir auch allmählich dazu, künftig Schwarze zu schreiben, einfach um Mißverständnisse auszuschließen.

Wir hoffen, daß wir Dir damit keine Antwort schuldig geblieben sind.

Herzliche Grüße,
die Redaktion RM

Kein guter Stil

Zuerst einmal zwei kurze Kritiken:
a) Betrifft den Albanien-Artikel, der im RM 23/82 abgedruckt ist: Da diese Zeitung auch als Werbeexemplar verteilt worden ist, ist es gut und richtig, einen Artikel über die Form von Arbeitermacht zu bringen, die wir für gut halten. Allerdings sollte dann gekennzeichnet sein, wie alt dieser Artikel ist. Ich habe mich sehr darüber geärgert, daß den Leuten, die vielleicht das erste Mal einen RM lesen, ein Artikel vorgesetzt wird, der dem Vorspann nach aktuell erscheint, dessen Manuskript in Wirklichkeit allerdings schon „Stockflecken" hat. Gerade von einer kommunistischen Zeitung sollte man ehrliche und genaue Berichterstattung verlangen!

b) Betrifft das „RM-Extra" zum 1. Mai:
Das ist zwar schon eine Zeit her, aber das liegt mir noch im Magen. Den Artikel „Warum gibt es im Sozialismus keine Arbeitslosen?" fand ich alles in allem zu lalli! Die Intention, einen mehr oder weniger komplizierten Sachverhalt in einer verständlichen Sprache klar darzulegen ist zwar erkennbar, aber voll danebengegangen! Zum einen erscheint der Artikel etwas oberflächlich, zum anderen wurde hier m. E. Einfachheit und Klarheit der Sprache mit Flopsigkeit verwechselt. Ein paar Beispiele: Was soll der erste Satz? Abgesehen davon, daß ich den Anfang nicht ganz verstehe (irgendwie zusammenhanglos), sind diese Länder nun sozialistisch oder nicht? Oder sind sie nur im Sinne des KPD-Programm nicht sozialistisch? Ich meine, solche Formulierungen sind im Sinne der deutschen Sprache unsinnig! Oder: „... investiert wird nur, wenn es sich für die Unternehmer lohnt. Und wenn sie was Lohnendes gefunden haben, werfen sich alle drauf, plötzlich gibt's zu viele (??) davon, lohnt nicht mehr so sehr und schon wird stillgelegt."

Also, ich bin zwar selber kein Arbeiter (aha, dachten wir's uns), aber ich glaube nicht, daß diese ein Telegramm lesen wollen. So, das wär's mit den Kritiken, ich hoffe ich bin nicht zu ausfallend geworden!

H.-J. W.

Anreden

folgende Frage:
In einem Gespräch mit türkischen Genossen erfuhr ich, daß in einem Artikel des „Roten Morgen" (vor einigen Wochen) zu einer Aktion gegen Faschisten in Westberlin die Rede war von „Genossen der SEW". Dieser Artikel stand wohl nur im türkischen Teil drin.

Es ist wohl richtig mit Mitgliedern der SEW gemeinsame Aktionen gegen Faschisten zu unternehmen. Ich halte es jedoch für falsch, im „Roten Morgen" von den „Genossen" der SEW zu schreiben.

Harald,
Westberlin,
8. 6. 82

Lieber Genosse Harald,
was Deine Frage nach den Genossen der SEW betrifft, so stimmt es, daß das da so stand. Wir haben dies aber auch aus anderen Anlässen im deutschen Teil für DKP-Mitglieder geschrieben.

Wir tun dies im übrigen — das fällt im „Roten Morgen" nicht so auf, weil da dieses Thema nicht so oft angesprochen wird — in der Praxis der Parteiarbeit nicht nur für die DKP, sondern auch für die SPD. Das soll einfach die solidarische Debatte mit Menschen, die sich selbst für links halten, und auch wirklich sind, erleichtern. Wir tun dies natürlich auch in der Ansprache an Mitglieder sonstiger linker Gruppen und Organisationen, und halten dies, wie gesagt, für normal. Da, bei den kleineren Gruppen, gibt es in der Regel bei unseren Genossen auch keinen Widerspruch, der tritt nur bei dem Umgang mit Mitgliedern der DKP und der SPD zutage.

Wir sind eben nicht der Meinung, und das haben wir nun wirklich lange besprochen, daß die DKP-Mitglieder Sozialfaschisten sind. (Auch nicht, wenn sie an bestimmten Punkten gegen uns aufgehetzt wurden.) Wenn es richtig ist, mit jemandem gemeinsame Kampfaktionen zu machen, dann kann es auch nicht falsch sein (und schon gar keine wichtige Frage), wenn man ihn Genossen nennt. Noch dazu, was aber nebensächlich ist, wenn man sich erinnert, daß das Wort Genosse in der revolutionären deutschen Bewegung stets im doppelten Sinn gebraucht wurde: als Parteigenosse und als sozusagen „Mitlinker".

In der Hoffnung, daß Deine Frage hiermit geklärt ist,
mit herzlichen Grüßen
die Redaktion RM

---

15 Jahre ROTER MORGEN

Achtung: Terminänderung! Am 25./26. September in Dortmund-Lütgendortmund

Beteiligt euch an den Wettbewerben!

„Roter-Morgen"-Verkaufswettbewerb

Wertungszeitraum: 1. Mai bis 1. September

Dies soll ein Wettbewerb zwischen den Ortsgruppen der Partei sein. Wir fordern alle Genossen auf, ihre bisherige Verkaufspraxis zu überprüfen, nach neuen Möglichkeiten zu suchen und diese umzusetzen.

Schreibt uns über eure Ideen und Erfahrungen, wir werden darüber berichten. Der Wettbewerb ist ja keine Geheimkonkurrenz, er soll Ansporn sein, damit wir insgesamt vorankommen.

Die Preise, die dabei zu gewinnen sind, kann sicher jede Ortsgruppe für ihre Arbeit gebrauchen:
1. Preis — Ein Diaprojektor
2. Preis — Ein Epidiaskop
3. Preis — Ein kompletter Parteistand (mit Tisch, Sonnenschirm, Stelltafeln, Parteifahne)

„Roter-Morgen"-Abonnenten-Werbewettbewerb

Wertungszeitraum: 1. Mai bis 1. September

Hier ist jeder einzelne Leser des „Roten Morgens" aufgerufen, aktiv zu werden. Neben der Freude über die weitere Verbreitung unserer Presse winkt als

Hauptpreis — Eine Flugreise nach Albanien
Zwei Wochen Vollpension mit Ausflügen für eine Person
Die anderen Preise sind attraktive Buchpreise

Erzählwettbewerb

Was ihr erlebt habt im politischen, gewerkschaftlichen Kampf, im Betrieb, mit dem Staat, seinen Nazis, seiner Polizei oder seinen Sozialämtern, mit Kollegen und Genossen im Kampf für unsere Sache — schreibt es auf. Große Scheu ist unangebracht, man muß kein Schriftsteller sein, um im „Roten Morgen" berücksichtigt zu werden. Schon vor dem Pressefest werden wir einzelne Einsendungen abdrucken. Aus euren Erfahrungen können andere lernen, sie können Ansporn sein.

Einzige Auflage: Schreibt bitte nicht mehr als 200 Schreibmaschinenzeilen.
Auch hier gibt es etwas zu gewinnen:
1. Preis — Eine Spiegelreflexkamera
2. Preis — Ein Kassettenrecorder mit Mikro
3. Preis — Ein Buchpreis

Einsendeschluß: 15. August 1982

**Ich habe den/die unten Genannte(n) als neuen Abonnenten des „Roten Morgens" geworben. Ich nehme damit am Wettbewerb teil.
Das Abo soll beginnen ab Nr. /82. Es gelten die bekannten Abonnements- und Vertriebsbedingungen.**

Name des Werbers: ....

Straße: ....

PLZ/Ort: ....

RM-Abo-Wettbewerb

Name des Abonnenten: ....

Straße: ....

PLZ/Ort: ....

(Ausschneiden, auf Postkarte kleben oder in Briefumschlag stecken, einsenden!)

Spendenkampagne zum 5. ordentlichen Parteitag der KPD

Liebe Kollegen, Freunde und Genossen!

Die Spendenaffäre zeigt es wieder einmal klar: Die bürgerlichen Parteien werden durch die Bank vom Monopolkapital ausgehalten. Zig Millionen Steuergelder werden ihnen über dunkle Kanäle und über die Wahlkampfkostenerstattung für ihre arbeiterfeindliche Tätigkeit zugeschanzt.

Unsere Partei hat es dagegen schwer. Als kommunistische Arbeiterpartei verfügt die KPD über keine anderen Einnahmen als die Beiträge und Spenden ihrer Mitglieder und Freunde. Die Finanzkraft der Partei steht und fällt mit der Einsatz- und Opferbereitschaft ihrer Genossen.

Der 5. ordentliche Parteitag rückt näher. Der Parteitag wird in einer Zeit stattfinden, in der die Vertiefung der kapitalistischen Krise, die drohender werdende Kriegsgefahr und das Anwachsen der faschistischen Kräfte die Arbeiterklasse und die Partei vor große Aufgaben stellen. Ohne Geld kann die Partei diese Aufgaben nicht bewältigen, ohne viel Geld gibt es keine Vorbereitung des Sozialismus.

Führen wir deshalb zum 5. Parteitag eine große Spendenkampagne durch!

Unser Ziel:

200 000 DM Spenden für die KPD bis zum Jahresende!

Jede Mark für die Partei ist gut investiert — jede Mark für die KPD dient deinen eigenen Interessen, ist eine Mark für die Revolution.

ZK der KPD

Spenden bitte auf folgende Konten überweisen:

KPD, 4600 Dortmund 30, Bank: Stadtsparkasse Dortmund (BLZ 44050199) Kto-Nr.: 321004547.
Postscheckkonto: Postscheckamt Dortmund (BLZ 44010046) Kto-Nr.: 6420 - 467.

***

Spenden für die KPD sind im Rahmen der Höchstgrenzen (1800,— DM für Ledige / 3600,— DM für Ehepaare) von der Lohn- und Einkommenssteuer absetzbar. Dies bewirkt, daß 22 oder mehr Prozent der Spende vom Finanzamt erstattet werden. Auf Wunsch versenden wir Spendenbescheinigungen. **Spendenbescheinigungen für Privatpersonen können nicht für Spenden ausgestellt werden, die — laut Überweisungsabschnitten — von Zellen oder anderen Gliederungen der Partei gezahlt werden.**

Spendenliste

Seit der letzten Veröffentlichung sind folgende Spenden bei uns eingegangen:

Zelle Bremen-Gröpelingen	500,— DM
D.H., Moers	25,— DM
KPD Rems-Murr	350,— DM
D.F., Duisburg	1000,— DM
I.Sch., Westberlin	1000,— DM
OG Frankfurt	238,40 DM
OG Mainz	200,— DM
W.K., Essen	20,— DM
F.H.St., Heilbronn	200,— DM
Th.R., Hamburg	50,— DM
Zelle Duisburg-Nord	500,— DM
OG Duisburg	4500,— DM
KPD Oberhausen	400,— DM
W.H., Winnenden	50,— DM
Insgesamt	**9033,40 DM**

Damit sind bisher 51 660,52 DM an Spenden für die Spendenkampagne zum 5. Parteitag der KPD bei uns eingegangen.

Abonniert das Zentralorgan der KPD

Hiermit bestelle ich:
Abonnement ab Nr. .....

☐ für 1 Jahr
☐ für 1/2 Jahr
☐ Probenummer

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!
ROTER MORGEN
Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Die Zahlung erfolgt: ☐ jährlich DM 60.- ☐ halbjährlich DM 30.-

Die Abo-Gebühren sind nach Erhalt der Vorausrechnung zu zahlen. Sobald die Rechnung beglichen ist, wird die Lieferung aufgenommen. Die Rechnungen werden entsprechend der Bestelldauer bis Nr. 26 bzw. 52 des Jahres ausgestellt. Kündigungen müssen bis spätestens einen Monat vor Ablauf bei uns eingehen. Anderenfalls werden sie nicht berücksichtigt. Ausgenommen davon sind Geschenkabos.

Bestellt Informationsmaterial der KPD

☐ Ich bitte um Zusendung weiterer Materialien der KPD
☐ Ich möchte Mitglied der KPD werden.

Name: ....

Straße: ....

Plz/Ort: ....

Datum: .... Unterschrift: ....

(Bitte deutlich in Druckbuchstaben schreiben)

Ausschneiden und einsenden an das **Parteibüro der KPD, Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26, 4600 Dortmund 30.**

Bundeshaushalt '83

Staatsverschuldung — „Knackpunkt" der Koalition?

Im Mittelpunkt des Streits um den Bundeshaushalt für 1983 steht gegenwärtig die Verschuldung des Bundes. Die Pläne von Finanzminister Lahnstein (SPD), die für das nächste Jahr eine Neuverschuldung von über 30 Milliarden Mark vorsehen, sind sowohl bei den Unionsparteien wie auch bei der FDP auf harte Kritik gestoßen. Der Kieler Ministerpräsident Stoltenberg beispielsweise forderte kategorisch, die Kreditaufnahme für 1983 auf weniger als 30 Milliarden zu begrenzen.

Aber auch die FDP-Bosse haben in dieser Richtung mobil gemacht: Hans Gattermann, Haushalts- und Finanzexperte der FDP-Bundestagsfraktion, verlangte von der Bundesregierung, bei der Kreditaufnahme eine Marke von 26 Milliarden Mark anzupeilen. Und dieser Forderung folgte sogleich eine handfeste Drohung. Die Frage der Neuverschuldung, so Gattermann, könnte sich durchaus als „Knackpunkt" für die sozial-liberale Koalition in Bonn erweisen.

Offenbar sehen die FDP-Bosse gerade hier ein geeignetes Terrain für ihren Absprung aus der Koalition in die Arme der Strauß-Partei. Denn die hat ja gerade die Frage der Staatsverschuldung schon seit Jahren zu einem ihrer wichtigsten Propaganda-Schlager gemacht — man denke nur an den letzten Bundestagswahlkampf des F. J. Strauß. Und auch jetzt hat sich die Union wieder einen werbewirksamen Trick ausgedacht. Sie will gegen die Bundesregierung in Sachen Verschuldung vor dem BVG klagen — wegen Verfassungsbruchs.

Worum geht es bei diesem Streit? Zunächst einmal ein kurzer Blick auf die Entwicklung der Staatsschulden. Schon im letzten Sommer hatte der damalige Finanzminister Matthöfer geklagt, der Bund müsse „mehr Mittel für Zinszahlungen aufbringen als für Entwicklungshilfe, Forschung und Technologie, Wohnungsbau und Städteförderung zusammengenommen." Diese Rechnung ist inzwischen längst überholt. Jetzt ließe sich in der Summe der Zinsen, die aus den Staatsschulden resultieren, zusätzlich zu den von Matthöfer genannten Posten auch noch der umfangreiche Agrarhaushalt unterbringen.

Allein in diesem Jahr muß der Bund 23 Milliarden Mark an Zinsen zahlen; rechnet man die entsprechenden Zahlungen von Ländern und Gemeinden hinzu, kommt man auf die gewaltige Summe von 45 Milliarden Mark. Der öffentliche Schuldenberg, der diese Zinsen hervorbringt, war zu Beginn des Jahres auf 525 Milliarden Mark angestiegen (daran sind der Bund mit 269, die Länder mit 162 und die Gemeinden mit 93 Milliarden beteiligt). Wie rasant dieser Berg gewachsen ist, macht die Tatsache deutlich, daß die öffentlichen Schulden heute doppelt so hoch sind wie noch vor fünf Jahren.

Daß es in diesem Tempo weitergeht, ist nicht zuletzt durch die Umschichtungen im Kreditbestand vorprogrammiert. Alte Kredite mit relativ niedrigen Zinssätzen nämlich laufen gegenwärtig aus; neue Zinsen sind nur zu den seit einiger Zeit bestehenden Höchstsätzen zu haben. Welch gewaltiges Loch die Zinsausgaben in den Staatshaushalt reißen, kann man sich am besten verdeutlichen, indem man sie mit den staatlichen Investitionen vergleicht. 1972 gab der Bund für Zinsen 2,8 für Sachinvestitionen 6,6 Milliarden Mark aus. Fünf Jahre später hatten die Zinsen die Investitionen bereits eingeholt, und in diesem Jahr werden für Sachinvestitionen nur sieben Milliarden ausgegeben — für Zinszahlungen aber dreimal so viel.

Von dieser rasanten Entwicklung der Staatsverschuldung profitiert allein das Finanzkapital als mit Abstand wichtigster Geldgeber. Die Banken und Versicherungskonzerne schlagen Jahr für Jahr höhere Profite aus dem Kreditgeschäft mit dem Staat — bezahlen dafür müssen die Werktätigen, die mit ständig steigenden Abgaben den Staatshaushalt und damit auch den staatlichen Schuldendienst finanzieren.

Es könnte also der Anschein entstehen, als sei die Kampagne von CDU/CSU und FDP gegen die wachsende Staatsverschuldung durchaus im Interesse der Werktätigen. Das ist jedoch keineswegs der Fall. Denn wie müßte im Interesse der arbeitenden Menschen die ständig wachsende Schuldenlast abgebaut werden? Durch rigorose Kürzung der parasitären Ausgaben — vor allem beim Rüstungshaushalt; durch Abbau der Subventionsgeschenke für Unternehmer; durch eine drastische Besteuerung der Banken- und Konzerngewinne usw. Aber daran denken die Strauß, Kohl und Genscher ja nicht einmal im Traum. Ihre Kampagne gegen die Staatsverschuldung hat nur ein Ziel: Damit soll Stimmung gemacht werden für eine weitere Sanierung der Staatsfinanzen auf Kosten der Werktätigen — in erster Linie durch den endgültigen Kahlschlag bei den Sozialleistungen.



Demonstration gegen Sozialabbau in Stuttgart

Ölkonzerne nutzen ihre Monopolstellung

Rohölpreise fallen, Benzinpreise steigen

Zum sechsten Mal seit Jahresbeginn und gerade 14 Tage nach der letzten Erhöhung treiben die Ölmonopole den Benzinpreis erneut in die Höhe. Diesmal gab die dem italienischen Staatskonzern ENI gehörende Agip das Startzeichen für den neuerlichen Raubzug auf die Einkommen der arbeitenden Klassen; BP und Fanal zogen, ebenfalls mit einer Preissteigerung von vier Pfennig pro Liter, unverzüglich nach.

Shell erklärte sogar, man sehe noch „Spielraum" für rund acht Pfennig mehr, wenngleich die ach so großen Verluste eigentlich Preiserhöhungen von 20 bis 25 Pfennig erforderten. „Bild am Sonntag" kündigte für die Urlaubszeit Benzinpreise von 1,50 Mark je Liter an.

Wie schon vor einem Jahr muß auch bei der jetzigen Flut von Benzinpreiserhöhungen der „steigende Dollarkurs" herhalten. Doch abgesehen davon, daß ein fallender Dollarkurs die Ölmonopole noch niemals zur Preissenkung veranlaßt hat, daß sie im Gegenteil die währungsbedingten Mehrkosten mühelos aus den währungsbedingten Extraprofiten der letzten Jahre begleichen könnten, erhöhen sich die Mehrkosten aus der Kursentwicklung des Dollar um höchstens einen Pfennig pro Liter. Tatsächlich verlangen die Monopole heute aber ungefähr 20 Pfennig mehr als noch vor zwei Monaten.

Gleichzeitig aber erhalten die imperialistischen Ölmonopole das Rohöl von den ölproduzierenden Ländern so billig wie seit Jahren nicht. Durch Drosselung der Nachfrage bei fast vollständigem Ausverkauf der eigenen Vorräte haben sie für eine „Ölschwemme" auf dem Weltmarkt gesorgt. Obwohl die OPEC-Länder unter großen Verlusten die Produktion fast auf die Hälfte senkten, konnten sie dem Preisdruck nicht mehr standhalten. Iran z. B. mußte den Preis mehrmals auf insgesamt vier Dollar pro Barrel unter OPEC-Preisen senken. Das saudische Öl, so verkünden triumphierend imperialistische Wirtschaftsexperten, werde bis Jahresende von 34 Dollar je Faß auf 28,5 Dollar gedrückt werden.

Wieso können dann, dieselben Ölmonopole, die das marktwirtschaftliche Gesetz von Angebot und Nachfrage gegen die OPEC gnadenlos durchsetzen, dieses Gesetz in den imperialistischen Ländern so weitgehend außer Kraft setzen? Immerhin ist im letzten Jahr der Verbrauch von Motorenbenzin um über 5 Prozent gesunken, der Verbrauch von Mineralöl insgesamt sogar um 11 11 Prozent.

Erstens nutzen sie kaltblütig die Urlaubszeit: Für Arbeiterfamilien mit Kindern bleibt, sofern sie überhaupt in Urlaub fahren können, das Auto immer noch das billigste Reisefahrzeug. Zweitens erleichtert ihnen die Bundesregierung ganz gehörig das Geschäft. Durch die anhaltenden Streckenstillegungen und regelmäßigen Preiserhöhungen bei der Bundesbahn zwingt sie unzählige Lohnabhängige, die weitere Strecken zur Arbeit zurücklegen müssen, zur Benutzung des Autos und liefert sie dadurch der Preisräuberei der Ölmonopole aus. Jedem Versuch, durch sparsamen Autogebrauch die Nachfrage nach Benzin zu senken und dadurch auf die Benzinpreise zu wirken, sind deshalb enge Grenzen gesetzt. Für die Lohnabhängigen gibt es nur den Weg, die hohen Benzinpreise, die ganz erheblich zur neuerlichen Steigerung der Inflationsrate beitragen, bei den nächsten Lohnforderungen in Rechnung zu stellen.


Fünf-, sechsmal wechselt das Rohöl auf dem Rotterdamer Spotmarkt den Besitzer, bei jedem Weiterverkauf steigt der Preis. Wenn die Preise einmal fallen, sorgen die Spekulanten durch monatelanges Zurückhalten ganzer Tankerladungen für künstliche Angebotsverknappungen.

Presseerklärung der „Initiative soziale Sicherheit"

Der 2. bundesweite Kongreß der Initiative Soziale Sicherheit, die von Falken, Betriebsräten und der Zeitung „Revier" im Herbst 1981 gegründet wurde, fand am 12.06. 1982 in Duisburg-Hamborn unter dem Motto „Gegen Sozialabbau, Arbeitsplatzvernichtung und Ausländerfeindlichkeit" statt.

200 Betriebsräte, Gewerkschafter und Vertreter von Betroffenengruppen (Graue Panther, Sozialhilfeempfänger, Arbeitsloseninitiativen, Behinderte, Ausländergruppen etc.) diskutierten darüber, wie man Widerstand entwickeln und organisieren kann gegen die sozialfeindliche Wirtschafts- und Sozialpolitik, die von Staat und Unternehmern in der BRD an der Tagesordnung ist und der auch Sozialdemokraten in Regierungsverantwortung nichts entgegensetzen.

Beeindruckend war die lebhafte und solidarische Diskussion der Anwesenden, die bei der breiten sozialen und politischen Zusammensetzung von Jung und Alt, Arbeitern und Professoren, Sozialdemokraten, Bunten, Alternativen, Demokratischen Sozialisten, Kommunisten und Grünen keineswegs als selbstverständlich vorauszusetzen war. Im Kampf jedoch gegen Sozialabbau, Arbeitsplatzvernichtung und Ausländerfeindlichkeit war man sich einig: Im September werden im gesamten Bundesgebiet regionale Aktionstage der vor Ort engagierten Initiativen stattfinden und für den Oktober ist eine bundesweite Demonstration in Gelsenkirchen geplant. Am 13. November wird zum von der Sozialdemokratie durchgeführten NRW-Tag an die Adresse der SPD ein Aktionstag in Dortmund veranstaltet.

Das Ganze wird organisatorisch geleitet von einem Personenkomitee aus Betriebs- und Gewerkschaftsvertretern und Sprechern von Betroffenengruppen, die wir hiermit der Öffentlichkeit bekannt geben:

Hans-Otto Wolf, Betriebsrat (BR), Hoesch, Dortmund; Hans Reppel, BR, Opel, Bochum; Harald Gabbe, BR-Vorsitzender, Volvo, Dietzenbach; Dieter Kruse, BR, Volvo, Castrop-Rauxel; Iris Bachmann-Wille, BR, Merck, Darmstadt; Hanna Paul-Calm, Betriebsgruppe der GEW, Bonn; Tom Adler, BR, Daimler-Benz, Untertürkheim; Helmut Lukrawka, BR, Thyssen-Gießerei, Duisburg-Meiderich; Kurt Gaspar, BR, Standard-Kessel, Duisburg; Werner Zentek, Vertrauensleutekörper Duisburg; Leonhard Mahlein, Gewerkschaftsvorsitzender IG Druck und Papier, Stuttgart; Günter Waschkuhn, HBV Gewerkschaftssekretär, Berlin; Wolfgang Braun, „Revier"; Jens Bünnig, „Revier"; Heinrich Hausmann, AG SPAK, Fürth; Paul Saatkamp, AWO, Düsseldorf; Michael Hermann, Aufschrei Hamburg; Narci Arslan, Türkischer Arbeiterverein, Duisburg-Bruckhausen; Harald Seehausen, Landesweite Aktion hessischer Eltern- und Erzieherinitiativen, Frankfurt/Main; Herbert Schlotter, Arbeitsloseninitiative, Berlin; Wilfried Hülsberg, Personalrat, Falken; Ingo Schade, BR, Falken; Ulrike Ries, SPD-Vorstand Mittelrhein; Prof. Herbert Schui, Memorandumgruppe Hamburg; Marianne Otten, Graue Panther, Köln-Mülheim; Dieter Kwoll, Initiative gegen Arbeitsplatzvernichtung, Gelsenkirchen; Hartmut Simon, BR, Hoesch, Dortmund; Lars Hennings, Landesvorstand der Grünen, Schleswig-Holstein, Kiel; Eckhard Stratmann, Grüne NRW, Bochum; Sat Sayda, DIDF, Gelsenkirchen; Peter Wissmann, Initiative Soziale Sicherheit (ISS), Berlin; Karl Scharinger, Bayerischer Jugendring; Harald Elke, BR, Falken; Wolfgang Lettow, Gewerkschaftssekretär DGB-Bundesvorstand; Wolfgang Reichelt, Sekretariat der Landesastenkonferenz NRW; Thomas Ebermann, MdL, Hamburg; Uli Hahn, BDP Giessen; Bernhard Groth, Münchener Appell.

Nach wie vor Streit um künftigen Kurs

Argentinische Junta schwer erschüttert

Nach den in der Öffentlichkeit nachvollziehbaren Streitigkeiten innerhalb der argentinischen Junta um die Nachfolge Galtieris erschüttert jetzt eine Rücktrittswelle auf allen staatlichen Ebenen die Macht der Generäle. In sich zerstritten, mit einer zerfallenden Verwaltungsbasis und im Volke unbeliebter denn je, so stehen Argentiniens faschistische Militärs da.

Noch nie wurde so deutlich wie nach dem verlorenen Krieg um die Malvinas, wie katastrophal der Kurs der Generäle für das Land und die werktätige Bevölkerung ist und war. Schon heute ist klar, daß Buenos Aires seine Schulden an die großen kapitalistischen Staaten und Institutionen nicht mehr bezahlen kann — der verlorene Krieg hat der Staatskasse den Rest gegeben.

Die argentinische Reaktion bemüht sich nun, einen Weg zu finden, mit dem man die Lasten dieser Katastrophe auf das Volk abwälzen kann. Ähnlich wie im Nachbarland Brasilien versprechen nun die Generäle plötzlich die kommende Demokratisierung. Übrigens soll auch hier ausgerechnet der bisherige Chef des mörderischen Geheimdienstes SIDE die „Demokratisierung“ in die Wege leiten — Carlos Martinez soll Innenminister werden.

In der gegenwärtigen Situation aber erscheint es als sehr zweifelhaft, ob dieser Ausweg gangbar ist. Einerseits ist es deutlich, daß die Armee gespalten ist, daß das Heer mit dem Schlächter Nicolaides an der Spitze eigentlich für einen extrem harten Kurs, für eine allseitige Stärkung der faschistischen Diktatur eintritt, aber dabei zu schwach ist, dies alleine durchzusetzen. Andererseits ist innerhalb der bürgerlichen politischen Parteien bereits ein intensiver Streit darüber ausgebrochen, ob es — im Sinne ihres Opportunismus — richtig ist, mit der Junta zusammenzuarbeiten oder ob es nicht besser wäre, einen oppositionellen Kurs zu steuern.

Diese letzte Meinung gewinnt vor allem aufgrund der Haltung der breitesten Teile der Bevölkerung immer mehr an Raum. Denn der Haß, die Enttäuschung und die Bitterkeit über die eigene Lage sind so groß wie noch nie seit dem Putsch im Jahre 1976.

Mit Macht wird dabei vor allem die Wiederzulassung der Gewerkschaften gefordert, wohl wissend, daß es gerade in der kommenden Zeit besonders wichtig sein wird, eine Gewerkschaftsorganisation zu haben. Denn sie tut not um die geplanten wirtschaftlichen Verschlechterungen abwehren zu können.

Neben der überall bekannt gewordenen Demonstration in Buenos Aires hat es auch in zahlreichen anderen Städten Argentiniens in den letzten Tagen große Bekundungen massiver Unzufriedenheit gegeben. Überall wurde diesen Kundgebungen mit der Polizei geantwortet, ohne daß die erwünschte Friedhofsruhe entstanden wäre.

Beachtenswert bei der inneren Entwicklung der Junta ist vor allem, daß jetzt all jene sich absetzen, die seit langem als wichtige Interessensvertreter der USA in Argentinien bekannt sind wie der bisherige Wirtschaftsminister Aleman, dessen Tätigkeit für Washington ja voller Segnungen war. Offensichtlich sollen sie aus dem Rampenlicht genommen werden, um für die Zeit danach — entweder nach der Junta oder nach den Unruhen — wieder zur Verfügung zu stehen.

Denn wenn sich eines in aller Deutlichkeit gezeigt hat, dann dies, daß die These von den argentinischen Generälen, die die nationale Souveränität des Landes verteidigen würden, von vorne bis hinten falsch war und ist. Sie haben ununterbrochen, mit solchen Leuten wie Aleman zusammen, den Ausverkauf des Landes betrieben, und der Kampf um die Malvinas war nichts als ein abenteuerlicher Versuch, das Volk auf andere Probleme abzulenken. Ein Versuch, der gründlich danebengegangen ist, und den Tausende junger Argentinier mit dem Leben bezahlen mußten.



Slums von Buenos Aires — die Armen sollen die Lasten der Katastrophe bezahlen, wenn es nach den Plänen der Junta geht.

Offener Piratenakt Londons

Überfall auf Thule enthüllt britische Pläne

Fast nur am Rande erwähnt wurde in den letzten Tagen die Ausweitung der britischen Aggression im Südatlantik auf die Insel Thule. Tausende von Kilometern von den Malvinas entfernt und bisher nur von Wissenschaftlern „besetzt“, wurde diese Insel am Ende des Südatlantiks in einem offenen Piratenakt von den britischen Truppen überfallen.

Die Bedeutung dieser Insel liegt für London zum einen in der geographischen Lage für künftige Militäroperationen. Und zweitens: Die Festigung von imperialen Ansprüchen auf die Antarktis wird dadurch betrieben, daß man immer mehr Gebiet in dieser Region mit Truppen besetzt. So werden Fakten geschaffen für künftige Streitigkeiten, die durchaus auch mit den sogenannten Partnern anderer Erdteile entbrennen können.

Offensichtlich ist es der Kurs der Konservativen Partei in Britannien, die Reste des „British Empire“ zu konsolidieren und als Ausgangspunkt für künftige Streitigkeiten zu festigen, denn Thule steht ja nur in der Vorgehensweise alleine, nicht im Sinne der Zielsetzungen. Maßnahmen wurden ja selbst in Gibraltar getroffen, dessen Funktion als Pfahl im spanischen Fleisch ausgebaut werden soll.

Die Tage der verheerenden Niederlagen des britischen Imperialismus scheinen vergessen, ähnlich wie Washington geht man offensichtlich daran, verlorenes Terrain mit Gewalt wieder aufzuholen.

Der Überfall auf Thule jedenfalls, durch nichts und niemanden begründet, ist ein Beweis dafür, daß es den Thatcher und Co. nur darum geht, mit allen Mitteln, auch militärischen, dem britischen Kapital möglichst gute Ausgangspositionen zu verschaffen. Wenn nötig, auch ohne irgendwelche Vorwände als Rechtfertigung. Der Solidarität seiner NATO-Bundesgenossen darf der britische Imperialismus einstweilen sicher sein. Auch wenn jetzt rasch alle ihren Boykott aufkündigen, um am argentinischen Schuldenberg zu verdienen...

Aufforderung an van Agt

Niederländisches Parlament unterstützt die FDR El Salvadors

Regierungschef beklagt Isolation

DEN HAAG. — Das Parlament der Niederlande hat in einer mit großer Mehrheit verabschiedeten Resolution die niederländische Regierung aufgefordert, die Demokratisch Revolutionäre Front El Salvadors (FDR) direkt zu unterstützen.

Die Resolution wurde damit begründet, daß die FDR die repräsentative politische Kraft im Lande sei, die als eine Sprecherin des Volkes akzeptiert werden müsse.

Der niederländischen Regierung, so sagte es ein Sprecher, mache diese Entscheidung „Sorgen“. Sie könne dazu beitragen, die Isolation der Niederlande in Westeuropa weiter zu verstärken.

Mit diesen Äußerungen spielte man auf eine Rede des Ministerpräsidenten van Agt an, der am Tage zuvor erklärt hatte, die Niederlande seien innerhalb von NATO und EG in eine wachsende Isolation geraten. Der Grund für ihn: die Haltung des Parlaments zum NATO-Doppelbeschluß, der ja abgelehnt wurde. Heute, so van Agt, würde die niederländische Regierung nur noch zum einem Teil der anberaumten NATO-Treffen eingeladen.

Wenn es jetzt auch noch zu einem Ausscheren der Niederlande aus dem westlichen Block in der Salvador-Frage käme, so wäre dies nach Meinung der Reaktionäre in den Niederlanden sozusagen fast schon das Ende ihrer Paktmitgliedschaft.

Natürlich ist dies alles stark übertrieben, aber es verdeutlicht doch noch einmal, daß es tatsächlich unter der Hand NATO-Maßnahmen gegen solche „Partner“ gibt, die nicht willenlos alles vollziehen.

Jedenfalls: die von van Agt so bedauerten Beschlüsse — nicht zuletzt durch die Ermordung niederländischer Journalisten durch salvadorianische Regierungstruppen vor einiger Zeit ist dieser neueste Parlamentsentscheid ja zustandegekommen — haben für die fortschrittlichen Menschen in anderen europäischen Ländern durchaus positive Signale gesetzt.

Auf der Tagung des internationalen Metallarbeiterbundes

Reaktionäre Pseudogewerkschaften ausgeschlossen

Der Internationale Metallarbeiterbund hat auf seiner zentralen Tagung Mitte Juni in Rom vier reaktionäre Pseudogewerkschaften aus seinen Reihen ausgeschlossen. 147 der 160 Mitglieder des Zentralkomitees des IMB stimmten bei dieser Sitzung für den Ausschluß, 3 dagegen, 10 enthielten sich der Stimme.

Betroffen vom Ausschluß sind je zwei sogenannte Gewerkschaften aus Südafrika und aus der Türkei.

Der Vereinigte Metallarbeiterverband Südafrikas und die Elektriker-Union Südafrikas wurden ausgeschlossen, weil sie sich weigerten, auch schwarze Arbeiter als Mitglieder aufzunehmen. Mit dieser Politik, so wurde in dem Beschluß unterstrichen, setzten diese Gruppierungen die rassistische Politik der Regierung in den Reihen der Arbeiter selbst fort, was nicht geduldet werden könne.

Aus der Türkei betraf dies die Türk Metal Sendikalesi, eine profaschistische Organisation und den Werftarbeiterverband Dok Gemi Is.

In der Begründung für ihren Ausschluß hieß es, sie seien zu Stützen des Militärregimes geworden und hätten die Beseitigung jeglicher Gewerkschaftsfreiheit akzeptiert.

Diese vier Ausschlüsse sind aus verschiedenen Gründen interessant. Zum einen kann man am Charakter dieser jeweils legalen Organisationen sehr leicht erkennen, was es mit den Behauptungen der beiden betreffenden Regierungen auf sich hat, bei ihnen gäbe es doch Gewerkschaften.

Die es gibt, das sind eben solche Alibigewerkschaften, die keinerlei positive Rolle spielen, sondern nur als Aushängeschild und Regimestütze dienen.

Zum anderen aber kann man daran auch die berechtigte Frage knüpfen, warum eigentlich der Ausschluß erst jetzt kommt. Weder die Verhältnisse in der Türkei noch in Südafrika waren unbekannt und auch nicht die Rolle, die eben solche sogenannten Gewerkschaften dabei spielten. Die Forderung nach dem Ausschluß solcher Gruppierungen ist seit langem erhoben worden.

Warum also erst jetzt? Offensichtlich ist dies doch ein Beweis dafür, daß die lange vom IMB praktizierte Politik der Zusammenarbeit mit allen Gewerkschaften, sofern sie nur möglichst kommunistenfrei sind, so nicht mehr zu halten ist. Es erweist sich, daß diese Gewerkschaften eben in Wirklichkeit kaum jemals welche sind, sondern jede auch noch so reaktionäre Wendung der jeweiligen Regierung bereitwillig mitmachen.

Und schließlich erhebt sich ja auch noch die Frage, was für Gründe denn eigentlich für Stimmenthaltung maßgebend waren und wer diejenigen waren, die gegen den Ausschluß dieser reaktionären Pseudogewerkschaften gestimmt haben.

Nicht zuletzt ist dieser Vorgang auch interessant für die Beurteilung der Beziehungen, die verschiedene DGB-Gewerkschaftsfunktionäre und sozialdemokratische Politiker zu den Türk-Is-Gewerkschaften in der Türkei haben. Schließlich war zumindest eine der beiden ausgeschlossenen türkischen Organisationen Mitglied des Türk-Is-Bundes.

Unvereinbarkeit festgestellt

Frankreich unterzeichnet „Terrorismus-Konvention“ nicht

Die französische Regierung wird die „Europäische Konvention zur Bekämpfung des Terrorismus“ nicht ratifizieren. Dies gaben Sprecher der Regierung in der vergangenen Woche bekannt. Diese Konvention, im Jahre 1977 vom Europarat verabschiedet, verstoße gegen französische Bestimmungen vor allem bei der Asylgewährung und der Auslieferung.

Schon bei der — vor allem von der Bundesrepublik und Spanien betriebenen — Verabschiedung vor fast fünf Jahren hatten zwei der 19 Europaratsmitglieder sich nicht angeschlossen: Irland und Malta. Frankreich, aber auch Portugal, Italien und Norwegen hatten damals Bedenken eben wegen der Asylfrage angemeldet.

Denn in der Konvention werden für sogenannte Terroristen keinerlei politische Motive anerkannt und es wird faktisch eine automatische und bedingungslose Auslieferung gefordert. Gerade dabei aber hatte es in der Vergangenheit in Frankreich einige Male Schwierigkeiten mit der öffentlichen Meinung gegeben. Denn das französische Asylrecht hinterfragt sehr genau die Begründung beispielsweise für Attentate auf Repräsentanten eines Staates und ist überhaupt sehr viel weitergehender als beispielsweise das bundesdeutsche Asylrecht, auch ohne dessen ständige Beschneidung der letzten Zeit.

Am lautesten protestiert hat jetzt die spanische Regierung gegen den französischen Rückzug aus diesem Abkommen — da steht die Frage der ETA und der Basken zwischen beiden Staaten. Die Propagandabehauptung, alle Europarats-Mitglieder außer den „beiden Radikalen“ hätten diese Konvention unterzeichnet, wird also künftig nicht mehr ohne weiteres ziehen.

HÖRT RADIO TIRANA

UHRZEIT	1. Programm	WELLENLÄNGE
13.00-13.30	9375 kHz 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
14.30-15.00	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
16.00-16.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
18.00-18.30	9375 7310	31 Meterband KW 41 Meterband KW
19.00-19.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW
	2. Programm	
21.30-22.00	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
23.00-23.30	7310 5985 1458	41 Meterband KW 49 Meterband KW 206m MW
6.00-6.30	7310 9375 1395	41 Meterband KW 31 Meterband KW 215m MW

Zionistische Pläne zur Neuordnung des Libanon

Phalangistenchef als Statthalter Israels

Christliche Bewohner Ost-Beiruts begrüßen winkend die israelischen Panzerkolonnen; junge Mädchen schmücken die Gewehrläufe der Soldaten mit Blumen. Mit solchen und ähnlichen Bildern und Geschichten, die die Kriegsberichterstatter im Tross der israelischen Invasionstruppen tagtäglich verbreiten, arbeiten die Zionisten und ihre imperialistischen Hintermänner an der Rechtfertigung des Vernichtungsfeldzuges. Niemand, so hämmert man der öffentlichen Meinung ein, sei über die Vertreibung der PLO und der syrischen Streitkräfte aus dem Libanon mehr erleichtert als die Libanesen selbst.


Faschistenchef Gemayel: Israels Mann im Libanon

Ganz gelogen ist das nicht. Zwar haben die zumeist moslemischen Arbeiter, Bauern oder Kleinhändler, die dem Bombardement der israelischen Armee ebenso ausgesetzt sind wie die palästinensischen Flüchtlinge in den Lagern, deren Häuser zerstört und deren Angehörige in großer Zahl getötet wurden, keinerlei Grund, den Feind als „Befreier“ willkommen zu heißen. Doch unzweifelhaft erleichtert die seit Jahren andauernde Bürgerkriegs- oder bürgerkriegsähnliche Situation im Libanon die israelische Invasion sion, arbeiten die rund 10000 Mann starken, schwerbewaffneten christlichen Milizen den Invasoren direkt in die Hände.

Erst im vergangenen August hatte der Führer der größten christlichen Miliztruppen Kataeb, Baschir Gemayel, in Washington angekündigt, die „Libanon-Frage“ werde innerhalb von „elf Monaten“ gelöst. Anfang des Jahres konferierte er, auf einem israelischen Kriegsschiff, mit dem israelischen Kriegsminister Sharon — worüber, ist unschwer zu erraten. Seit dem Bürgerkrieg 1975, den sie durch den Überfall auf einen palästinensischen Bus auslösten, werden die Kataeb-Phalangisten — ebenso wie etwa auch die Milizen Haddads im Südlibanon — von Israel finanziert und bewaffnet. Sie revanchierten sich mit ständigen Angriffen auf die PLO und stehen auch heute bereit, an der „Endlösung des Palästinenser-Problems“ mitzuwirken.

Nur scheinbar sind die Widersprüche zwischen den Christen und den Moslems im Libanon religiöser Natur. Tatsächlich verbergen sich hinter der Bezeichnung „Christen“ vor allem die von der ehemaligen Kolonialmacht Frankreich und später von den US-Imperialisten herangezüchteten und ausgehaltenen Großgrundbesitzer und Kompradoren, die sich bis heute als „Vorposten des christlichen Abendlandes“ verstehen. Sie lebten, und zwar gut, aus den Profiten, die die im Libanon, der sogenannten Schweiz des Orients, zusammenlaufenden imperialistischen Bank- und Handelsgeschäfte im Nahen Osten abwarfen. Nicht erst die Palästinenser, die mit dem Kairoer Vertrag von 1969 Bewegungsfreiheit im Libanon erreichten, störten die einträglichen Geschäfte. Bereits 1958 hatten die reichen Christen der antiimperialistischen, pan-arabischen Bewegung der Arbeiter und Bauern nur mit Hilfe einer US-Invasion Herr werden können. Unter dem Schutz der 15000 bis 20000 PLO-Kämpfer im Libanon nahm auch der Kampf der libanesischen Massen erneuten Aufschwung. Sogar einige Großgrundbesitzer wie der Drusenführer und Vorsitzende der „Nationalen Bewegung“, Dschumblat, schlossen sich an.

Heute aber scheint das Bündnis zwischen der PLO und den Organisationen der libanesischen Linken deutlich geschwächt. Zwar kämpfen die libanesischen Milizen etwa von Amal oder Kurabitun Seite an Seite mit der PLO gegen die israelischen Invasoren. Dschumblat und andere aber traten nach anfänglichem Zögern dem von Präsident Sarkis gebildeten „Nationalen Rat zur Rettung des Libanon“ bei, dem ebenfalls Organisationen der Reaktion angehören und der erklärtermaßen durch eine „innere Lösung“ erreichen will, was Israel durch seine Aggression bezweckt: die Entmachtung bzw. Zerschlagung der PLO. So muß sich die PLO fast gänzlich auf ihre eigenen Kräfte verlassen. Denn auch Syrien, das im Auftrag der Arabischen Liga eine 25000 Mann starke Abschreckungsstreitmacht im Libanon unterhält, ist vor der israelischen Invasion zurückgewichen und hat seine Rolle als Schutzmacht des Libanon fast kampflos preisgegeben.

Daß Israel auf den „Nationalen Rat zur Rettung des Libanon“ allerdings irgendwelche Rücksichten nimmt, ist stark zu bezweifeln. Die zionistischen Pläne zur Neuordnung des Libanon sehen eine Regierung von eigenen Gnaden vor. Danach soll der Phalangistenchef Gemayel anläßlich der Wahlen im September den bisherigen Präsidenten Sarkis ablösen. Er bedankte sich im voraus mit dem Angebot eines „Friedensvertrags“, der Israel die Operationsfreiheit im Südlibanon und die Lufthoheit über ganz Libanon zusichert.



In verschiedenen Städten der BRD — wie hier in Köln — wurde gegen die israelische Aggression demonstriert

Funkstille

Die „Frankfurter Rundschau“ meldete am Samstag, der Vorsitzende der SPD-Arbeitsgruppe Flüchtlingsfragen, Volker Neumann, habe die israelische Weigerung, Hilfsgüter in den Libanon weiterzuleiten, kritisiert. Der interessanteste Satz dieser Meldung lautet: „Nach Abgeordneten der FDP ist Neumann der erste Sozialdemokrat, der sich kritisch über das Verhalten der Israelis im Libanon äußert.“

Nach drei Wochen des planmäßigen Mordens im Libanon also die erste kritische Stimme eines SPD-Politikers! Was könnte die Verkommenheit der westdeutschen Sozialdemokratie besser kennzeichnen? Während bei der Brandt-Partei Funkstille herrschte, hatte Kanzler Kreisky, der Führer der österreichischen Sozialdemokratie, das Begin-Regime immerhin als „halb-faschistische Regierung“ verurteilt, und auch die „sozialistische“ Bruderpartei in Israel wegen deren Unterstützung des Libanon-Massakers scharf angegriffen.

Bei allem beharrlichen Schweigen: untätig sind die SPD-Bosse in den letzten Wochen nicht gewesen. Denn der von ihnen getragenen Regierung ist es im wesentlichen zu verdanken, daß Forderungen nach Sanktionen gegen Israel innerhalb der EG zurückgeschlagen wurden und die Finanzhilfe für den Massenmörder Begin ungestört weiterfließen kann.


PLO-Kämpfer bergen Bombenopfer in Beirut.

NATO-Seemanöver zum Schutz der Libanon-Invasion

Die USA finanzieren Begins Vernichtungskrieg

Auf über 100 Millionen Dollar täglich belaufen sich die israelischen Kriegskosten. Obwohl der Siedlerstaat zu Beginn der Libanon-Invasion die Steuern um ein weiteres Mal kräftig anhob, um so die Kosten seiner Aggression von den arbeitenden Klassen in Israel einzutreiben, könnte er den Krieg nicht einen Tag durchhalten, wenn ihm nicht die USA zur Seite ständen.

Von Beginn an war das zionistische Siedlerunternehmen Israel von seinen imperialistischen Geburtshelfern abhängig. Auf der Vertreibung und kolonialen Unterdrückung des palästinensischen Volkes gegründet, mit weitergehenden Territorialansprüchen gegen die angrenzenden arabischen Länder, benötigte Israel einen Militärapparat, den es überhaupt nur mit fremder Hilfe aufbauen und aufrechterhalten konnte. Die israelische Wirtschaft, zum Teil reine Kriegswirtschaft und zum anderen Teil fast ganz auf Export ausgerichtet, konnte die Mittel für die gewaltige Militärmaschinerie niemals aufbringen. Bis 1973 zahlten die USA jährlich einige hundert Millionen Dollar, die die Zionisten großteils für Waffenkäufe in den imperialistischen Ländern, vor allem in den USA selbst, ausgaben.

Nach dem Krieg 1973 verfünffachten die US-Imperialisten ihre Zuwendungen. Die militärischen Teilerfolge der arabischen Länder hatten Israel erhebliche materielle Verluste zugefügt. Vor allem hatten sie erwiesen, daß die israelische Militärmacht verwundbar ist. Gerade die Hauptangriffswaffe — die Panzerwaffe — hatte sich gegen die verbesserten Abwehrwaffen der arabischen Länder als verhältnismäßig stumpf erwiesen. Mit 2,5 Milliarden US-Dollar 1974 und kaum weniger in den folgenden Jahren sorgten die US-Imperialisten für den Ausgleich der Verluste und für die beschleunigte Aufrüstung ihres Brückenkopfes.

Zusätzlich zu diesen -zig Milliarden ließen sie sich das Camp-David-Friedensdiktat gegen Ägypten 4,8 Milliarden Dollar kosten. Israel verlangte nicht nur eine Entschädigung für den Verlust des seit 1967 besetzten Sianai, sondern weitere hochmoderne Waffen, mit denen die Befriedung der anderen arabischen Nachbarn im Norden und Osten vorbereitet werden sollte. Mit dem Abschluß eines Militärvertrages, der den USA Stützpunktrechte und die Möglichkeit zur Waffenlagerung in Israel gewährte, sicherte die Supermacht ihre Unterstützung für dieses Vorhaben zu und baute Israel gleichzeitig vollends zum Aufmarschplatz für die eigenen Truppen aus.

Angesichts der wortgewaltigen und scheinbar empörten Kritik, die solch bekannten Kriegstreiber wie etwa den US-Verteidigungsminister Weinberger an der Libanon-Invasion laut werden ließen, sollte man sich das Ausmaß der Abhängigkeit Israels einmal vor Augen halten: Im Wirtschaftsjahr 1981/82 belief sich der Staatshaushalt auf 14 Milliarden Dollar, der Anteil aller direkten und indirekten Militärausgaben wurde von 50 Prozent auf 68 Prozent, das sind 9,5 Milliarden Dollar, aufgestockt. Im gleichen Jahr erreichten die laufenden US-Zahlungen an Israel nach offiziellen Angaben die Höhe von 2,2 Milliarden Dollar. 800 Millionen davon gelten als Wirtschaftshilfe, 1,4 Milliarden fließen direkt in den israelischen Rüstungshaushalt, und von diesen 1,4 Milliarden sind 650 Millionen nicht rückzahlbar.

Zu diesen US-Zahlungen hinzu kommen noch die ebenfalls teils als Kredite, teils unentgeltlich vergebenen „Hilfen“ mehrerer europäischer Mächte sowie der EG und nicht zuletzt die reichlichen Geldspenden der verschiedenen Zionistenorganisationen in aller Welt, die beispielsweise während der israelischen Aggressionskriege 1967 und 1973 Milliardenhöhe erreichten. Trotz aller unentgeltlichen Zahlung ist die israelische Auslandsverschuldung, pro Kopf gerechnet, die höchste der Welt, und damit ist der Siedlerstaat von seinen imperialistischen Finanziers abhängig wie kein zweites Land.

Die Einstellung der Zahlungen, ja selbst jede leiseste Andeutung, hätte die israelische Libanon-Invasion mit einem Schlag beendet. Stattdessen beeilten sich die US-Imperialisten, die Fortsetzung ihrer Waffen- und Geldlieferungen anzukündigen.

Mehr noch: Unmittelbar nach dem Einmarsch haben die US-Imperialisten ihre Kriegsflotte im Mittelmeer in kürzester Zeit von gewöhnlich etwas über 30 auf 52 Schiffe, darunter vier Flugzeugträger, verstärkt. Seit dem 24. Juni führt die NATO — für alle Fälle — Seemanöver im Mittelmeer durch.

Albanischer Gewerkschaftskongreß verurteilt israelische Aggression

Am 8. Juni verabschiedete der 9. Kongreß der Gewerkschaften Albaniens eine Resolution gegen den israelischen Überfall auf den Libanon, die wir nachstehend im Wortlaut wiedergeben:

Die Delegierten des 9. Kongresses der Gewerkschaften Albaniens verurteilen mit tiefem Haß und mit Empörung die israelische Aggression gegen den Libanon und gegen die palästinensische Bevölkerung, die dort Zuflucht gefunden hat.

Dieser neue israelische Angriff ist ein erneuter krimineller Akt, begangen nicht nur gegen den Libanon, sondern auch alle arabischen Brudervölker, gegen ihre nationale Freiheit, Unabhängigkeit und Souveränität. Dieser Angriff ist eine Fortsetzung der aggressiven und expansionistischen Politik Israels, die auf eine Eroberung neuer arabischer Gebiete und auf die Versklavung der Völker im Nahen Osten abzielt. Hinter diesem Angriff wird die Hand des amerikanischen Imperialismus sichtbar, mit dessen Anstiftung, Hilfe und Billigung alle Aggressionen der israelischen Zionisten gegen die arabischen Völker durchgeführt worden sind. Der Angriff ist auch angestiftet worden von den Intrigen und Komplotten der sowjetischen Sozialimperialisten im Nahen Osten, die dessen Reichtümer ausplündern wollen.

Die albanische Arbeiterklasse und das gesamte albanische Volk wollen, daß dieser barbarischen Aggression so schnell wie möglich ein Ende gemacht wird und daß die israelischen Truppen unverzüglich vom Gebiet des Libanon abziehen.

Wir drücken unsere Solidarität und unsere Unterstützung für die gerechte palästinensische Sache aus, wir sind davon überzeugt, daß die Völker des Libanon und Palästinas die neue Aggression der israelischen Zionisten zurückschlagen und über diese wilden Feinde und ihre Hintermänner triumphieren werden.

12. Fußballweltmeisterschaft in Spanien

„Einfach Pfui!"

So stand es als Einleitung zur Berichterstattung in einer westdeutschen Zeitung, als es um das Spiel Bundesrepublik gegen Österreich ging. Und was sollte man eigentlich auch mehr dazu sagen. Stars, die nur noch das Publikum beschimpfen können, aber auf dem Spielfeld die Totalverweigerung praktizieren. Früher sprach man von italienischem Antifußball. Aber da tauchte wenigstens noch das Wort Fußball auf, und die Show war gekonnter als die dieser dilettantischen Prämienjäger.

Der Zweck heiligt die Mittel — zu dieser Ausrede griff man auch dieses Mal wieder bei DFB und Mannschaft. Nur sieht es so aus, als würde es diesmal — hoffentlich — nicht so einfach wieder vergessen werden. Der Sturm der Entrüstung war groß. Als Fernsehzuschauer jedenfalls hoffte man nur noch auf eines: daß eine deutsch-spanisch-algerisch-österreichische Zuschauerkoalition auf den Rasen stürmen und alle verdreschen möge. Die Sympathien für die Algerier wuchsen schlagartig an, auch in den bundesdeutschen Fanreihen.

Nach dem Algerienspiel bestand die Möglichkeit, daß zwei Gala-Vorstellungen die arrogante, chauvinistische Haltung des DFB vergessen machen könnten. Nun ist es wohl endgültig zuviel des Schlechten. Algerien muß heimreisen. Die sportlich berechtigte Forderung nach der Disqualifikation der beiden fußballfeindlichen Teams wurde von der FIFA bestimmt nicht erfüllt. Die so belächelte Behauptung des Kuweit-Scheichs von der FIFA-Politik, die gegen die „Kleinen" gerichtet sei, sie wird durch die Entwicklung immer glaubwürdiger. Man hat dafür gesorgt, daß die Starteams unter sich sind, nur die Nordiren brachen da ein, und die kann man verkraften.

Die lange Liste: das aberkannte Tor von Kamerun gegen Peru, die unglaublichen Elfmeter gegen Honduras, das abgekartete Spiel gegen Algerien. Drei starke Mannschaften mußten so nach Hause. Am allerunglücklichsten dabei die Spieler aus Honduras, die bestimmt die stärkste dieser Mannschaften waren und die mit den zwei Punkten mehr Spanien ebenso aus dem Rennen geworfen hätten, wie das Italien gegen Kamerun geschehen wäre.

So bleibt für Fußballbegeisterte nur die Hoffnung. Die Hoffnung beispielsweise darauf, daß die Brasilianer Italien zeigen, wie man Fußball spielt. Oder sogar auf England. Auf England, dessen Art Fußball zu spielen in den letzten 12 Jahen ren so sehr belächelt wurde, und das nun, im Unterschied zu anderen Europäern wenigstens die Grundvoraussetzung erfüllt: sie kämpfen. In anderen Sportarten gibt es das: Verwarnung oder gar Disqualifikation wegen Passivität.

Was aber die bundesdeutsche Elf betrifft, sollte man sich einmal ernsthaft fragen, aber das wird mit Sicherheit nicht geschehen, warum eigentlich die Leistung seit zehn Jahren kontinuierlich nachläßt. Von den großen Spielen der Jahre 1970 und besonders der Europameisterschaft 1972 spricht noch heute jeder gerne, der es damals gesehen hat. Von der WM '74 trotz Titelgewinns schon weniger, damals gab es einfach bessere Mannschaften, Polen und die Niederlande beispielsweise. '78 wäre man um ein Haar völlig unverdient ins Halbfinale gekommen, was es den Offiziellen erlaubt hätte, die miserablen Leistungen mit dem Mäntelchen des Erfolgs zuzudecken. '80 wurde man Europameister ohne ein einziges großes Spiel zu machen. Und jetzt dies, nachdem dazwischen die regelmäßigen Prügel aus Brasilien kamen.

Das soll kein Plädoyer gegen Berufssport sein. Es gibt keinen Grund, Berufssport zu verneinen, wenn man gleichzeitig andere Arten der Unterhaltung berufsmäßig bestreiten lassen will. Und daß daraus positive Impulse für den Breitensport entstehen, wird jeder zugeben, der sich etwas auskennt. Aber es soll ein Plädoyer sein gegen die Verzerrung des Sports, gegen Sportmillionäre, deren einzige taktische Überlegung dem Bankkonto gilt. Obwohl es sich natürlich fragt, ob man weiterhin „Bart ab" hoch bezahlen will, bei Leuten, bei denen der Bart längst ab ist.

Daß es auch anders geht, das zeigen die Profis aus Brasilien, die bei jedem Spiel bisher die totale Fußball-Show zeigten und denen heute alle Sympathien gehören.

Sie haben in den Jahren '74 und '78 diese Phase durchgemacht, als sie nur noch Freistoßfußball spielten, und solange niemand etwas sagte, bis das Scheitern kam. Denn dritter oder vierter Platz, das ist für dortige Maßstäbe eben Scheitern, vor allem wenn es mit schlechtem Fußball verbunden ist. Die damaligen Stars sind gewaltig in ihrem Kurswert gesunken, den bundesdeutschen Weltmeistern an Arroganz täte dies sehr gut.




Ein echtes Königskind — leider nicht in Deutschland. Oder wie?

„The Nation" (New York):

CIA finanziert(e) Springer

Axel Caesar Springer ist ein Freund von Ronald Reagan. So, wie er der Freund jedes amerikanischen Führers ist, der stramm auf Aufrüstungskurs, auf weltweiter Aggressionspolitik, auf der Linie des Kreuzzuges gegen die Sowjetunion steht und damit auch dem westdeutschen Revanchismus Mut macht. Diese Freundschaft entspringt sicher seiner ureigenen Einstellung. Daß er tagtäglich dafür werben kann, daß ihm dafür (und für ähnlich wichtige Angelegenheiten) ein gigantisches Presseimperium zur Verfügung steht, hat er allerdings vielleicht doch nicht allein seiner deutschen Geschäftstüchtigkeit zu verdanken.

Das in New York erscheinende Magazin „The Nation" jedenfalls berichtete kürzlich — gestützt auf Aussagen amerikanischer Geheimdienstler, die natürlich namentlich nicht genannt werden können — über interessante Quellen der Macht, die der Springer-Konzern zum Nutzen der westdeutschen und der gesamten westlichen, besonders der US-amerikanischen Reaktion einsetzt. Zu Beginn der fünfziger Jahre, so schreibt das Blatt in seiner jüngsten Ausgabe, habe Springer aus den Kassen des US-Geheimdienstes CIA rund sieben Millionen Dollar kassiert, „um sein weites Imperium aufzubauen und amerikanischen geopolitischen Interessen zu dienen". Diese fruchtbare Beziehung habe bis „mindestens Anfang der 70er Jahre" angedauert. Und nach Angaben der CIA-Informanten gibt es überhaupt „keinen Grund anzunehmen, daß die Beziehung je beendet wurde".

Über die Nützlichkeit Springers äußerte sich ein CIA-Mann so: „In Zeiten extremer Not zeigte er sich gewöhnlich als besonders hilfsbereit, sich als Propagandainstrument benutzen zu lassen." So sei es auch die CIA gewesen, die dafür gesorgt habe, daß die Springer-Presse gegen die Verlegung von Erdgasleitungen aus der UdSSR in die Bundesrepublik und überhaupt nach Westeuropa Stimmung macht.

Tips

Samstag, 3. Juli
19.50 Uhr, Südwest III
Haben und Nichthaben. Howard Hawks drehte diesen Film, einen seiner schönsten, 1944 nach Motiven des gleichnamigen Hemingway-Romans, wobei Drehbuch-Autor William Faulkner die Geschichte des Buchs vom Ersten in den Zweiten Weltkrieg transponierte: Humphrey Bogart als Kapitän eines kleinen Schiffes auf der Karibik-Insel Martinique gerät zwischen die Fronten des Krieges und schließt sich nach einigem Zögern den antifaschistischen Widerstandskämpfern an. Außer Bogey spielen unter anderem Lauren Bacall und Walter Brennan.

***

Samstag, 3. Juli
22.20 Uhr, ARD
Herrin der toten Stadt. Western von William A. Wellman mit Gregory Peck, Richard Widmark, Anne Baxter u. a.

***

Sonntag, 4. Juli
14.50 Uhr, ZDF
Das Wunder von Mailand. In diesem 1950 entstandenen Film hat Vittorio De Sica, einer der Begründer des italienischen Neorealismus, seinen sozialkritischen Ansatz mit märchenhaften Elementen kombiniert (und teilweise auch verwässert). Mit Francesco Golisano u. a.

***

Sonntag, 4. Juli
20.15 Uhr, ARD
Das Rheingold. Erster Teil von Richard Wagners Bühnenfestspiel „Der Ring des Nibelungen." Bereits Thomas Mann nannte den Erfolg dieses Werkes und der Wagnerschen Kunst überhaupt in der bürgerlichen Welt „ein tragi-komisches Paradox", weil diese Kunst „einem ganz anderen Publikum zugedacht ist und sozial-sittlich weit hinauszielt über alle kapitalistisch-bürgerliche Ordnung in eine von Machtwahn und Geldherrschaft befreite, auf Gerechtigkeit und Liebe gegründete, brüderliche Menschenwelt." Wohl keine Inszenierung hat die anarchistischen und antikapitalistischen Elemente im „Ring" so deutlich sichtbar gemacht wie die von Patrice Chéreau in Bayreuth (die dann auch konsequenterweise von den bürgerlichen Wagnerianern als Skandal empfunden und ausgepfiffen wurde).
Beim „Rheingold" wirken mit: Donald McIntyre, Siegfried Jerusalem, Heinz Zednik u. a. Musikalische Leitung: Pierre Boulez.

***

Dienstag, 6. Juli
22.35 Uhr, ZDF
Das Wiegenlied vom Totschlag. Ralph Nelsons Film mit dem eigenartigen deutschen Titel schildert realistisch die Massaker der US-Armee an den amerikanischen Indianern im letzten Jahrhundert. Mit Candice Bergen, Donald Pleasence u. a.

***

Mittwoch, 7. Juli
20.15 Uhr, ARD
Kaltgestellt. Ein Gymnasiallehrer gerät in die Mühlen des Verfassungsschutzes: Er soll seine politisch aktiven Schüler bespitzeln. Bernhard Sinkel hat seinen 1980 in Westberlin gedrehten Film zwar allzusehr auf Politkrimi getrimmt, sehenswert ist der Streifen aber dennoch. Mit Helmut Griem, Martin Benrath, Angela Molina u. a.

***

Jugendlager in Portugal — Jugendlager in Portugal — Jugendlager in Portugal — Jugendlager in Portugal

Der Urlaubs-Knüller

Für diejenigen, die immer noch nicht wissen, wo sie in diesem Jahr ihren Urlaub verbringen sollen, präsentiert die Kommunistische Jugend Deutschlands (KJD) den Urlaubsknüller: 2 Wochen Portugal in einem Jugendlager der UJCR (dem Jugendverband der Kommunistischen Partei/Wiederaufgebaut, unserer portugiesischen Bruderpartei). **Kostenlos!** Nur die Anreise müßt ihr selbst tragen.

Vom 1. bis zum 15. August führt die UJCR zusammen mit der JCE/ML (Kommunistische Jugend Spaniens/Marxisten-Leninisten) ein Jugendlager in **Comporta** durch. Comporta ist ein kleines Dorf in der Nähe von **Troia** (ein bekannter Touristenort) südlich von Lissabon am Atlantik. Comporta liegt 500 Meter von der Küste entfernt, der Zeltplatz nur etwa 50 Meter. Verpflegung und Unterbringung ist kostenlos. Zelte werden von den portugiesischen Genossen gestellt.

Neben viel Urlaub, Freizeit, Zeit zum Kennenlernen, sollen auf dem Lager zwei politische Themen behandelt werden: Kampf gegen die Kriegsvorbereitungen, unter Berücksichtigung der besonderen Bedingungen der iberischen Halbinsel, und: Der Kampf für die Rechte der Jugend — Arbeitslosigkeit, Bildung, Unterdrückung usw.

Also: Nichts wie hin!!!

Wer mitfahren will, melde sich bitte umgehend bei:

KJD, Wellinghofer Str. 103, 4600 Dortmund 30, Tel.: (0231) 433691. Dort erhaltet ihr nähere Informationen. Wenn es gewünscht wird, wenn ausreichend Interesse besteht, wir die KJD auch noch eine Bahnfahrt zum Lager organisieren.



Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!

KIZIL ŞAFAK



Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

Sayı 26, 2 Temmuz 1982 Yıl: 16 1 DM



AEG'de mücadele kızışıyor

AEG Yönetim Kurulu'nun işyerlerinin yok edilmesini ve toptan çıkışlara gidilmesini öngören "reorganisazyon taslağını" protesto etmek amacıyla Batı Berlin'de 5000 AEG işçisi yürüyüş yaptı. Son üç yıl içinde dev elektrik tröstü toplam olarak 30 bin işyerini yok ederek on binlerce işçiyi sokağa attı. AEG patronları şimdi yeniden toptan çıkışlara gitmeyi planlamaktalar. Onların bu planını protesto etmek için diğer şehirlerdeki AEG işletmelerinde de işçiler çeşitli protesto eylemleri düzenlediler. **(Ayrıntılı haber sayfa 3'te)**

Siyonistlerin saldırıları sürüyor

İsrail, Lübnan'ı imha etmek istiyor

BEYRUT. — İsrail siyonistleri üç haftayı aşkın bir süredir komşu ülke Lübnan'a karşı vahşice saldırılarını sürdürmekteler. Şimdiye değin İsrail orduları barbarlığın en koyusunu sunarak 15 000'i aşkın sivili katletti, ülkeyi yakıp yıktılar. İsrail siyonistlerinin bu barbarca tutumunu meşrulaştırmak amacıyla saldırıların "sadece" FKÖ'yü dağıtmak için sürdürüldüğü propagandası yapılmakta. İsrail saldırgan birlikleri tüm şehir ve köyleri bombalayarak küle çevirdiler.

İsrail birlikleri saldırının ilk gününden beri ele geçirdikleri her Lübnanlıya ve Filistinliye en ağır işkenceleri yapmakta, onları çelik sopalarla dövmekte ve üzerlerinde en koyu terörü estirmekteler. İsrail siyonistleri saldırın başında planladıkları gibi Lübnan'ı bir bütün olarak haritadan silmeyi kısa zamanda başaramayınca, saldırgan İsrail ordusunun ırkçı ve en koyu şovenist duyguları kabarmakta, bunun sonucunda da ele geçirdikleri köyleri yakıp yıkmaktalar. Ama buna rağmen Lübnanlıların ve yiğit Filistin halkının direnişi kırılamadı. Hiç bir Arap hükümeti Lübnan'a yardım etmeye hazır olmadığı ve İsrail'in saldırıları karşısında seyirci kaldıkları halde Lübnanlılar ve FKÖ savaşçıları direnişi tek başına sürdürmekteler.

Uluslararası alanda İsrail saldırganlarına karşı bir ambargonun konulması, başta ABD olmak üzere Bonn Hükümeti'nin Birleşmiş Milletler Güvenlik Konseyi'nde veto etmesi ile gerçekleştirilemedi. Başbakan Schmidt bunun yerine Hollanda Başbakanı ile birlikte İsrail'in bu barbarca saldırısını AET'nin sadece kağıt üzerinde "protesto eden" bir karar almasını sağladı.

İsrail siyonistleri böylece uluslararası alanda kayda değer hiç bir direnişle karşılaşmamakta, onların önünde şimdi sadece ülke içinde bir takım engeller var. Örneğin geçen hafta sonunda İsrail ordularının derhal Lübnan'dan geri çekilmesini talep eden 10 bin kişinin katıldığı bir kitle yürüyüşü yapıldı.

Menahem Begin bir kez daha Lübnan'da ne istediklerini açıkca ortaya koydu. Onlar, Lübnan'ın içişlerine müdahale ederek silah zoruyla İsrail yanlısı bir hükümeti kurmayı ve orada kendi düdüklerinin ötmesini sağlamayı amaçlamaktalar. Bunun için de her ne pahasına olursa olsun, "Büyük İsrail devletini" kurmak isteyen Menahem Begin ve şürekası Lübnan ve Filistin halkını en koyu terörü estirerek katletmekte, şehirleri ve köyleri yakıp yıkarak Lübnan ve Filistin halkını, özellikle Filistin Kurtuluş Örgütü PLO'yu teslim almaya çalışmaktalar.

Şimdiye değin İsrail siyonistleri binlerce suçsuz insanı katletmesine rağmen, Bonn Hükümeti buna karşı en küçük bir pratik protesto önleminin alınmasından bile yana değil. Ama öte yandan Arjantin'e karşı Malvin adalarına "çıkarma yaptığı" gerekçesiyle ambargo konulmasının ateşli savunuculugunu ise kendisi yapıyordu. Peki İsrail'in Lübnan'a saldırısına karşı niçin hiç bir pratik önlemin alınması istenmiyor? Çünkü burada saldırıda kullanılan panzerler, silahların küçümsenmez bir kısmı da Batı Alman emperyalistlerine aittir. Diğer bir deyişle bu savaş onlar için bir ticaret kaynağıdır. Nitekim bugün iflasın eşiğinde olan bu ülkeyi mali ve silah yardımıyla ayakta tutan sadece ABD değil, aynı zamanda Batı Almanya'dır da. İsrail yağma savaşına son verilmeli ve İsrail birlikleri Lübnan'dan derhal geri çekilmeli, İsrail'e karşı boykot önlemleri alınmalıdır. Bonn Hükümeti'nin Beğin'i desteklemesine karşı protestolar yükseltilmelidir!

DDR'de komünist muhalefetçiler ağır hapis cezalarına çarptırıldılar

Öğrenebildiğimiz kadarıyla, haziran ayı ortasında Doğu Berlin Mahkemesi'nde yapılan bir duruşmada tesviyeci Manfred Wilhelm 8 yıl hapis cezasına çarptırıldı. Diğer üç ayrı davada ise, mahkeme 3 yıl 10ay, 4 yıl on ay ve 6 yıllık hapis cezaları verdi.

Dört kişiye karşı sürdürülen davada böylece toplam olarak 20 yılı aşkın hapis cezaları verilmiş olmaktadır! Niçin? Sadece ve sadece Manfred Wilhelm ve diğerleri, Doğu Alman Demokratik Cumhuriyeti'nde (DDR) faaliyet gösteren KPD'yi destekleme, onun görüşlerini savunma, bildirilerini ve gazetesini dağıtmakla suçlandıklarından ötürü. İşte DDR'deki Honecker rejiminin fikir özgürlüğü anlayışı!

3 Haziran'da da Andreas Borfeldt'in duruşması yapılacaktı. Ancak Andreas, savunması için çağrılan avukatı reddederek, kendi savunmasını kendisinin yapmak istediğini açıklayınca, duruşma 7 ve 8 Temmuz'a ertelendi. Manfred Wilhelm'e verilen ağır hapis cezasının DDR savcılığı Andreas için de virilmesini talep ediyor.

Komünist Muhalefete karşı DDR'de azgınca saldırılar hüküm sürmekte ve hakimler önceden hazırlanmış kararları okumakla onların duruşmaları kısa yoldan sonuçlandırmaktalar. Bu duruşmalar kapalı kapılar arkasında yapılmakta ve siyasi tutukluların her türlü savunma hakkı ellerinden alınmaktadır.

Honecker rejimi komünist muhalefetçileri ağır hapis cezalarına çarptırarak, DDR'deki komünist basını susturmak istemektedir. Buna karşı sessiz kalınmamalı, protestolar yükseltilmeli ve komünist muhalefetten siyasi tutuklulara verilen ağır hapis cezalarını gerek Doğu gerekse Batı Almanya'da kamuoyu nezdinde teşhir etmek için her türlü imkândan faydalanılmalıdır. ***Komünist muhalefetçilerle dayanışmaya girelim! Manfred Wilhelm'e, Andreas Borfeldt'e ve diğer siyasi tutuklulara özgürlük!***



Dehşet yaratıcı bu hapis cezalarına karşı protestonu yükselt, Andreas Borfeldt için kamuoyuna açık bir duruşmanın yapılmasını talep et! Protestolarınızı şu adrese gönderin:

★**Ständige Vertretung der DDR:** 53 Bonn-Bad Godesberg, Kölner Str. 18, Tel: 02221/37 90 51
★**Generalstaatsanwalt von Gross-Berlin;** Littenstr. 14-15, Tel: 00372/5109371
★**Stadtgericht Berlin:** Littenstr. 14-15, tel: 00372/5109371

★**Ministerium der Justiz:** Clara Zetkin-Str. 93, tel: 00372/22070

Nürnberg'te faşist katliam

Üç yabancı katledildi, üçü ise ağır yaralandı

NÜRNBERG. — 24 Haziran'da tanınmış bir faşist olan Helmut Oxner Nürnberg'te hunharca 3 yabancıyı katletti, üçünü ise ağır yaraladı. Bu kanlı katliam, uzun zamandan beri resmi makamlar tarafından sürdürülen ve teşvik edilen yabancı düşmanı propagandanın ulaştığı en yüksek noktadır. Kanlı katliamı tezgahlayan faşist Oxner'in NPD, NSDAP ile ilişkisi kesin olarak bilinmesine ve yakın geçmişte yasaklanan Hoffmann Savunma Spor Grubu ile ilişkisinin olduğu ise tahmin edilmesine karşın, polis ve savcılık onun katliamı tek başına planladığını ileri sürmektedir.

Gerek polisin gerekse de savcılığın bu açıklaması, faşist örgütleri af etmeye, katliamın arkasında yatan diğer güçlerin açığa çıkmasını önlemeye hizmet etmektedir. Faşist katil öldüğüne ve katliamı da tek başına planladığı ileri sürüldüğüne göre, artık savcılığın ve polisin yapacağı bir şey kalmamıştır! Devletin bu metodu artık bilinen bir metodtur. Nitekim Münih katliamının ardından da aynı metoda başvuruldu. Faşist Oxner katliamdan iki gün önce, halkı tahrik etmekten, yabancılara hakarette bulunmaktan ve öldürme tehditi savurmaktan ötürü yar gılandı. Ayrıca katliamın tezgahlandığı gün olay yerinde bulunan sivil polisler faşist katile karşı hiç bir önlem almadılar.

Devlet makamları artan yabancı düşmanlığına karşı hiç bir önlem alma yanlısı olmadıkları, bizzat bunu körükledikleri ve faşist katilleri cezasız bıraktıkları gibi şimdide çeşitli bahanelerle bu kanlı katliamın arkasında yatan güçleri açığa çıkarıp yargılamak istemiyorlar. Çünkü bugün



Yabancı düşmanlığına karşı sendikalar da mücadeleyi yükseltmelidirler.

faşistlerin yabancı düşmanlığı kaşkırtmalarına, yabancıların üzerine saldırmalarına karşı adım atacak olsalar, her şeyden önce kendilerine karşı da önlemler almış olacaklardır. İşte onların istemediği de tam da budur.

Katliamın ikinci günü akşamı Nürnberg'te 1000 anti-faşistin katıldığı bir yürüyüş düzenlendi. Bu yürüyüşte anti-faşistler, faşist örgütlerin yasaklanmasını talep etti ve yabancı düşmanlığına karşı kararlı bir savaşımın verilmesi gerektiğini vurguladılar. Öte yandan geriliğe, faşizme ve savaşa karşı *Volksfront* bu faşist katliamın lanetlenmesi için Bavyera'da ve Federal Almanya çapında protesto eylemlerinin düzenlenmesine çağrı yaptı.

Federal Alman makamları faşistlerin ele kolu sallayarak yeni katliamlara girişmelerine zemin hazırlamaktalar. Örneğin Hamburg'ta iki Vietnamlının öldürülmesinden sorumlu faşist Roeder'e sadece 13 yıllık gülünç bir ceza verildi.

Nürnberg faşist katliamı, yabancı düşmanlığına, Neofaşizme ve bunları teşvik eden Batı Alman devletine karşı savaşımın daha da şiddetlendirilmesi gerektiğini göstermektedir. (Ayrıntılı haber sy. 4'de)

Anti-faşist mitinge katılalım!

2 Temmuz, saat 17.00'de Nürnberg Lorez kilisesinin önünde

Düzenleyen : Nürnberg Yabancılar Kurulu
Neonaziler silahsızlandırılmalı!
Tüm faşist örgütler ve faşist propaganda yasaklanmalıdır!



Dost Okurlar!

Tatil dolayısıyla, gazetemiz "Kızıl Şafak"ın Türkçe bölümü dört hafta çıkmayacak.

Yazı Kurulu



Göçmen işçilere hazırlanan yeni tuzak:

"Geriye dönüşü teşvik primi"

Batı Alman tekelci burjuvazisi, Almanya'da yaşayan yabancıların, özellikle de AET dışı ülkelerden gelen göçmen işçilerin bir kısmını geri göndermek, Almanya'da yabancı sayısını sınırlamak istemektedir. Kuşku yok ki, Batı Alman devletinin geri göndermek ya da onun sözcülerinin deyimiyle "geriye dönüşe teşvik etmek" istediği kesimi bugün hiç bir işi olmayan ve yahut işsiz olan göçmenler oluşturmaktadır. Kapitalistler ve hükümet çok açık bir biçimde bu kesimin geriye gönderilmesi ile onların sırtından hayli tasarruf yapılacağını belirtmekteler. Örneğin işsizlik, emeklilik, hastalık sigortası primlerinin büyük bir bölümü ve şimdiye değin bu kesimin ödediği milyonlarca vergiler burada kalacaktır.

Pekâlâ yabancıların işsiz olan bu kesiminin geri gönderilmesi ile daha büyük bir kazamın elde edeceğinin farkında olan kapitalistler ve onların Bonn'daki sözcüleri bir taraftan göçmen işçilerin her türlü haklarını kısıtlarken, öte yandan ise onların kazandığı paranın da üzerine konmak için ard arda yeni tuzaklar hazırlamaktalar. Yabancıları geriye dönmeye teşvik etmek ve özendirmek için üç beş kuruş toplu para verme planları yapmakta, özellikle işsiz olan kesimin daha fazla "işsizik sigortası ağını sömürmesini" önlemeye çalışmaktadır.

Yeri gelmişken burada şu noktayı bir kez daha vurgulamakta yarar vardır. Bugün göçmen işçiler hala Batı Alman tekelci burjuvazisi için ucuz iş gücünü oluşturmaktadır ve onların henüz yabancı işçilerin büyük bir bölümüne ihtiyaçları var. Bunun içindir ki, Batı Alman tekelci burjuvazisinin çeşitli temsilcileri ateşli bir şekilde yabancıların tümünün geri gönderilemeyeceğini vurgulamaktalar. Bu anlamda bugün yabancı işçilerin tümüyle geri gönderilmeyeceği tartışma götürmez bir gerçektir.

Federal Almanya'da yaşayan göçmen işçileri "geriye dönmeye teşvik etmek" amacıyla, Federal Çalışma Bakanlığı'nda bir çalışma grubu oluşturuldu. Bu grup, uzun zamandan beri burjuva basınında tantanalı bir şekilde yinelenen "yabancıların sayısını dondurmak" noktasında daha somut adımların atılmasını sağlamak amacıyla bir rapor hazırlayarak kararlaştırılması için Federal Hükümet'e sundu. Çalışma grubunun raporunda; ihtiyarlık sigortası primleri, işletme yaşlılık yardımı, işsizlik güvencesi, geriye dönüş-primi, toplu dönüş yardımı gibi konulara yer verilmektedir. Sadece Ortak Pazar dışındaki ülkelerden gelen göçmen işçileri "geriye dönmeye teşvik etmek" için alınmak istenen önlemler belirli şartlara tabii kılınmaktadır. Örneğin, öneri paketinde, geriye dönüşü teşvik önlemlerinden faydalanmak isteyen birisinin bir daha Almanya'ya geri dönmesi tamamen imkân dışı bırakılmak isteniyor ve ergin olmayan çocukların ve ailesinin de geri dönmesi koşuluyla birinin geriye dönüşü teşvik önlemlerinden faydalanması öngörülüyor.

Federal Parlamentoya sunulan öneri taslağında işçinin ihtiyarlık sigorta primlerinin geri iadesi konusunda bekleme süresinin kaldırılması ve işveren primlerinin de bir kısmının, yani yüzde 30-40 arasında verilmesi öngörülmektedir. Tabii ki, işveren payının bir kısmı doğrudan işçinin kendisine verilmesi değil, ülkesinde bir kuruma aktarılması önerilmektedir. Ayrıca, eğer bir göçmen işçi on yıldan fazla burada çalışmış ve işletme yaşlılık sandığına üye ise, geriye dönüşü hızlandırmak için bu yaşlılık yardımınında küçük bir kısmının işçiye iade edilmesi düşünülüyor.

İşsizlik parasına gelince, bu nokta da işsizlik parasının sadece küçük bir bölümü verilmek isteniyor. Bunun yanı sıra toplu dönüş "yardımı" verilmesi öngörülmektedir. İşsizlik ve çocuk parasının ortalamasına göre hesaplanarak verilmesi düşünülen bu "yardım" 5 ay için 8 bin DM'yi tutmaktadır.

İşte Federal Çalışma Bakanlığı'na bağlı çalışma grubunun, "yabancıları geriye dönüşe teşvik etmek" için hükümete verdiği öneri taslağında ana hatları ile bu noktalar ele alınmaktadır. Önümüzdeki dönemde bu noktalar Federal Parlamentoda görüşülerek karar altına alınacak. Göçmen işçilerin sırtından Batı Alman kapitalistlerinin hayli bir para vurmaları için, yabancı işçilere hazırladıkları yeni tuzağın ismini "geriye dönüşü teşvik etme primi" diye adlandırmaktalar.

Federal Çalışma Bakanlığı'ne bağlı çalışma grubunun hazırladığı göçmen işçilere yönelik bu yeni taslağın bir iki şekilsel değişiklikle Federal Parlamento tarafından kararlaştırılacağı belirtilmektedir. Kapitalistler ve onların Bonn'daki sözcüleri yabancıları geriye dönüşe teşvik etme adını verdikleri bu taslakla, AET dışı ülkelerden gelen göçmen işçilerin gencecik yaşamlarını burada çürüterek ve zor şartlar altında çalışarak kazandıkları sosyal hakların büyük kısmının üzerine konmaya çalışmak istemekteler. Bu noktayı hazırlanan taslak çok açık bir şekilde doğrulamaktadır. Çünkü göçmen işçilerin almaya hakları olan patronun emeklilik primleri tamamen onlara ödenmemekte, sadece bunun küçücük bir kısmının verilmesi düşünülmektedir. Böylece kapitalistler göçmen işçilerin çalıştırılmasında orların sırtından korkunç kârlar sağladıkları gibi şimdi geri gönderilmelerinde kâr elde etmek istemekteler.

Öte yandan Federal Almanya ve Batı Berlin'de yaşayan yabancı işçilerin büyük çoğunluğunu oluşturan Türkiyelilerin geriye dönmeleri durumunda faşist cunta da kâr sağlamak istemektedir. Yıllardan beri yurtdışındaki Türkiyelilerin en küçük sorunu ile ilgilenmeyen ve onları sadece bir döviz makinası olarak ele alan Türkiyedeki yöneticiler, şimdi işçilerin geri dönmesinde de onları ağlarına almak için aylardan beri gazete ve radyo aracılığıyla dövizli geri dönüş kampanyasını teşvik etmekteler. İşçilerin zor şartlar altında alın terleri ile biriktirdikleri üç beş kuruşluk tasarruflarının üzerine konmak için Türk bankaları harekete geçtiler. Türkiye Halk Bankası'nın yanında T. C. Ziraat Bankası da döviz bozdurmak kaydıyla "ucuz faizli" (!) kredi, "işçi tarım kredisi" alınabileceğinin propagandasını yapmakta, böylece geriye dönecek işçilere tuzaklar hazırlamaktalar. Böylece Türk yöneticileri, işçilerin Batı Alman hakim sınıfları tarafından yıllar boyunca biriktirilen emeklilik, sosyal sigorta primlerinin vb. sosyal kazanımlarının büyük bir bölümünün gasp edilmesini kabul ettiklerini ve saflarının kimin yanında olduğunu bir kez daha açığa vurmaktalar.

Münih Ekim Şenliği katliamının sorumluları cezasız bırakıldı

KARLSRUHE. — Federal Savcı Rebmann, şimdiye değin beslediği çirkin amaçlarını nihayet açığa vurdu. O, Münih Ekim Şenliği kurbanlarının katillerini af etti.

Bilindiği gibi 1980'nin ekim ayında Münih'te yapılan Ekim Şenliği'ne (Oktoberfest) bir bomba yerleştirilmişti. Bombanın patlaması sonucunda 13 kişi katledilmiş ve iki yüzü aşkın insan ise ağır yaralanmıştı. Bu katliamda bombayı yerleştiren katillerden biri de ölmüştü.

Katliamın ardından katillelerin sözümona cezalandırılması için Federal Savcılık tarafından bir tahkikat başlatıldı. Ne varki 20 ay boyunca süren bu tahkikatta hiç bir sonuç elde edilmedi ve savcılığın soruna yaklaşımı ile de zaten edilemezdi. Çünkü bu katliamın hemen ardından gerek Bavyeranın başını Strauss'un çektiği CSU Yönetimi gerekse Federal Savcılık tüm katliamın sorumluluğunu, saldırıda ölen faşist Gundolf Köhler'in üzerine yıkarak, olaydaki sorumluluğundan, faşistleri cezalandırmaktan sıyrılmaya çalıştı. Savcılık, o günden beri olayın üstüne sünger çekmeye, ve olayı unutturmaya çalıştı.

Münih'teki bu faşist katliamda ölen katil Gundolf Köhler'in Hoffmann Spor Grubu ile ilişkisinin olduğu bilinmesine karşın, bu örgütünde katliam da bir payının olup olmadığı üzerinde durulmadı. Çünkü katliamın arkasında Strauss'u iktidara getirmek isteyen gerici çevreler bulunmaktaydı. "Kızıl Şafak" bu noktayı daha o dönemde en açıklığıyla ortaya koymuştu. Bu kanlı katliamın tüm sorumluluğu anti-faşistlerin ve ilericilerin üzerine yıkılmak ve böylece onların üzerindeki siyasi baskılar artırılmak, özelliklede Federal Almanya yönetiminde "güçlü adama" ihtiyaç duyulduğu görüşleri yayılmak isteniyordu. Ne varki, faşist katilinde, bu katliamda ölmesi, gericilerin bu planını tümüyle suya düşürdü. İşte bu planın ve katliamın arkasındaki güçlerin açığa çıkmasını önlemek amacıyla Federal Savcılık halkın gözünü boyamak için sözümona katliamda bir başkasınında payının olup olmadığını araştırmak üzere tahkikat sürdürdü ve şimdi de hiç bir yeni bilginin elde edilmediğinden ötürü tahkikatı tamamen durdurma kararı aldı.

Devletin, faşistleri aklama, onları cezasız bırakma, hatta yeni katliamlara girişmeye teşvik eden bu tutumu, biz antifaşist ve komünistlere, Neofaşizme ve gericiliğe karşı mücadeleyi daha da şiddetlendirmemiz ve yaygın bir biçimde sürdürmemiz gerektiğini göstermektedir.

(„Ermittlungen wegen Oktoberfest-Anschlag eingestellt")

Bir Türkiyeli işçi katledilmek istendi

FRANKFURT— *14 Haziran'da bir Türkiyeli göçmen işçinin, bir Alman tarafından bıçaklanması üzerine Frankfurtlu anti-faşist ve demokratlar Bonn Hükümeti ve eyalet yönetimleri tarafından da teşvik edilen yabancı düşmanlağına karşı yoğun protestolara giriştiler.*

Bir kaç yıldan beri Batı Almanya'da yaşayan Naki G. yolda giderken aniden 25 yaşındaki bir Almanın saldırısına uğruyor ve bıçaklanıyor. Ağır bir şekilde yaralanan Naki daha sonra hastaneye kaldırılıyor.

Polis, şimdiye değin bu saldırı olayı ve arkasında yatan neden üzerine bir açıklama yapmış değil. Devlet makamlarının sessizliğine ve vurdum duymazlığına karşı çıkan Naki'nin yakınları, olayın Federal Almanya'da yaşayan yabancılara karşı girişilen saldırılarla ilintili olduğunu belirtmekteler. Saldırının üzerine harekete geçen Türkiyeli, Yunanlı ve Yugoslav ve Alman anti-faşistleri bir imza kampanyası başlattı, saldırıyı protesto etti ve polisi olayın aydınlığa kavuşturulması için adım atmaya çağırdı. Anti-faşistler düzenledikleri eylemleri ile yerli ve göçmen işçiler arasındaki dayanışmayı teşvik ederek yabancı düşmanlığına karşı durmayı amaçlamaktalar. Naki arkadaşa yapılan saldırının ardından açıklama yapan yabancı düşmanlığına karşı yöresel komitenin sözcüsü, hükümetin aldığı kararların yabancı düşmanlığını teşvik ettiğini belirtti.

(„Mordanschlag auf Arbeiter aus der Türkei")

1983 yılı bütçe tartışmaları sürüyor

Sosyal haklar yeniden kısıtlanmak isteniyor!

BONN. — Hükümet partileri olan SPD ve FDP arasında 1983 yılının bütçe planı üzerine yoğun tartışmalar sürüyor. Geçen yılın zaaflarından öğrenen, Hamburg'taki seçim sonucundan ders çıkaran ve önümüzdeki Hessen belediye meclisi seçimlerindeki durumunu gözönünde bulunduran hükümet koalisyonu, yapacağı yeni kısıtlamalar üzerine sürdüğü tartışmalarda dikkatli davranmaya çalışıyor. Ama buna rağmen yeni kısıtlamalar üzerine koalisyon ortakları arasında henüz bir birlik oluşturulamadı.

Yüzeysel olarak bakıldığında koalisyon ortakları arasında, Maliye Bakanı Lahnstein'in ileri sürdüğü 1983 yılı bütçesinin hacmi (253 milyar Mark) ve net kredimi çekimi (30 milyar Mark) üzerine kayda değer bir görüş ayrılığının olmadığı görünmektedir. Başlangıçta kabinede yer alan FDP'li bakanlar bu miktarı kabul etmelerine karşın, FDP partisi bunu reddederek bütçenin hacmini 251 milyara düşürdü. Böylece 2 milyar tasarruf yapılması gerekmekte. Hiç kuşkusuz şimdiden bile bu tasarrufun silahlanma harcamalarından yapılmayacağı bellidir.

'83 yılının bütçesi için de gene sosyal haklarda kısıtlamalara gidileceği bugünden besbelllidir. Örneğin özellikle işsizlere, emeklilere ve çocuklu ailelelere yeni saldırılar hazırlanıyor. 1983 yılı bütçesindeki açıklığın nasıl kapatılması gerektiği konusunda koalisyan ortakları hem fikirler: Onlar, işsizlerin zaten kısmi olan haklarını daha da kısıtlamak istemekteler. Örneğin SPD'li Maliye Bakanı Lahnstein şimdiye değin işsizlerin çalıştıkları dönemde en son aldıkları brüt aylığa göre hesaplanarak Federal İş ve İşçi Bulma Kurumu tarafından ödenen hastalık ve emeklilik sigortası primlerinde yeni bir değişiklik yapılmasını istiyor ve gelecekte bunların genel olarak brüt kazancın yüzde 75'i üzerinden hesaplanmasını talep ediyor. Böylece emeklilik ve hastalık sigortası üyeleri toplam olarak 2,9 milyar Mark kaybetmekteler. FDP daha da ileri giderek ölçek temeli olarak yüzde 68'in belirlenmesini istiyor. Bu da, 5, 9 milyar civarında bir kısıtlama anlamını taşımaktadır.

1983 yılı bütçesinde açıklığın kapatılması için koalisyon ortakları yükün bir kısmını da emeklilerin üzerine yıkmak istiyorlar. Örneğin Genscher'in partisi FDP, emeklilerin 1 Ocak 1983 yılından itibaren ödemeye başlayacakları hastalık sigortası aidatlarının yüzde 1'den yüzde 2'e yükseltilmesini önermektedir. Aidatların yükseltilmesi ile devlet emeklilerin sırtından yüzde 2,6 milyar tasarruf yapmaktadır. Öte yandan Federal Hükümet ayrıca çocuk parasını da yeniden kısıtlamak istemekte ve bu konuda 1. çocuğa ödenen çocuk parasını 50'den 45 DM'ye düşürülmesini, üçüncü ve diğer çocuklar için ise bir gelir sınırının koyulmasını önermekte. Bunların yanı sıra FDP annelik yardımının da tamamen kaldırılmasını talep etmekte.

Hükümet bu yılda devlet bütçesindeki açıklığın kapatılması için yerli ve göçmen işçilerden oluşan Batı Alman işçi sınıfını ve emekçi halkı kasaya çağırmak istiyor.

Ama öte yandan silahlanma harcamalarını düşürmek, zenginleri kasaya çağırmak içinse hiç bir önlem almaktan yana değil, hükümet partileri. Onlar, kapitalistlerin ve kendilerinin sorumluları oldukları bunalımın faturasını işçi sınıfının sırtına bindirmek, bunalımın faturasını onlara ödettirmek için kolları yeniden sıvamaktalar. Artık bu duruma bir son verilmelidir. bunalımın faturasını zenginler ödemelidir!

Ancak bu kısmi hedefe ulaşabilmek, sınıfın mücadele merkezleri olan sendikaların kararlı bir biçimde savaşmaları demektir. Diğer bir deyişle bugün DGB sendikaları kapitalistlerin ve onların Bonn'daki temsilcilerinin saldırılarına karşı yerli ve yabancı işçilerden oluşan Batı Alman işçi sınıfını mücadeleye seferber etmeli, direniş eylemleri örgütlemelidirler!

Kapitalistler bunalım olmasına rağmen tatlı kârlarını almaya devam ederken, her geçen gün işçi ve emekçiler daha büyük bir sefaletin içine itilmekte, açlık ve sefaletle kol kola yaşamaya zorlanmaktalar. Örneğin sadece son olarak sosyal haklara yapılan saldırılarla ve adi ücret artışı anlaşmaları ile işçi ve emekçilerin yaşam standartı bir kez daha düşürüldü. Bunu şu gerçek de çok açık bir şekilde ortaya koymaktadır: İşçi ve emekçi aileleri dişinden tırnağına sıkarak izin için para biriktirmeye çalışmasına rağmen, işçilerin büyük çoğunluğu bu yıl bir izin yapamamakta. Artık işçi ve emekçilerin daha fazla çileli bir yaşam sürdürmesine göz yumulmamalıdır. Şimdi DGB sendikası, hükümetin sosyal haklara yönelik saldırılarına karşı kitle eylemleri örgütlemelidir. Hükümete genel, kof çağrılarda bulunmak, ya da hükümetin saldırılarına karşı rafa kaldırılan kararlar almak yeterli değildir. Şimdi geçen yıl Stuttgart'ta 70 bin işçi ve emekçi sokaklara döküldüğü gibi, diğer yerlerde de daha güçlü ve görkemli kitle eylemleri, örgütlenmeli ve direniş geliştirilmelidir.



Sosyal hakların yeniden kısıtlanmak istenmesine karşı işçi sınıfının mücadele gücü seferber edilmelidir.

(„Haushalt '83: Koalitionsgespräche in der Sackgasse")

AEG işçileri, işyerlerinin yok edilmesi planına karşı direniyorlar

BATI BERLİN. — 22 Haziran Salı günü, binlerce AEG-Telefunken işçisi ve memuru, tekel yönetiminin AEG'yi reorganize taslağına, işyerlerini kapatma ve toptan çıkışlara gitme planına karşı direnişe geçtiler.

22 Haziran'da IG Metall Batı Berlin'deki 6 AEG işletmesinden tüm işçileri Eissporthalle'de yapılan bir işyeri toplantısına çağırdı. İşyeri toplantısının bitiminde AEG hissedarlarının toplantısının yapıldığı ICC (Uluslararası Kongre Merkezi) binasının önüne kadar yüründü. Bu yürüyüşe 5 ile 6 bin arasında işçi katıldı.

İşyeri toplantısı saat 8'de Eissporthalle'de başladı. Toplantı salonunun önünde partimiz KPD Batı Berlin Seksiyonu'nun AEG'deki duruma ilişkin açıklaması dağıtıldı. Bu açıklamada, AEG'de yeniden işyerlerinin yok edilmesinin arkasında hangi nedenlerin yattığı ortaya konmakta ve tüm işçiler işyerlerinin korunması için mücadele etmeye çağrılmakta.

Eissporthalle'de yapılan toplantının sona ermesinin ardından saat 9.30'da yürüyüş kolu Cogress Centrum'a doğru harekete geçti. Mücadele ruhunun alabildiğince yüksek olduğu görkemli yürüyüşte işyerlerinin korunması gerektiğini vurgulayan pankartlar taşınıyordu.

ICC binasının önüne gelindiğinde işçi marşları söylendi. İşçiler, AEG Yönetim Kurulu Başkanı Heinz Dürr'ü dışarıya çıkarak işyeri toplantısında hazırlanan bir kararı almaya çağırdıysa da o dışarı çıkmaya reddetti. Patronun bu tutumu ve toplantı yerine yoğun polis seferberliğinin yapılmış olması işçilerin öfkesini daha artırıyordu.

AEG Yönetim Kurulu Başkanı dışarı çıkmayınca bunun üzerine işyeri toplantısında alınan kararı tekel yöneticisine, AEG Denetleme Kuruluna ve Dresdner Bank'ın şefine iletmek için 6 işyeri işçi temsilcisi başkanı hissedarlar toplantısının yapıldığı salona girdi.

"İşçi temsilcilikleri" tarafından bu tür bir davranışa alışmamış olan Banka Şefi Friedrichs ve Dürr çılgına dönerek küstahlık yapacak kadar ileri gittiler. Yıllardan beri dev elektrik tröstünün içinde bulunduğu mali çıkmazdan nasıl yağlı faizler alabileceğini düşünen banka şefi Friedrichs işçi temsilcilerine dönerek küstahça "ben daha sonra küfür edilmek için önce kendimin baskı altına alınmama izin vermem" deme cüretini bile gösterdi. Dürr ise "burada yapılanlar gerçekten hoşuma gitmiyor" dedi. Dresdner Bankası Şefi Friedrichs alçaklığını had safhaya vardırarak provakativ bir biçimde "eğer bu saçmalığa son vermezseniz, bankaların sabrı taştığı zaman şaşmalısınız" diyerek tehdit savurdu. Evet şimdiye değin işçi temsilciliklerinin başındakilerle sadece sosyal ortaklık politikası sürdürmüş olmaları ve şimdi yeni bir durumla karşılaşmaları bu bayların hoşuna gitmiyor.

Aynı günü Essen'de, Nürnberg'de ve Tübingen'de AEG işletmelerinde Heinz Dürr'ün, Friedrichs'in ve şürekasının bu acımasızca planlarına karşı binlerce işçi direnişe geçerek protestosunu dile getirdi. Essen AEG Kanis işletmesinde işçiler uyarı grevine gittiler. Yapılan bir işyeri toplantısının ardından ise işletmenin giriş kapılarına kadar protesto yürüyüşü yaptılar. İşçiler eylemleri ile hem işyerinin kapatılmasını ve toptan çıkışlara gidilmesini öngören "AEG '83 taslağını" hem de Reagan'ın Sovyetler Birliği ile tabii gas-ekran ticaretine ambargo koyma politikasını protesto ettiler. Çünkü bu, AEG—Kanis'deki işyerlerini tehlikeye sokmaktadır.

Aynı günü Tübingen Zanker işletmesinden işçiler Martplatz'da kamuoyuna açık bir işyeri toplantısı yaptılar. Bu tür bir işyeri toplantısı şimdiye dek yapılan ilk işyeri toplantısıdır. Bu toplantıya Zanker ve Tübingen'in dışındaki işletmelerden toplam 2500 işçi katıldı.

İşyeri toplantısından bir gün öncede kapatılmakla tehdit edilen Zanker işletmesinde uyarı grevine gidildi. İşyeri toplantısına Nürnberg AEG işletmesinden işçiler bir dayanışma mesajı gönderdiler. Toplantıya mücadeleci bir hava hakimdi. Bu kez sendika yöneticilerinden de yeni sesler çıkmaya başladı. Onlar, AEG'yi ve Bauknecht'i kapsayan geniş çaplı eylemlerin düzenlenmesi gerektiğini vurguladılar. Ayrıca ilk olarak Tübingen'de bir IGM ağası, işyeri işgalinin de uygun bir mücadele biçimi olduğunu belirtti.

Stuttgart IGM Kaza Birliği görevlisi Sybille Stamm kapitalizmi teşhir ederek, "her kimki kapitalizmden bahsediyorsa, o işsizlikten de bahsetmelidir" dedi ve sömürünün olmadığı bir ekonomik sistem için çağrıda bulundu.

Toplantıya Reutlingen Bosch, Kilchberg Bauknecht firmasından ve diğer işletmelerden delegeler ve Videocolor Grev Komitesinden temsilci katıldı.

İşyeri toplantısının yapıldığı esnada 80 adet "Kızıl Şafak'' ve RGO'nun AEG üzerine çıkardığı bildiri dağıtıldı. Bu bildiri bir çok arkadaş tarafından ilgiyle okundu. Çünkü bildiride somut duruma ilişkin talepler yer alıyordu. Öte yandan 22 Haziran'da Nürnberg'deki AEG ev eşyaları işletmesinde de AEG Yönetim Kurulunun "reorganisazyon" taslağını protesto etmek amacıyla 2500 işçi yarım gün süren uyarı grevi yaptı.

(„Protestaktion der AEG-Beschäftigten")



AEG işçileri işyerlerini korumak için protestolarını yoğunlaştırdılar.

NPD Kongresi protesto edildi

26/27 Haziran tarihinde faşist NPD Gemmersheim'de parti kongresini yaptı. Faşistlerin kongresini protesto etmek amacıyla, KPD'li yoldaşların da katıldığı 1500 kişilik bir yürüyüş yapıldı. DGB sendikasının ve partimizin yanında çeşitli anti-faşist örgütlerin çağrı yaptığı bu yürüyüşe sendikacılar da katıldı. NPD'li faşistleri korumak için yoğun polis seferberliği yapılmış olmasına rağmen yerli ve yabancı anti-faşistler omuz omuza ve kararlı bir biçimde faşist NPD'ye karşı yürüyerek "Tüm Neonazi örgütleri yasaklanmalı", "Yabancılar değil, Naziler dışarı" vb. şeklinde sloganları gür bir şekilde haykırdılar.

Düzeltme

"Kızıl Şafak"ın geçen sayısında ikinci sayfada "DGB sendikaları" başlıklı yazının 4. sütununda bir dizgi hatası olmuş. Doğrusu şöyle: "(...) çıkarak, göçmen işçilerin tam ve sınırsız siyasi ve sosyal eşitliğini savunmak olmalıdır!" Düzeltir, özür dileriz.

"Kızıl Şafak" Basın Şenliği'ne katılalım !
26/27 Eylül, Dortmund-Lütgendortmund'da

(Not: Eski tarih değiştirildi!)

15 yıl KIZIL ŞAFAK

"Kızıl Şafak"a abona bulma yarışmasına katılalım!

"Kızıl Şafak" 15. yayın hayatını doldurmasından ötürü devrimci bir yarışma düzenledi. Bu yarışmalar yerel parti örgütleri arasında "Kızıl Şafak"ın satımını artırma, gazeteye abone bulma ve yazılı anlatım temelinde olmak üzere üç ayrı konu şeklinde yürümektedir. Bu üç ayrı yarışmaya katılıp ve kazananlar için çeşitli armağanlar verilecek. Ancak "Kızıl Şafak" Türkçe Yazı Kurulu'ndaki imkânlarımızın darlığından dolayı biz Türkiyeli okuyucuları "Kızıl Şafak'a abone bulma yarışmasına" katılmaya çağırıyoruz. Bu yarışmaya "Kızıl Şafak"ı okuyan herkes katılabilir. Yarışma 1 Eylül 1982'ye kadar sürecek. Yarışmaya katılmak isteyenler en geç 15 Ağustos'a kadar abone yaptıkları arkadaşların isimlerini aşağıdaki abone fişini doldurarak yazı kuruluna bildirmiş olmaları lazım. Herkes tanıdığını, iş arkadaşını gazeteye abone ederek "Kızıl Şafak"ın en geniş yığınlara ulaşmasını sağlayabilir. Yarışmayı birincilikle kazanan okuyucu Arnavutluk SHC'ye düzenlenen bir geziye katılacak. Diğerlerine ise çeşitli kitaplar armağan edilecek.

"Kızıl Şafak"a abone bulma yarışması

Ben, aşağıda ismi yazılı olanları "Kızıl Şafak"a abone ettim. Bunun için bende yarışmaya katılıyorum.
Abone sayı: ,1982 tarihinden itibaren başlayacak. Aboneler için bilinen genel kurallar geçerlidir.

Yarışmaya katılanın adı: ....

Cadde: ....

Şehir: ....

Abone olanın adı: ....

Cadde: ....

Şehir: ....

(Formülü doldurduktan sonra kesip bir zarfa koyarak KŞ adresine gönderiniz)

Tam ücret karşılığında 35 saatlik iş haftası uğruna mücadele!

1983 yılının sonunda henüz geçerli olan 40 saatlik iş haftası toplu sözleşmesi geçerlilik süresi bir çok önemli iş kolunda yitirecek. Bunun için tam ücret karşılığında 35 saatlik iş haftası uğruna mücadele gündemdedir! 1978/79 yılında çelik işçileri bu talep uğruna 6 hafta greve gitti. Ama onlar savaşımlarında başarı kaydedemediler. Çünkü sendika yönetimi onların mücadelesine ihanet etti. Ayrıca bu mücadele kapitalistlerin talebin gerçekleşmesine karşı direneceklerini de gösterdi. Bu talep uğruna savaşım dün olduğu gibi bugünde can alıcı bir önem taşımaktadır. Kapitalistler son yıllarda iş temposunu hızlandırarak, işyerlerindeki baskıları artırarak işçilerin sırtından daha fazla kâr etmek için azgınca bir sömürüye giriştiler.

Bu gelişmeyi istatistiklere göz attığımızda daha açık bir şekilde görmekteyiz. Örneğin Federal Almanya ve Batı Berlin'de çalışan işçi ve memurların yarısından fazlası işyerlerindeki bu azgınca sömürüden, iş temposunun hızlandırılmasından ötürü genç yaşta iş hayatından ayrılmak zorunda bırakılmakta. Bir çok işçi sakat bile kalmakta. Çoğunluğu ise emeklikik yaşına ulaşmadan bile vefat etmekte.

Öte yandan işsizlik her geçen gün korkunç boyutlara ulaşmakta, işsizler ordusunun sayısı giderek kabarmaktadır. Resmi istatistiklere göre sadece şu an 2 milyon kayıtlı işsiz var.

İşverenler rasyonalleştirme terörünü hızlandırarak binlerce işçiyi sokağa atmakta ve işyerlerindeki baskıları kat kat artırmaktalar. Örneğin patronlar, işçileri daha az zaman içinde daha fazla iş yapmaya zorlayarak onlar üzerindeki sömürülerini katmerleştirmekteler.

Özellikle işletmelerdeki kâr oranlarını artırmak için işverenler son dönemlerde daha yoğun bir rasyonalleştirme terörü estirmekte ve bunun sonucunda işçileri sokağa atmaktalar. Aslında teknik gelişmenin işçilerin, çalışma koşullarını kolaylaştırması gerekirken bu, onlara karşı kullanılmaktadır. Örneğin mikroelektronik tekniki olarak büyük bir gelişmedir. Ama bugün kapitalistler bunu işyerlerini yok etmek için kullanmaktalar. Kısacası, kapitalist sistemde tekniki gelişme işçilerin çalışma koşullarını kolaylaştırmak için değil, onların üzerindeki sömürüyü artırmak için onlara karşı kullanılmaktadır. İşte bu durumda eğer sendikalar görkemli ve kararlı sınıf kavgaları ile patronların ve hükümetin bu teknik gelişmeyi en azında kısmen kâr için değil, sosyal ilerleme, işçilerin çalışma koşullarını düzeltmek için kullanmalarını başaramazlarsa, bu önümüzdeki yıllarda milyonlarca işçinin kapitalistlerin kâr çıkarları uğruna işyerlerini kaybetmeleri, açlık ve sefaletin içine itilmeleri demektir. Böylesi bir ortamda tam ücret karşılığında iş saatinin düşürülmesi de belirleyici bir öneme sahiptir. İşyerlerinde artan baskılar ve iş temposu karşısında bugün aslında hem günlük, haftalık iş saatinin düşürülmesi hem de emeklilik yaşının indirilmesi ve daha fazla yıllık izin hakkının tanınması gereklidir.

Fakat bu genel doğruya rağmen tam ücret karşılığında 35 saatlik iş haftası için mücadele bugün en ön cephede yer almalıdır. Çünkü ancak bu talebin gerçekleştirilmesi ile gerek rasyonalleştirme terörünün korkunç sonuçları gerekse işin insan sağlığına zarar vermesi belirli oranda hafifletilebilir.

Tam ücret karşılığında 35 saatlik iş haftası uğruna mücadele bugün gündemde olan bir savaşımdır. Bu, gerçek ücretlerin düşürülmesine karşı savaşımın yanında sendikaların önümüzdeki dönemde uğruna savaşmaları gereken en önmeli taleptir.

Bu talep uğruna mücadele çetin bir savaşımı gerektirmektedir. Çünkü kapitalistler direnmeksizin mevzilerini terketmeyeceklerdir. DGB sendika ağalarının böylesi bir savaşımdan kaçınacakları ve patronlarla sosyal işbirliği siyasetini uygulayacakları besbelli olan bir şeydir. Bunun için işyerlerinde ve sendikalarda bu talebin gerçekleşmesi uğruna sınıf mücadeleci ve çetin bir savaşın hazırlanması doğrultusunda sınıf bilinçli ve muhalefetçi işçiler harekete geçmelidir. Bu talebin DGB'nin sağcı yöneticileri izleyeceği tutumdan bağımsız olarak sendikalarımız tarafından gündeme alınmasını sağlamalıyız.

(„Für die 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich")

KPD Merkez Yayın Organı'na abone ol!

„KIZIL ŞAFAK"ı ......sayısından itibaren ısmarlamak istiyorum

Bütün ülkelerin işçileri ve ezilen halklar birleşin!
KIZIL ŞAFAK
Almanya Komünist Partisi Merkez Yayın Organı

O yıllık 60 DM O 6 aylık 30DM O Deneme sayısı

Adı ve Soyadı: ....

Cadde: ....

Şehir: ....

Tarih: .... İmza: ....

Başvurudan sonra elinize bir formül geçecek. Ödemeyi bu formülle yapınız. Abone ücreti ödenmeden önce gazete gönderilemez. Deneme sayısı ücretsizdir.

Bu formülü doldurduktan sonra kesip şu adrese postalayınız:
Verlag "Roter Morgen", Wellinghofer Str. 103, Postfach 30 05 26 4600 Dortmund 30.

“Leipzig Kahramanı”

Georgi Dimitrov’un 100. Doğum yılını kutluyoruz

18 Haziran’da, Bulgaristan işçi sınıfının önderi, uluslararası proletaryanın komünist militanı Georgi Dimitrov 100. doğum yılına girdi. Dimitrov, Almanya’da Naziler tarafından tezgahlanan Reichtags yangını duruşmasında yargılanmak yerine, Hitler faşistlerini yargılamakla ismini tüm dünyaya duyurdu. O, tüm yargılama süresince sadece faşistlerin, komünistleri terörist olarak gösterme planlarını bozguna uğratmakla kalmadı, aynı zamanda bütün ülkelerde milyonlarca işçi, komünist, sosyal demokrat ve partisiz insanlar için bir örnek oldu. Onun, Reichstags-yangını davasındaki davranışı, serinkanlılığı Hitler ve İçişleri Bakanı Göring’i dava esnasında çılgına döndürdü. Yargılanan birisi olarak Dimitrov, bu davada Nazi rejimini yargılayarak, faşizme karşı mücadelede önemli bir rol oynadı. O, yaşamı boyunca sadece 1923’te Bulgaristan’da kurulan faşist diktatörlüğe karşı mücadele etmedi, aynı zamanda bütün ülkelerin işçilerinin faşizme ve sermayeye karşı savaşımında da önemli bir rol oynadı. Komünist Enternasyonal Yürütme Kurulu üyesi olan Dimitrov, 1935 yılının Ağustos ayında, Komünist Enternasyonal’ın 7. Dünya Kongresi’nde faşizme karşı birleşik cephe adlı ünlü konuşmasını yaptı.

Dimitrov yoldaşın yaptığı bu konuşma dün olduğu gibi bugünde tüm komünist partilerinin politikasında önemli bir rol oynamaktadır. Nazilerin Almanya’da iktidarı ele geçirdiği ve tüm Avrupa’da faşizm tehlikesinin doruk noktasına ulaştığı ortamda biraraya gelen Komünist Enternasyonal 7. Dünya Kongresi, bu gelişmeye hangi cevabın verilmesi gerektiğini tartıştı. Bu kongrede, komünistlerin faşizme karşı birleşik cephe politikasını belirlendi.

Bu kongreye ana raporu sunan Dimitrov, iktidardaki faşizmin sınıfsal niteliğini çok doğru bir şekilde tanımladı: *“Yoldaşlar, Komünist Enternasyonal Yürütme Komitesi onüçüncü Genel Oturumunda doğru olarak tanımladığı gibi, iktidardaki faşizm finans kapitalin en gerici, en şoven ve en emperyalist unsurlarının açıktan açığa zorba diktatörlüğüdür.” (G. Dimitrov, Seçme Eserler, Cilt 2, sy. 525, Alm. baskı)*

Kongrede konuşmasına devam eden Dimitrov, faşizmin iktidara getirilmesinden, işçi ve sendika hareketinin yasaklanmasından, ücretlerin dondurulmasından, en koyu terörden, yoğun savaş kışkırtıcılığından, ırkçılıktan finans kapitaldan başka kim korkunç kârlar sağlayabilirdi ki diyordu.

O dönemde Avrupa’da faşizm tehlikesinin doruk noktasına ulaşmasından ötürü, Komünist Enternasyonal 7. Kongresinin önünde faşizmin kesin zaferinin önlenip önlenemeyeceği görevi duruyordu. Eğer, önlenebilirse, nasıl önlenmelidir? Komünist Enternasyonal, 7. Dünya Kongresi, faşizmin zaferini önlemenin mümkün olduğunu, bunun işçi sınıfının eylem birliği cephesi ile sağlanabileceğini ortaya koydu. İşçi sınıfının faşizme karşı birleşik cephesinin çeşitli ülkelerde farklı bir biçimde gelişeceğini vurgulayan Dimitrov, bunun, işçilerin en temel çıkarlarının savunulması açısından gerekli olduğunu belirtiyordu. İşçi sınıfının bu şekilde davranması sadece anti-faşist direnişin başarıya ulaşmasının değil, aynı zamanda işçi sınıfının ve tüm çalışan insanların hayat şartlarının düzeltilmesinin de temel ön koşuludur.

Bunun için: *“Proletarya diktatörlüğü uğrunda mücadele için sadece çağrılarda bulunmakla yetinmemeliyiz. Kitlelerin hayati ihtiyaçlarına ve bugünkü gelişme aşamasında kitlelerin savaşım gücünün seviyesine uygun şiarlar ve mücadele biçimleri bulmalı ve ileri sürmeliyiz”* diyordu Dimitrov yoldaş birleşik cephenin muhtevası üzerine (Agy, sy. 555) Dimitrov, gerek iktidardaki faşizme karşı gerekse faşizmin önlenmesi için işçilerin birleşik cephe taktiğinde, birleşik sendikaların merkezi bir öneme sahip olduğunu da vurgulamaktadır.



Dimitrov 1946 yılında Sofya’daki 1 Mayıs mitinginde konuşurken

Dimitrov’dan öğrenmek

Uluslararası proletaryanın yiğit komünist militanı, savaşçısı G. Dimitrov’un 100. doğum yılını kutlamak demek, onun parlak, hâlâ dün gibi taptaze olan bu birleşik cephe politikasından öğrenmek demektir. Kuşkusuz ki, bu öğrenme doğmacı ve mekanik bir temelde olmamalı, bugünün koşulları ile, işçi sınıfının hayati ihtiyaçları ve buna uygun talepleri ile bir bütünlük içermelidir. Dimitrov’dan öğrenmek demek, birleşik cephe politikasını bugünde uygulamak demektir. Bu taktiği genel olarak kabullenmenin yeterli olmadığı ve pratikte de yankısını bulması gerektiğini vurgulayan Dimitrov’dan aktaracağımız bir pasajla yazımıza son vereceğiz: *“İsveç’te bir sosyal demokrat hükümet ücüncü defadır iktidardadır, ama İsveç komünistleri uzun bir süredir birleşik cephe taktiklerini uygulamaktan kaçınmışlardır. Niçin? Birleşik cepheye karşı oldukları için mi? Hiç şüphesiz hayır; esasta genel olarak bir birleşik cepheden yanaydılar, ama bir proletarya birleşik cephesinin hangi şartlar altında, hangi sorunlar etrafında, hangi talepleri savunarak başarıyla kurulabileceğini, yani ‘kanca’yı nereye ve nasıl atacaklarını kavrayamamışlardır.” (Agy, sy. 578/79)*

Bu politikasının tüm ülkelerdeki zaferini, işçi hareketinin zaferini yaşayan Georgi Dimitrov, yaşamının sonuna kadar yılmadan, yorulmadan uluslararası proletaryanın komünist bir militanı olarak hem Bulgaristan işçi sınıfının hem de uluslararası proletaryanın ve ezilen halkların gerçek kurtuluşu uğrunda sermayeye ve faşizme ruhla sermayeye ve faşizme karşı savaştı.

(„100. Geburtstag des ‘Helden von Leipzig’ “)

Portekiz’de Gençlik Kampı

Henüz izinini nerede yapacağına karar vermemiş gençler için KPD Gençlik Örgütü KJD’nin, iki önerisi var: Portekiz Komünist Partisi (Yeni İnşaa)’nın Gençlik Örgütü UJCR, İspanya Komünist Partisi/ML’nin Gençlik Örgütü JCE/ML ile birlikte 1-15 Ağustos tarihi arasında Portekiz’in COMPORTA köyünde bir gençlik kampı düzenledi. COMPORTA, Atlantik Okyanusu sahilinden 500 metre uzaklıkta, Lizbo’nun güneyinde bir köydür. Gençlik kampında iaşe ve yatak ücretsizdir. Çadırları Portekizli yoldaşlar getirecekler.

Kampta eğlencenin, karşılıklı tanıma imkanının yanı sıra İberya yarımadasının özel sorunları dikkate alınarak savaş hazırlığına karşı mücadele, gençliğin hakları uğruna mücadele işsizlik, eğitim, baskı vb. siyasi sorunlarıda tartışmak için zaman var.

Kampa katılmak isteyen sadece buradan Portekiz’e kadar olan gidiş dönüş masrafını ödemek zorunda.

Portekiz’deki UJCR Gençlik Kampının yanında, KJD, 17-31 Temmuz tarihi arasında, 4. Uluslararası Gençlik Kampının yapıldığı Thiergarten’de çadır kuracak. Kampın programında futbol, karşılaşmalarının yanı sıra, işsizliğe karşı eylemler, Karl Marks’ın Trier’de doğduğu eve gezi, Batı Almanya’nın durumu üzerine tartışma, film vb. şeyler var. Thiergarten’deki kampa katılmak isteyenin toplam olarak 180 DM ödemesi gerekmekte.

Herkes çadırını, yatağını, yemek takımını, mayosunu vb. eşyalarını beraberinde getirmesi lazım. Yemeklerin pişirilmesi ve toplantıların yapılması için KJD iki çadır kuracak. Ve yemekleri kampa katılanların yardımıyla Heidi pişirecek.

Kampın örgütlenmesini, kampa katılanların genel kurulu ve onun tarafından seçilen kamp yönetimi üzerine alacak.

Gerek Portekiz’deki UJCR’nin Gençlik Kampına, gerekse KJD’nin kampına katılmak isteyenler, KJD’ye Wellinghofer Str. 103, 46 Dortmund 30, tel : 0231/43 36 91, başvursunlar.

Nürnberg’te

Neonazi üç yabancıyı hunharca katletti

NÜRNBERG. — 25 Haziran’da Nürnberg şehir merkezinde tanınmış bir Alman faşist üç yabancıyı katletti ve 3 kişiyi de ağır yaraladı. Bu faşist saldırının ardından olay yerinde gelen polislerle girdiği çatışmada kendisini öldüren Helmut Oxner’in NPD ve terörist NSDAP/Yurtdışı Örgütü ile ilişkisi vardı. Bunun yanı sıra Hoffmann Savunma Spor Grubu ile de ilişkisinin olduğu tahmin edilmektedir.

Nürnberg şehir mekezinde bulunan “Twenty-Five” adlı diskoteğin yakınında 25. 6. akşamı bir çok kişiye meçhul bir şahıs hangi milliyetten olduklarını soruyor. Bu soruları soran şahıs, planını gerçekleştirmeye hazırlanan Helmut Oxner’dir. Yakında bulunan diskoteğe girip silahını çekerek o esnada içerideki bir Amerikalı siyah derili askeri katlettikten sonra elindeki iki tabanca ile dışarı çıkan Oxner yoldan geçmekte olan bir grup Arabın üzerine ateş açıyor. Bu planlı ve vahşice saldırıda toplam olarak üç kişi hayatını yitiriyor, bir çoğu ise ağır şekilde yaralanıyor. Gerek diskoteğin içi gerekse sokak bir kan gölüne dönerken olay yerine gelen polislerle girdiği çatışmada faşist kendini katlediyor. Giriştiği katliamın ardından faşist Oxner daha kendini katletmeden önce Almanlara **“ben sadece yabancıların üzerine ateş ediyorum”** diye sesleniyordu.

Olayın ardından basına açıklama yapan polis ise her olayda olduğu gibi burada da faşist katili aklayarak olayın tek başına planlandığını belirtti. Ancak Batı Alman polisinin bu açıklaması artık bize hiç te yabancı gelmiyor. Çünkü o daha önce de Münih Ekim Şenliği katliamının katilini tek kişi olarak gösterip, böylece katliamın arkasında yatan diğer güçlerin açığa çıkmasını önlemeye çalıştı. İşte burada da daha başından amaçlanan budur. Oxner’in tanınmış bir faşist olduğu, en azından polis ve savcılık tarafından biliniyordu. Ama buna rağmen ona karşı hiç bir adım atılmadı. Faşist katilin giriştiği katliamın ardından yapılan aramada çevredeki bir arabada polis, üzerinde gammalı haç bulunan 50 adet pul, çeşitli Nazi propaganda araçları ve 400 adet de mermi ele geçirdi. Arabada ele geçirilen pullar NSDAP/AO (Nasyonal Sosyalist Alman İşçi Partisi/ Yurt dışı ve İnşaa Örgütü)’ne aittir.

Nürnberg katliamının sorumlusu faşist Oxner’in ilişkisi sadece NSDAP/AO ile sınırlı kalmamakta, NPD’nin gençlik örgütü Junge National Demokraten’lere ve sivil faşist çetelere kadar uzanmaktadır.

Bu hunharca katliamdan önce Nürnberg’te bir çok Yahudi ve yabancı, faşistler tarafından ölümle tehdit edilmişti. Bu tehditler özellikle yayımcı Shlomo Levin ve eşinin Erlangen’de öldürülmesinden sonra daha da yoğunlaştırıldı. Erlangen’de girişilen bu katliamın sorumlusunun Hoffmann Savunma Spor Grubu’nun olduğuna dair bir dizi ip ucu vardır. Katliamın ardında faşist Hoffmann’ın kız arkadaşı ile birlikte Oxner’de tutuklanmıştı. Ancak o daha sonra serbest bırakıldı. Böylece onun da bir dizi faşist çeteyle ilişkisi olduğu bilinmesine rağmen, bugün katliamı tek başına planladığını ve uyguladığını açıklama cüretini gösteren Nürnberg polisi, bu tutumu ile ve faşist öldüğüne göre, arkasındaki güçlerin açığa çıkmasını önlemek istemektedir.

“Sadece yabancılara ateş ediyorum” diye açıklama yapan Oxner’de, Hamburg’ta Vietnamlıların kaldığı bir yurda bomba yerleştiren faşist Manfred Röder’in aynı ruhuyla hareket etmektedir. Alman Eylem Grupları adlı çetenin yöneticisi olan Röder hakkında şu an Stuttgart’ta bir dava sürmektedir.

Faşist katiller bugün eli kolu sallayarak herkesin gözü önünde katliama girişmesine rağmen Batı Alman devleti onlara karşı hiç bir önlem almamaktadır. Çünkü bugün onun sözcüleri de yabancı düşmanlığını körüklemekte, hatta faşistleri ele kolu sallayarak katliama girişmeye teşvik etmekteler.

Bunun için Nürnberg’teki katliamın asla unutturulmasına ve katliamın sorumlusu olarak sadece bir faşist gösterilerek olayın arkasında yatan güçlerin örtbas edilmesine izin verilmemeli, bu katliamdan hareketle her tarafta Nazi örgütlerinin yasaklanması için protestolar yükseltilmelidir.

Protestolar ta işyerlerine ve sendikaya kadar uzanmalıdır. Çünkü bugün biz yabancı işçilere yönelik her saldırı, Batı Almanya ve Batı Berlin’deki işçi sınıfının bir parçasına yönelik bir saldırıdır ve bu saldırı son tahlilde tüm işçi sınıfını hedeflemektedir. Bunun için faşizme karşı mücadelede merkezi bir rol oynayan sendikalar harekete geçmeli. Ancak bunu DGB sendika ağalarının kendiliğinden yapmayacağı, işçi sınıfının mücadele gücünü faşist saldırılara karşı seferber etmeyeceğini Münih Ekim Şenliği katliamına takındıkları tavır açıkca ortaya koydu. Bundan dolayı işyerlerinde bu faşist katliamı protesto etmek için toplantılar yapılmalı ve katledilenler için saygı duruşunda bulunulmalıdır. Bunun için sınıf bilinçli sendikacılar, sendikaları yabancı düşmanlığına ve faşist saldırılara karşı harekete geçmeye ve eylemler örgütlemeye teşvik etme doğrultusunda adım atmalıdırlar.

(„Neonazi ermordert drei Ausländer“)

KISA... KISA... KISA... KISA ....

Arjantin cuntası sallantıda

İngiliz emperyalistlerine karşı sürdürülen Malvin adaları savaşında Arjantin ordularının yenik düşmesinden sonra, cuntanın elebaşı Galtieri istifa etti. Galtieri’nin istifasından sonra boşalan devlet başkanlığına yeni birisinin seçilmesi üzerine sürdürülen tartışmalar cuntanın ülke içindeki konumunu bir haylı sarstı. Çünkü yeni devlet başkanı üzerine hava, deniz ve kara kuvvetleri arasında bir birlik oluşturulamadı ve bundan dolayı da deniz ve hava kuvvetleri cuntadan çekildiler. Böylece ülke yönetimini kara kuvvetleri tek başına üstlendiğini açıkladı. Ayrıca şu an tüm devlet kademelerinde de istifalar ard arda birbirini izlemekte. Malvin savaşını kaybeden cuntanın içindeki anlaşmazlıklar her geçen gün daha da şiddetlenirken, bürokrasi temeli sarsarken, öte yandan halkın cuntaya karşı hoşnutsuzluğu da artmaktadır. Halk son günler içinde bir çok şehirde yürüyüş vb. eylem düzenledi.

Generallerin ülke içinde izledikleri rotanın halka ne kadar zarar getirdiği şimdi daha da açıkca görünmektedir. Daha şimdiden bile cuntanın büyük kapitalist devletlere ve işletmelere borcunu ödeyemeyeceği gün gibi ortadadır. Çünkü savaş için tüm devlet kasası çarçur edildi. Ülkenin içinde bulunduğu bu felaketin yükünü halkın üzerine yıkabilmek için şimdi generaller “demokratik düzene” geçileceği komedisine başvurmaktalar. Ancak bu “demokratik düzenin” ne olduğu daha bugünden bile bilinmektedir. Bu, ülke içinde sallantıda olan hakimiyetini sağlamlaştırabilmek ve halkın kendisine karşı olan hoşnutsuzluğunu başka yöne kanalize edebilmek için cuntanın başvurduğu bir oyundur.

Hollan’da Parlamentosu FMLN’yi destekliyor

DEN HAAG. — Hollanda Parlamentosu büyük çoğunluğun oyu ile aldığı bir kararla, Hollanda Hükümetini, El Salvador Ulusal Kurtuluş Cephesi’ni (FMLN) doğrudan desteklemeye çağırmaktadır.

Hollanda Parlamentosu, FMLN’nin El Salvador’da halkın sözcülüğünü yapan tek gerçek ve resmi gücünün olduğunu vurgulamakta ve bundan dolayıda desteklenmesi gerektiğini belirtmektedir.

Öte yandan Hollanda Hükümeti’nin bir sözcüsü bu kararın endişe verici olduğunu, çünkü bununla Hollanda kendisini Avrupa’dan daha da izole edeceğini belirtti. Bilindiği gibi Hollanda Parlamentosu daha önce de NATO İkili Kararı’nı reddetmişti. Ancak Hükümet o dönemde buna da karşı çıktı.